

**Lehrheft zur Geschichte
der österreichischen
Arbeiterbewegung**

III. Vom 15. Juli 1927 bis zum 12. Februar 1934

Wien 1955

**Franz
Fest**

Franz Fest
Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung
III. Vom 15. Juli 1927 bis zum 12. Februar 1934

Stern-Verlag Wien 1955

I. Der Faschismus stößt vor

Die Offensive der Bourgeoisie

Als im November 1918 unter den Schlägen der militärischen Niederlage und der revolutionären Erhebungen in allen Teilen der Monarchie das Habsburgerreich zusammenbrach, eröffnete sich für die österreichische Arbeiterklasse der Weg zum Sturz des Kapitalismus und zur Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Aber an der Spitze der österreichischen Arbeiterklasse stand keine revolutionäre Kampfpartei des Proletariats, sondern eine opportunistische Sozialdemokratie, die den Sieg der sozialistischen Revolution verhinderte und aktiv an der Wiederherstellung der zutiefst erschütterten Macht des Kapitalismus mitarbeitete.

Die im November 1918 gegründete Kommunistische Partei Österreichs, die ihre ganze Kraft für den Sieg der proletarischen Revolution einsetzte, war noch zu schwach und zu unerfahren, um die Massen der österreichischen Arbeiterschaft für ihre Politik gewinnen zu können. Die „radikale“ Sprache und die „linken“ Manöver des Austromarxismus erleichterten die Bemühungen der Sozialdemokratie, die Masse der österreichischen Arbeiterschaft von den Kommunisten fernzuhalten.

Nach zwei Jahren Koalitionsregierung unter sozialdemokratischer Führung war die Bourgeoisie wieder so stark geworden, daß sie die Sozialdemokratie aus der Regierung werfen konnte. Systematisch begann nun die Bourgeoisie eine Politik der reaktionären Offensive gegen die Arbeiterschaft, gegen die in den Jahren 1918 und 1919 erkämpften sozialen Rechte und Errungenschaften. Hand in Hand mit dieser Politik ging die von der Bourgeoisie geförderte Entstehung und Entwicklung faschistischer Gruppen und Formationen. An die Spitze der Regierung trat bald der Führer der Christlichsozialen Partei, der Prälat Ignaz Seipel, dessen erste, von der Bourgeoisie gefeierte und von der Sozialdemokratie ermöglichte „Großtat“ darin bestand, im Zuge der sogenannten Genfer Sanierung – einer ausländischen Finanzhilfe zur [6:] „Rettung Österreichs“ vor der Inflation – Österreich wirtschaftlich und politisch an das westliche Finanzkapital auszuliefern.

Faschistische Arbeitermorde

Die Jahre 1923 bis 1927 sind vor allem durch eine wachsende Welle faschistischer Provokationen und Arbeitermorde gekennzeichnet. Sozialdemokratische Arbeiter und Parteifunktionäre wurden ermordet, die Mörder kamen zwar vor Gericht, wurden aber in jedem einzelnen Fall von der Klassenjustiz freigesprochen oder zu lächerlich geringfügigen Strafen verurteilt. Von Seiten der Sozialdemokratie gab es immer wieder anklagende Artikel und drohende Reden, aber keinerlei organisierte Abwehr, so daß die Kette der Arbeitermorde nicht abriß. Die Empörung der Arbeiterschaft wurde immer größer und erreichte nach dem Überfall faschistischer „Frontkämpfer“ auf Schattendorfer Arbeiter im Jänner 1927, bei dem es zwei Tote gab, einen Höhepunkt.

Im Frühjahr 1927 fanden Wahlen zum Nationalrat statt. Die Kommunistische Partei Österreichs richtete aus diesem Anlaß das Angebot an den SP-Vorstand, die sozialdemokratische Wahlliste zu unterstützen, falls sich die Sozialdemokratische Partei zur entschlossenen antifaschistischen Abwehr bereit erkläre. Der SP-Vorstand lehnte dieses Angebot zur antifaschistischen Kampfeinheit ab. Als dann die Aprilwahlen 1927 der Sozialdemokratie einen Erfolg brachten, stiegen die sozialdemokratischen Illusionen über eine schnelle Machteroberung durch den Stimmzettel höher als je zuvor. Doch nur wenige Wochen später kamen die wirklichen Machtverhältnisse deutlich zum Vorschein.

Am 14. Juli 1927 erfolgte der Freispruch der faschistischen Arbeitermörder von Schattendorf. Am nächsten Tag kam es zu einem gewaltigen Ausbruch der Massenempörung; die Wiener Arbeiterschaft legte alle Betriebe still und zog auf die Ringstraße, um gegen Arbeitermord und Klassenjustiz zu demonstrieren.

Der 15. Juli 1927

Als sich die Wiener Arbeiter am 15. Juli 1927 spontan gegen Klassenjustiz und faschistischen Arbeitermord erhoben, entstand für die österreichische Arbeiterschaft die große Möglichkeit, der jahrelangen Offensive der Reaktion und den damit verbundenen provokatorischen Vorstößen faschistischer

Banden ein Ende zu bereiten, die Demokratie in Österreich zu sichern und die Arbeiterbewegung zu einem neuen Aufschwung zu führen. Doch durch die Schuld der sozialdemokratischen Parteiführung, die sich gegen die [7:] kämpfenden Arbeiter stellte und dadurch der Polizei den Weg zur Niedermetzlung der Demonstranten frei machte, endete diese gewaltige Kampfaktion des Wiener Proletariats mit einer schweren Niederlage für die Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei, die sich aktiv in den Kampf einschaltete, die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufrief und ihre Bewaffnung forderte, war zu schwach, um die Führung des Kampfes übernehmen zu können. So ging die Bourgeoisie durch die Hilfe der sozialdemokratischen Parteiführung aus dieser entscheidenden Klassenschlacht als Sieger hervor.

Diese Niederlage der Arbeiterschaft leitete eine neue Etappe in der Entwicklung der österreichischen Republik ein, die Etappe der Offensive des Faschismus, der systematischen Faschisierung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und des Kurses auf die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur.

Die Politik der Faschisierung

Die Niederlage der Arbeiter am 15. Juli 1927 brachte der Bourgeoisie einen starken Machtzuwachs. Hatten schon die Jahre vorher, vor allem durch den Verrat der sozialdemokratischen Parteiführung in den Jahren 1918/19, die völlige Wiederherstellung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie gebracht, und hatte die Bourgeoisie unter Seipels Führung auch schon damit begonnen, die Errungenschaften des Jahres 1918 anzugreifen, oder wie es Seipel nannte, „den Revolutionsschutt wegzuräumen“, so lebte in der Bourgeoisie doch noch die Erinnerung an das Jahr 1918, der Respekt und die Angst vor der gewaltigen Kraft der österreichischen Arbeiterklasse. Das galt besonders für Wien, für diese große Arbeiterstadt, in der fast zwei Drittel der Bevölkerung hinter der Sozialdemokratie standen.

Niemand hatte es bisher gewagt, im „Roten Wien“ den Arbeitern das Recht auf die Straße streitig zu machen – und nun wurden demonstrierende Arbeiter auf den „Straßen niedergeschossen. Der sozialdemokratische Parteivorstand setzte den Schutzbund ein, um bei der „Säuberung“ der Straßen Wiens von den demonstrierenden Arbeitern mitzuhelfen, die Julikämpfer wurden in den Mitteilungsblättern des Parteivorstands als „Plattenbrüder und Großstadtesindel“ beschimpft und der im Verlauf des Kampfes ausgerufenen Generalstreik und der Verkehrsstreik durch die sozialdemokratische Parteiführung bedingungslos abgebrochen.

Die Bourgeoisie verstand sehr gut, was all das bedeutete. Sie [8:] erkannte in der machtvollen, spontanen Erhebung der Arbeiter die gewaltige Klassenkraft des österreichischen Proletariats – und dagegen richtete sie ihre faschistischen Banden und ihre Politik der Faschisierung mit dem Ziel, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen und die faschistische Diktatur aufzurichten. Sie erkannte aber an diesem 15. Juli deutlicher noch als zuvor die Rolle der sozialdemokratischen Parteiführung, sie wußte nun eindeutig, daß hinter den „linken“ Phrasen des SP-Vorstands nichts anderes steckte als eine rechte Politik, daß sie von einer solchen Parteiführung keinen wirklichen Widerstand zu erwarten hatte, sondern im Gegenteil mit ihrer Unterstützung bei der Niederhaltung des Widerstandes der Arbeiter gegen die Angriffe auf ihre Lebens- und Freiheitsrechte rechnen konnte.

Der politische Kurs Seipels

Auf Grund einer solchen Einschätzung der Sozialdemokratie richtete Seipel, der Initiator und Lenker der Politik, die zum 15. Juli und zum Kurs der Faschisierung geführt hatte, die Politik der österreichischen Bourgeoisie aus. Seine Taktik bestand darin, einen Schlag nach dem anderen, eine Provokation nach der anderen gegen die Arbeiterschaft zu richten und bei jedem einzelnen Schritt gerade so weit zu gehen, daß er sich dabei die direkte oder indirekte Hilfe der sozialdemokratischen Parteiführung noch sichern konnte. So gelang es der Bourgeoisie nicht nur, systematisch das ganze politische und soziale Gefüge der österreichischen Republik für den faschistischen Generalangriff reif zu machen, sondern gleichzeitig auch, durch die ständige Kapitulation der sozialdemokratischen Parteiführung die Arbeiterschaft zu zermürben und zu entwaffnen.

Dieser Kurs der Faschisierung und der Vorbereitung auf die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur war die Politik aller entscheidenden Kräfte der österreichischen Bourgeoisie. Hinter dieser Politik standen das österreichische Finanzkapital, der „Schwarzenbergplatz“ (Sitz des Industriellenverbandes) und die Großagrarien; die Träger dieser Politik waren die bürgerlichen Parteien, die Christlichsoziale Partei, die Großdeutschen und der Landbund; der Stoßtrupp dieser Politik waren die verschiedenen faschistischen Verbände und Formationen.

Die Orientierung auf den deutschen Imperialismus

Mit wenigen unbedeutenden Ausnahmen war sich die österreichische Bourgeoisie über die Hauptrichtung dieser Politik einig. Differenzen gab es nur in den Fragen der Methode, des Tempos, [9:] der anzuwendenden Mittel und vor allem in der jeweiligen Orientierung auf verschiedene imperialistische Großmächte. Es war ein charakteristisches Merkmal der Politik der österreichischen Bourgeoisie während der ganzen Geschichte der Ersten Republik, daß sie Österreich, je nach der politischen Situation und entsprechend ihren Profitinteressen, einmal mehr an die eine und dann wieder mehr an die andere imperialistische Mächtegruppierung anschloß. Entscheidend blieb aber immer die Bindung an den deutschen Imperialismus, die ihre feste Grundlage darin hatte, daß die wichtigsten Zentren der österreichischen Schwerindustrie direkt den deutschen Konzernen unterstellt waren.

Die Anschlußpropaganda

Sowohl die im Parlament vertretenen politischen Parteien wie auch die verschiedenen faschistischen Gruppierungen verfolgten seit Bestehen der Ersten Republik eine antiösterreichische Politik der imperialistischen Bindungen, der Auslieferung Österreichs an die imperialistischen Großmächte. Systematisch wurde das Entstehen eines gesunden österreichischen Nationalbewußtseins verhindert, die These von der „Lebensunfähigkeit“ des Landes wurde zur allgemein verkündeten Staatsauffassung und das Bekenntnis zum Anschluß an Deutschland, das heißt, zur Auslieferung Österreichs an den deutschen Imperialismus, wurde zum „nationalen“ Grundsatz jeder schulmäßigen und staatsbürgerlichen Erziehung in Österreich. Ganz abgesehen von der „Großdeutschen Volkspartei“, die später voll und ganz in der NSDAP aufging, und vom Landbund, standen sowohl die führende Partei der Bourgeoisie, die Christlichsoziale Partei, wie auch die Sozialdemokratie auf dem Boden des Großdeutstums. Seipel erklärte im Juli 1925 auf einer Anschlußkundgebung die Ostmarkfunktion Österreichs folgendermaßen:

„Aber auch realpolitisch bringt Österreich etwas mit; wenn Österreich an Deutschland kommt, hat Deutschland die Bahn frei nach Osten.“

Die bürgerlichen Parteien und die österreichische Sozialdemokratie leisteten der als Anschluß getarnten Expansionspolitik des deutschen Imperialismus in jeder Weise Vorschub.

Der Aufschwung der Heimwehrbewegung

Aus der Vielfalt faschistischer Organisationen, die in der ersten Hälfte der Zwanzigerjahre in Österreich entstanden waren, rückte der 15. Juli die von Seipel besonders geförderte Heimwehr in den Vordergrund. Es gab wohl in dieser Zeit auch schon eine öster-[10:]reichische Organisation der NSDAP, sie war aber noch sehr klein und in verschiedene Richtungen zersplittert. Erst nach dem großen Aufschwung der Hitlerbewegung in Deutschland zu Beginn der Dreißigerjahre erlangte die NSDAP in Österreich größere Bedeutung.

Die Heimwehr war ursprünglich keine zentral zusammengefaßte Organisation, sondern bestand aus einzelnen Landesverbänden, deren bedeutendste die Tiroler und die steirischen Organisationen waren. In diesen beiden Bundesländern hatten die Heimwehren auch während des 15. Juli eine gewisse Rolle gespielt; sie wurden von den Landesregierungen und von der Exekutive als eine Art Hilfspolizei eingesetzt und vor allem als Terrortruppe gegen den Eisenbahnerstreik verwendet.

Die Industriellen finanzieren die Heimwehr

Der 15. Juli brachte der Heimwehr einen großen Aufschwung. Die christlichsoziale Parteiführung und ihr Obmann, Bundeskanzler Seipel, bekannten sich offen zur Heimwehr, staatliche Stellen

begünstigten sie, rüsteten sie mit Waffen aus, schützten und unterstützten ihre Provokationen gegen die Arbeiterschaft durch die Exekutive. Der Industriellenverband erhöhte seine regelmäßigen finanziellen Unterstützungen für die Heimwehr und förderte mit allen Mitteln des Terrors und des wirtschaftlichen Drucks die Gründung von Heimwehrgruppen in den Betrieben.

Prominente Heimwehrführer

Im ständigen Kampf um die Bundesführung der Heimwehr standen sich der Tiroler Advokat Steidle und sein Berufskollege Pfrimer aus Judenburg gegenüber. Etwas später schaltete sich in diesen Kampf auch der oberösterreichische Landesführer der Heimwehr, „Fürst“ Starhemberg, ein. Der entscheidende Mann war aber der aus Deutschland stammende Major Waldemar Pabst. Pabst hatte 1919 aktiv an der Ermordung der beiden großen deutschen Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teilgenommen, war daraufhin vom SPD-Innenminister Noske zu seinem Stabschef ernannt worden, mußte aber nach seiner aktiven Teilnahme am reaktionären Kapp-Putsch gegen die deutsche Republik fliehen. Er ließ sich in Innsbruck nieder und wurde Stabschef der Heimwehr. Pabst wurde auch der eigentliche Verbindungsmann der Heimwehr zu Seipel.

Von den Landesführern der Heimwehr spielten noch eine gewisse Rolle der führende christlichsoziale Politiker und Landes-[11:]hauptmann der Steiermark, Rintelen, und der Landesführer der niederösterreichischen Heimwehren, Ing. Julius Raab, von dem das Jahrbuch der österreichischen Sozialdemokratie vom Jahre 1930 schrieb, daß Raab „zu den lautesten Schreibern unter den Heimwehrführern gehörte und sich immer als der Überradikalste gebärdete“.

Die faschistische Offensive beginnt

Unter der Losung: „Es gibt in Österreich keine Ruhe, bevor nicht der Marxismus am Boden liegt“ (Pfrimer), setzte die Heimwehr mit einer fast ununterbrochenen Kette schwerster Provokationen gegen die Arbeiterschaft ein. Überfälle auf Arbeiterheime, provozierende Demonstrationen in Industriegemeinden, Sprengungen von Arbeiterversammlungen usw. waren Sonntag für Sonntag auf der Tagesordnung.

Der Betriebsfaschismus

Regierung und Industriellenverband hatten der Heimwehr aber nicht nur die Funktion einer Terrortruppe gegen die Arbeiterschaft auf der Straße zgedacht, sondern sie machten zur selben Zeit alle Anstrengungen, um die Heimwehr in den Betrieben gegen die geschlossene Kraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einzusetzen. Der Schwerpunkt des Betriebsfaschismus lag vor allem in den Betrieben der Alpine Montan, dieses größten Industrieunternehmens Österreichs, das zum Konzern des Deutschen Stahlvereins gehörte. Im Bereich der Alpine gründete die Heimwehr auch ihre eigene gelbe Gewerkschaft, die sie „Unabhängige Gewerkschaft“ (UG) nannte.

Die Alpine Montan – Schwerpunkt des Betriebsfaschismus

In den Alpine-Betrieben wurden seit Juli 1927 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht mehr eingestellt; Jugendliche, die neu aufgenommen wurden, mußten vorher der Heimwehr beitreten. Gegen die schon im Betrieb beschäftigten freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurde ein unerhörter Zwang ausgeübt, der Heimwehr und ihrer Gewerkschaft beizutreten, es wurde nicht nur mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch mit der Delogierung aus der Werkswohnung gedroht. Die Organisationen der Freien Gewerkschaften wurden aus allen Lokalen, die der Alpine Montan gehörten, vertrieben; diese Lokale wurden als Ausbildungs- und Schießstätten der Heimwehr eingerichtet. Die Heimwehrgruppen der Alpine standen unter dem unmittelbaren Kommando der führenden Beamten und der Ingenieure der Betriebe. Von der Direktion wurden systematisch Verletzungen des Betriebs-[12:]rätegesetzes und andere Angriffe auf die Rechte der Arbeiterschaft durchgeführt. Gleichzeitig wurden jenen Arbeitern, die der Heimwehr beitraten, individuelle Lohnerhöhungen und Sonderprämien gegeben. Eine Atmosphäre des hemmungslosen Terrors verbreitete sich so in den Betrieben der Alpine Montan und griff auch auf die anderen Betriebe des obersteirischen Industriegebiets über.

Von seiten der sozialdemokratischen Parteiführung und der Freien Gewerkschaft wurde gegen diese Methoden betriebsfaschistischen Terrors faktisch nichts unternommen; im Gegenteil: als im April 1928 im Alpine-Bergbau See graben wegen der Terrormaßnahmen eine allgemeine Streikbereitschaft vorhanden war, wurde der Kampf von der Gewerkschaftsführung abgewürgt. Nur die Kommunisten riefen die Arbeiter auf, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Kampf gegen die faschistische Durchdringung der Betriebe aufzunehmen.

Der Hüttenberger Pakt

Am 10. Mai 1928 brach in Hüttenberg, einem Kärntner Betrieb der Alpine Montan, ein großer Streikkampf gegen den heimwehrrfaschistischen Betriebsterror aus. Es ging um folgende Forderungen der Arbeiter: 1. für sofortige Einstellung der unter Anwendung wirtschaftlichen Drucks durch Beamte und sonstige Vorgesetzte geführten Agitation für die Heimwehr; 2. für eine sofortige Lohnerhöhung; 3. für die Anstellung von Arbeitern und Angestellten nur im Wege des öffentlichen Arbeitsnachweises. Diese letzte Forderung war deshalb notwendig geworden, weil die Alpine Montan, unter Umgehung des öffentlichen Arbeitsnachweises, ausschließlich Heimwehrlers anstellte.

Während die Kommunisten die Ausdehnung des Streiks auf alle Betriebe der Alpine Montan verlangten und auf die allgemeine Bedeutung dieses Kampfes, der sich gegen das Zentrum des Betriebsfaschismus richtete, hinwiesen, versuchte die reformistische Gewerkschaftsführung gerade aus diesem Grund den Kampf durch Verhandlungen so schnell als möglich zu einem Ende zu bringen.

Gleichberechtigung für die „Gelben“

Tatsächlich wurde der Streik nach vierzehntägigem Kampf durch eine schmachvolle Kapitulation der Gewerkschaftsführer, die unter dem Namen „Hüttenberger Pakt“ bekannt geworden ist, abgewürgt. Keine der Forderungen der streikenden Arbeiter wurde erfüllt; im Gegenteil, im Hüttenberger Pakt, der zwischen dem Metallarbeiterverband und Bergarbeitergewerkschaft auf der einen Seite und der Generaldirektion der Alpine Montan auf der anderen Seite abgeschlossen wurde, anerkannte die Gewerkschaftsführung die völlige Gleichberechtigung der „Unabhängigen Gewerkschaft“, dieser gelben Streikbrecherorganisation der Heimwehr, und legalisierte dadurch sämtliche Terrormaßnahmen der Heimwehrrdirektion der Alpine Montan.

Die gesamte bürgerliche Presse feierte diesen Tag mit Recht als einen der größten Siege, den die Unternehmer bis dahin im Kampf gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erzielt hatten. Während die Kapitulation der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung das weitere Vordringen der Heimwehr in den Industriebetrieben der Alpine Montan erleichterte, trug das entschlossene Eintreten der Kommunisten für die konsequente Durchführung und für die Ausbreitung dieses Streiks viel dazu bei, den Einfluß der Kommunistischen Partei in den Alpine-Betrieben zu verstärken. In dieser Zeit faßte die Kommunistische Partei Österreichs im ganzen obersteirischen Industriegebiet festen Fuß.

II. Heimwehrprovokationen und sozialdemokratische Kapitulationspolitik

Der „Marsch auf Wien“

Nach dem Muster von Mussolinis „Marsch auf Rom“ wurde von der Heimwehr immer offener der „Marsch auf Wien“ verkündet. Nach den provokatorischen Heimwehrrdemonstrationen in den steirischen Industriegebieten begann die Heimwehr nun ihre Aufmärsche nach Niederösterreich zu verlegen. Im Frühjahr 1928 begann die „Eroberung Niederösterreichs“ mit Heimwehrrdemonstrationen in Gloggnitz und Aspang.

Alle diese Heimwehraufmärsche wurden nach demselben Muster durchgeführt: Von weit und breit wurden die Faschisten an den Ort der Demonstration gebracht, ein Würdenträger der katholischen Kirche las eine Feldmesse oder weihte einen Wimpel, dann sprachen einige Heimwehrrführer, die den bevorstehenden Marsch auf Wien ankündigten und drohten, dort mit Parlamentarismus und Marxismus aufzuräumen. Auf den Tribünen waren neben den [14:] Heimwehrrführern gewöhnlich auch Mandatäre der bürgerlichen Parteien, der Bezirkshauptmann, der Gendarmeriekommandant und sonstige Spitzen der staatlichen und lokalen Behörden vertreten.

Heimwehrprovokation in Wiener Neustadt wird angekündigt

Anfang Juli 1928 erklärte die in Graz erscheinende „Heimatschutzzeitung“, daß die Heimwehr am 7. Oktober in Wiener Neustadt aufmarschieren werde, um zu zeigen, „daß der Heimatschutz vor den Toren Wiens angelangt ist“. Während des ganzen Sommers wurde der 7. Oktober von der Heimwehr als die „große Kraftprobe mit dem Marxismus“ angekündigt.

In der Arbeiterschaft entstand eine ungeheure Empörung und vor allem in Wien und Wiener Neustadt wurde stürmisch gefordert, daß man eine solche Provokation unter keinen Umständen zulassen dürfe. Eine Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner von Wiener Neustadt beschloß, für den 7. Oktober eine große Arbeiterdemonstration nach Wiener Neustadt einzuberufen. Die Arbeiter verlangten diese Kundgebung als einen organisierten Gegenschlag gegen die Heimwehrafaschisten. Die sozialdemokratische Parteiführung stimmte zu. Sie gedachte die Ankündigung der Gegendemonstration zu benutzen, um die Regierung zum Verbot beider Kundgebungen zu zwingen. Dazu war jedoch Seipel nicht bereit, weil er den Heimwehraufmarsch in der Arbeiterstadt Wiener Neustadt als eine beabsichtigte Provokation und Demütigung der Arbeiter unbedingt erzwingen wollte.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs warnte die österreichischen Arbeiter in einem Aufruf vor einer neuerlichen Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung und rief zu einer breiten Massenmobilisierung gegen den Heimwehraufmarsch auf: „Verhindert jeden Faschistenzustrom nach Wiener Neustadt durch Eisenbahner-Streiks und durch andere Mittel des Boykotts!“ Gleichzeitig rief die Kommunistische Partei die Arbeiter auf, in den Betrieben, auf den Arbeitsvermittlungen und in den Wohngebieten Delegierte für eine breite überparteiliche Konferenz zu wählen, auf der Maßnahmen gegen den geplanten Faschistenaufmarsch beraten werden sollten.

Die Sozialdemokratie bereitet die Kapitulation vor

Mitte September wurde der alljährliche sozialdemokratische Parteitag durchgeführt. Einer der entscheidenden Beschlüsse dieses Parteitags war die erste umfassende Kapitulation der Sozialdemokratie in der Frage des Mieterschutzes. Dieser Beschluß war deshalb besonders bemerkenswert, weil in den Reden der Heimwehrführer und Regierungspolitiker der Wiener-Neustädter Faschistenaufmarsch vor allem auch deshalb für notwendig erklärt wurde, um durch ein kraftvolles Auftreten die SP zum Nachgeben in der [15:] Mietenfrage zu zwingen. Der Parteivorstand ließ in dieser Frage also durch den Parteitag seine freiwillige Kapitulation ankündigen, um dadurch leichter das Verbot der beiden Wiener-Neustädter Kundgebungen zu erreichen.

In diesem Sinn nahm die SP-Führung sofort nach Abschluß ihres Parteitags auch Verhandlungen mit der Regierung auf; der christlichsoziale Landeshauptmann von Niederösterreich, Buresch, vermittelte ein Zusammentreffen von Vertretern der Sozialdemokratie und der Heimwehr, aber die Heimwehr brach im Auftrag Seipels die Verhandlungen ab.

Die Kommunisten rufen zum Widerstand

Die Gründung der Arbeiterwehr

In dieser Situation der immer deutlicher werdenden Kapitulationsbereitschaft der sozialdemokratischen Parteiführung rief das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs alle Arbeiter zu einer großen antifaschistischen Kampfkundgebung für den 7. Oktober nach Wiener Neustadt. Nachdem die Regierung schon im April 1928 den „Roten Frontkämpferbund Österreichs“, die unter kommunistischer Führung stehende antifaschistische Wehrorganisation, verboten und aufgelöst hatte, fand am 23. September in Wiener Neustadt der Gründungskongreß einer Nachfolgeorganisation, der „Österreichischen Arbeiterwehr“ statt. Gegen diesen Kongreß, an dem auch viele oppositionelle Schutzbündler teilnahmen, richtete die Exekutive eine umfassende bewaffnete Aktion. Die Straßen Wiener Neustadts wurden abgesperrt, der Konferenzsaal von der Polizei besetzt, die Delegierten bedroht und in ihrer Rede- und Versammlungsfreiheit beschränkt. Der Sprecher des Zentralkomitees der KPÖ auf dem Kongreß, Genosse K o p l e n i g, stellte die Bedeutung der faschistischen Heimwehrprovokation und die Notwendigkeit der einheitlichen Abwehr in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Am 27. September erfolgte das Verbot der kommunistischen Demonstration, die für den 7. Oktober in Wiener Neustadt angemeldet war. In einem Aufruf erklärte daraufhin das Zentralkomitee der KPÖ, daß die Demonstration trotz Verbot durchgeführt werde und forderte die Arbeiter zur Teilnahme auf.

Am 30. September fand eine von der KPÖ einberufene antifaschistische Delegiertenkonferenz statt, an der 224 Delegierte, ungefähr die Hälfte davon sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, teilnahmen. Es wurde ein überparteiliches Abwehr-[16:]komitee mit einem sozialdemokratischen Betriebsratsobmann als Vorsitzendem gewählt; auch Genosse Koplenig und andere Mitglieder des Zentralkomitees der KPÖ wurden in dieses Komitee gewählt. Die Resolution der Konferenz forderte die Verhinderung aller faschistischen Versammlungen und Demonstrationen, die Verhinderung jeder Beförderung von Heimwehrafaschisten nach Wiener Neustadt, sie verlangte darüber hinaus, daß auch nach dem 7. Oktober der Kampf bis zur Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Formationen weitergeführt wird. Die Resolution schloß mit einem Aufruf an die Arbeiter, den Aufmarsch der Heimwehr am 7. Oktober mit allen Mitteln zu verhindern.

Die steigende Aktivität der Kommunisten rief in der bürgerlichen Presse aufgeregte Kommentare hervor. So schrieb zum Beispiel „Die Stunde“:

„Die größte Gefahr sind die Kommunisten. Es wird Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein, die Kommunisten besonders streng zu überwachen.“

Der 7. Oktober 1928

Kapitulationsbereitschaft der SP-Führung

Von sozialdemokratischer Seite wurden alle Anstrengungen gemacht, um doch noch ein Verbot der Wiener-Neustädter Kundgebungen zu erreichen. Zuerst richtete Helmer im Auftrag der Parteiführung einen Brief an Buresch, in dem es hieß:

„Die Sozialdemokratische Partei erklärt sich bereit, den Arbeitertag am 7. Oktober in Wiener Neustadt abzusagen, falls auch der Heimwehraufmarsch nicht stattfindet.“

Die bürgerliche Presse kommentierte diesen Brief Helmers als sichtbaren Beweis der sozialdemokratischen Kapitulationsbereitschaft. Seipel lehnte jedes Aufmarschverbot mit der Begründung ab, daß das Recht, aufzumarschieren, der Verfassung entspreche und jedes Verbot verfassungswidrig wäre. Diese Stellungnahme erfolgte nur wenige Tage nach dem Verbot des kommunistischen Aufmarsches.

Am 1. Oktober trieb die Regierung ihre Provokation noch um einen Schritt weiter und ließ den SP-Aufmarsch durch die Wiener-Neustädter Polizei verbieten. Die sozialdemokratische Parteiführung schickte nun am 3. Oktober Renner vor, der im Parlament eine beschämende Kapitulationsrede hielt, in der er die „innere Abrüstung“ verlangte und die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Auflösung des Schutzbunds verkündete. Seipel antwortete höhnisch, daß die innere Abrüstung nicht immer zeitgemäß sei, daß er [17:] aber bereit sei, darüber nach dem 7. Oktober 1928 zu diskutieren.

Der amerikanische Geschichtsschreiber der SPÖ, Gulick, schreibt darüber in seinem Buch: „Österreich von Habsburg zu Hitler“:

„Es war ein Nervenkrieg und zum Unglück für die Sozialisten waren Seipels Nerven die stärkeren ... Die ganze Haltung der Sozialisten war typisch. Sie zeigte, daß die Sozialisten angesichts eines Entscheidungskampfes vor der letzten Konsequenz zurückschreckten. Ähnliche Situationen wiederholten sich, wie gezeigt werden wird, in den kommenden Jahren und zwar besonders deutlich 1933, als die Sozialisten versuchten, die letzten Mittel so lange zu vermeiden, bis es zu spät war.“

Nach der Parlamentsdebatte wurden die Verhandlungen zwischen sozialdemokratischer Parteiführung und Regierung für eine einverständliche Lösung des 7. Oktober-Problems intensiv weitergeführt. Nachdem die sozialdemokratische Parteiführung alle entscheidenden Heimwehrforderungen über den Schutz des faschistischen Aufmarsches, über eine bewaffnete Demarkationslinie in der Stadt usw. akzeptiert hatte, kam es zu einer Einigung über die Durchführung der Heimwehr- und der sozialdemokratischen Kundgebung nach einem festgelegten Zeit- und Aufmarschplan. Die sozialdemokratische Parteiführung richtete nun an ihre Mitglieder den Appell, „bedingungslos die behördlichen Direktiven zu befolgen“.

Der Terror gegen die Kommunisten

Die letzte Woche vor dem 7. Oktober brachte eine weitere Verschärfung des Terrors gegen die Kommunisten. Von den sechs Nummern des Zentralorgans der KPÖ, „Rote Fahne“, die in dieser Woche erschienen, wurden fünf beschlagnahmt. Alle von der Partei herausgegebenen Flugblätter wurden konfisziert, im zentralen Parteisekretariat wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und am 5. Oktober wurde das gesamte Abwehrkomitee mit Genossen Koplenig und anderen Mitgliedern des Zentralkomitees der KPÖ verhaftet. Die Kommunistische Partei ließ sich durch diesen Terrorfeldzug nicht einschüchtern, sondern rief jetzt erst recht zur Arbeiterdemonstration in Wiener Neustadt auf.

Am 7. Oktober glich Wiener Neustadt einem Heerlager. Zehntausend schwerbewaffnete Soldaten und Gendarmen hatten Position bezogen, um die Heimwehr vor den Arbeitern zu schützen. Abteilungen des Schutzbunds wurden zur Verstärkung des Sperriegels der Exekutive abkommandiert. Kommunistische Arbeiter, die versuchten, zu den Schutzbündlern zu sprechen und Flugzettel zu verteilen, wurden von SP-Funktionären angehalten und der Polizei übergeben. So konnte die Heimwehr ungestört, wenn auch in leeren Straßen und vom Haß der Wiener-Neustädter Bevölkerung umgeben, demonstrieren.

[18:] Als am Nachmittag die Schutzbündler aufmarschierten, wurden sie von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. Die SP-Führung feierte den 7. Oktober als einen Sieg. In Wirklichkeit war aber die Tatsache, daß die Heimwehrfaschisten ungestraft in der „roten Hochburg“ Wiener Neustadt demonstrieren konnten, und daß der Wille der Arbeiter, eine solche Provokation nicht zuzulassen, abgewürgt wurde, eine entscheidende Niederlage für die Arbeiterschaft. Die Heimwehr war in ihrer Politik des Marsches auf Wien ein wichtiges Stück weitergekommen.

Weitere Heimwehrprovokationen

Die Heimwehrdemonstration in Linz

Wie es mit dem von der sozialdemokratischen Parteiführung verkündeten „Sieg“ über die Heimwehr aussah, zeigte sich schon eine Woche später, als die Heimwehr ihren ersten Aufmarsch in Linz veranstaltete. Die Sozialdemokratie teilte mit, daß sie keine Gegendemonstration durchführen werde, weil „sie sich von ihrem Gegner nicht die Art und den Zeitpunkt ihrer Aktionen vorschreiben lasse“. In der bürgerlichen Presse wurde diese Stellungnahme als ein „erfreulicher Gesinnungsumschwung“ begrüßt.

In den letzten Monaten des Jahres 1928 wurde die Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung noch deutlicher. Sie zeigte sich vor allem auch darin, daß bei der Bundespräsidentenwahl im Dezember 1928 die Sozialdemokraten in der Bundesversammlung leere Stimmzettel abgaben und dadurch die Wahl des Christlichsozialen Miklas zum Bundespräsidenten ermöglichten. Auch bei der Budgetberatung gab die Sozialdemokratie nach einer kurzen Obstruktion einem Budgetprovisorium der Regierung Seipel ihre Zustimmung.

Der Gloggnitzer Überfall

Die Heimwehrfaschisten setzten inzwischen ihre Überfälle auf Arbeiterheime und Arbeiterfunktionäre fort. Am 3. Februar 1929 überfielen bewaffnete Heimwehrformationen eine sozialdemokratische Versammlung, die im Arbeiterheim in Gloggnitz stattfand. Der Referent und mehrere Arbeiter wurden erheblich verletzt und das Arbeiterheim fast völlig zerstört. Die Erregung in der Gloggnitzer Arbeiterschaft war so groß, daß am nächsten Tag eine allgemeine Vertrauensmännerkonferenz der Sozialdemokratischen Partei mit Renner als Referenten nach Gloggnitz einberufen wurde, in der sich dieser, nach einigen drohenden Worten gegenüber der Heimwehr, vor allem bemühte, die Arbeiter zur „Disziplin und Besonnenheit“ aufzurufen.

[19:]

Der Streik im Kohlenbergwerk Hart

Zum Protest gegen den Heimwehrüberfall brach im Kohlenbergwerk Hart bei Gloggnitz ein Streik aus. Die Arbeiter verlangten die sofortige Entlassung aller Heimwehrfaschisten, die am Überfall

teilgenommen hatten. Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung trat gegen diesen Streik auf und verlangte seinen Abbruch. In drei Streikabstimmungen sprachen sich die Arbeiter jedoch für die Fortsetzung des Streiks aus. Erst als die Gewerkschaftsführung unter Androhung, daß sie bei Fortsetzung des Streiks keine Unterstützung mehr zahlen werde, eine vierte Abstimmung erzwang, gelang es ihr, den Streik abzuwürgen.

Die Kommunistische Partei entfaltete im Zusammenhang mit dem Gloggnitzer Heimwehrüberfall und dem Harter Streik, den die Kommunisten aktiv unterstützten, eine umfangreiche Kampagne, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu einheitlichen Aktionen für die Verhinderung aller faschistischen Versammlungen und Kundgebungen zu gewinnen. Die Losungen der Partei waren vor allem: „Massenaktionen der Arbeiter im ganzen Industriegebiet mit Arbeitsniederlegungen und Proteststreiks in allen Betrieben!“ – „Sofortige Bildung von einheitlichen antifaschistischen Aktionskomitees zum Kampf gegen die faschistischen Provokationen!“

Die Hausdurchsuchung in der SP-Zentrale

Nur wenige Tage nach dem Gloggnitzer Überfall erfolgte durch den Innenminister die Auflösung des Arbeiter-Jagd- und -Schützenvereins. Im Zusammenhang damit wurde in der Wiener Parteizentrale der Sozialdemokratie, auf der Rechten Wienzeile, eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der 300 Gewehre, viele Bestandteile von Maschinengewehren und 50.000 Stück Munition beschlagnahmt wurden.

Die Wiener Arbeiter waren über die Hausdurchsuchung in der sozialdemokratischen Parteizentrale äußerst empört und verlangten eine wuchtige Aktion gegen die einseitige Entwaffnung der Arbeiterschaft. Doch die sozialdemokratische Parteiführung stellte sich wieder gegen jede Aktion und beschränkte sich darauf, festzustellen, daß durch „solche Zwischenfälle die im Parlament entstandene friedliche Atmosphäre nicht gefördert wird“.

[20:]

III. Der politische und gewerkschaftliche Kampf der Kommunisten

Der 10. Parteitag der KPÖ

Das Wesen des Faschismus

In der Zeit vom 16. bis 18. Februar 1929 fand in Wien der 10. Parteitag der KPÖ statt. Dieser Parteitag hatte für die Ausrichtung der Politik der Partei gegen die wachsende Offensive des Faschismus große Bedeutung. Das Hauptreferat hielt Genosse Kopl en i g als Berichterstatter des Zentralkomitees. Im Mittelpunkt seines Referats stand die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen den Faschismus. Genosse Kopl en i g setzte sich auf diesem Parteitag auch mit falschen, sozialdemokratischen Auffassungen über das Wesen des Faschismus auseinander, mit Auffassungen, die den Faschismus als etwas von der Bourgeoisie Verschiedenes, als eine neben der Bourgeoisie und oft auch gegen sie handelnde Bewegung erklären wollten. Demgegenüber sagte Genosse Kopl en i g:

„Dort, wo die kapitalistische Stabilisierung besonders schwankend ist, wo der Kapitalismus besonders bedroht ist, überall dort greift der Kapitalismus in seinem Kampf gegen die Arbeiterklasse zur Anwendung der Methode der faschistischen Gewalt ... Steidle geht Hand in Hand mit Seipel und dem Unternehmerverband.“

Einen breiten Raum in den Beratungen des Parteitags nahm die Diskussion über die Rolle der sozialdemokratischen Parteiführung und über die Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei ein. Genosse Kopl en i g wies auf die Tatsache hin, daß die Entwicklung nach dem 15. Juli 1927 eine deutliche Rechtsschwenkung der sozialdemokratischen Parteiführung mit sich gebracht hatte, wie sie vor allem in der Zustimmung zum Hüttenberger Pakt, am 7. Oktober 1928, in der Kapitulationsbereitschaft in der Mieterschutzfrage, in der Abwürgung von Streikkämpfen usw. zum Ausdruck kam. Gleichzeitig machte der Parteitag aber auch auf eine gewisse Radikalisierung unter den sozialdemokratischen Arbeitern und auf das Anwachsen oppositioneller Stimmungen innerhalb der Sozialdemokratie aufmerksam.

Nach einer offenen Selbstkritik über die Schwächen der Kommunistischen Partei von denen besonders die ungenügende Verbindung des Kampfes gegen den Faschismus mit den wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterschaft, die unbefriedigende [21:] Arbeit der Partei in den Betrieben und die Schwächen in der Gewerkschaftsarbeit genannt wurden, gelangte der 10. Parteitag zu folgenden grundlegenden Beschlüssen:

Die Beschlüsse des 10. Parteitags

1. Die wichtigste Aufgabe ist der verstärkte Kampf gegen den Faschismus. Der Schwerpunkt dieses Kampfes muß in der Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die Passivität der Sozialdemokratie liegen, in der Losreißung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Kapitulationspolitik ihrer Parteiführung und in ihrer Gewinnung für den einheitlichen antifaschistischen Kampf. Der Parteitag ruft zur Schaffung antifaschistischer Einheitskomitees auf, die vor allem in den Betrieben gebildet werden müssen.
2. Zwischen der Politik der Faschisierung und dem Anwachsen der Kriegsgefahr bestehen enge Zusammenhänge. Daher ist der verstärkte Kampf gegen die Kriegsgefahr, die sich vor allem im Anwachsen der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion ausdrückt, notwendig.
3. Der Parteitag fordert entschlossenen Kampf für die Tagesfragen, für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft und verstärkte Arbeit unter den Arbeitslosen.

Die Ausschaltung der Rechtsopportunisten

War zur Zeit des 10. Parteitags der Fraktionskampf in der Partei schon seit Jahren überwunden, so gab es in den Reihen der Partei doch noch immer rechtsopportunistische und liquidatorische Auffassungen. Genosse Kopenig charakterisierte diese rechtsopportunistischen Auffassungen als eine Widerspiegelung der Tatsache, daß die Partei einer starken Sozialdemokratie gegenüberstand, deren Ideologie auch in den Reihen der Partei noch ihren Einfluß ausübte. Er zeigte an Hand der politischen Plattform der Rechtsopportunisten, die in allen entscheidenden Fragen faktisch einen austromarxistischen Standpunkt bezogen und einen hoffnungslosen Pessimismus verbreiteten, ihren tiefen Unglauben an die Kraft der Partei und der österreichischen Arbeiterklasse. Der Parteitag verurteilte einmütig die rechtsopportunistischen Auffassungen und entfernte die Rechtsopportunisten aus der Leitung der Partei. Im Oktober 1929 wurden die Führer der Rechtsopportunisten aus der Partei ausgeschlossen.

Der 10. Parteitag beschäftigte sich auch mit dem für den 24. Februar angekündigten Heimwehraufmarsch im Wiener Arbeiterbezirk Meidling und rief die Wiener Arbeiterschaft zu Gegenkundgebungen und zur Vertreibung der Faschisten von den Straßen Meidlings auf.

Der erste Heimwehraufmarsch in Wien

Der für den 24. Februar 1929 in Meidling geplante Faschistenaufmarsch wurde von der Heimwehr als eine entscheidende Aktion im Zuge ihrer Politik des „Marsches auf Wien“ angekündigt. [22:] Das Wiener Kommando der Heimwehr teilte einige Tage vorher mit, daß „an der Peripherie Wiens starke Eingreifgruppen aufgeboten werden, die Gewehr bei Fuß stehen und beim geringsten Störungsversuch eingreifen werden“.

Während die Kommunistische Partei dazu aufforderte, am Tage der Heimwehraufmärsche zu zeigen, daß Meidling ein Arbeiterbezirk ist, organisierte die sozialdemokratische Parteiführung für denselben Tag einen Schutzbundaufmarsch auf der Ringstraße, bei dem die Wiener Arbeiter Spalier stehen sollten. In Meidling aber wurde von der sozialdemokratischen Bezirksleitung die Losung ausgegeben: „Kein Arbeiter hat am 24. Februar in den Straßen Meidlings etwas verloren; alles auf die Ringstraße!“ Praktisch bedeutete das, Meidling den Faschisten zu überlassen.

Unter großem Aufgebot der Wiener Polizei, aber unter sehr schwacher Beteiligung der Bevölkerung fand der Meidlinger Heimwehraufmarsch statt. Die Tatsache jedoch, daß die Heimwehrafaschisten zum erstenmal in einem Wiener Arbeiterbezirk marschieren konnten, war für sie unzweifelhaft ein Erfolg.

Auf Initiative der Kommunisten kam es in Meidling während des Heimwehraufmarsches zu starken Gegenkundgebungen der Arbeiter. Die Polizei griff ein und ging gegen die antifaschistischen Demonstranten mit großer Brutalität vor. Es gab zahlreiche Verletzte und 70 Verhaftungen.

Am nächsten Tag kennzeichnete die SP-Führung den Meidlinger Heimwehraufmarsch als eine „klägliche Blamage“, fügte dem aber eine gehässige Polemik gegen die antifaschistischen Gegenkundgebungen hinzu:

„Ein paar hundert Kommunisten haben auch diesen Tag benützt, um mit Geschrei und Radau ihre Bedeutungslosigkeit zu beweisen.“

Die Heimwehrüberfälle in Andritz, Baden, Knittelfeld und Kapfenberg

Genau einen Monat später überfielen Heimwehrrfaschisten in Graz-Andritz eine Gruppe von Arbeitern und verletzten zwei schwer. Die Arbeiter der Andritzer Maschinenfabrik legten darauf die Arbeit nieder und forderten die Entfernung der Heimwehrrfaschisten aus dem Betrieb. Die sozialdemokratische Führung würgte den Streik ab.

Am selben Tag kam es zu einem Heimwehraufmarsch in Baden. Unter Führung der Badner Kommunisten veranstalteten die Arbeiter eine eindrucksvolle antifaschistische Gegenkundgebung. Beim Rückmarsch der Heimwehr gab es schwere Zusammenstöße mit Arbeitern in Mödling.

Anfang April kam es zu einem neuerlichen Heimwehrüberfall in Knittelfeld und einige Tage darauf schoß die Heimwehr in [23:] eine sozialdemokratische Versammlung in Kapfenberg, wobei es 19 Verletzte gab.

Die Spannung wurde immer größer; in Österreich bestanden bürgerkriegsähnliche Zustände.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich

Die „relative Stabilisierung“ in Österreich

Nachdem die revolutionäre Situation der unmittelbaren Nachkriegsjahre ihr Ende gefunden hatte und auch die nach Kriegsende entstandene Wirtschaftskrise überwunden war, trat der Kapitalismus in eine Periode der „teilweisen oder zeitweiligen Stabilisierung“ (Stalin) ein. Auch in Österreich vollzog sich ein gewisser Aufschwung der Produktion und ein leichtes Absinken der Arbeitslosigkeit. Gegenüber 203.000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1927 gab es im Jahre 1928 nur mehr einen Jahresdurchschnitt von 187.000. Doch von einer wirklichen Erholung der Wirtschaft, von einer umfassenden Konjunktur konnte man nicht sprechen. Genosse Kopenig sagte darüber in einer Rede auf dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Juli 1928):

„Es gibt eine Reihe von Ländern, in denen es der Bourgeoisie bis heute noch nicht gelungen ist, die Nachkriegskrise zu überwinden, und wo die Herstellung der kapitalistischen Wirtschaft auf große Schwierigkeiten stößt. Diese Schwierigkeiten sind teils in der allgemeinen wirtschaftlichen und organisatorischen Rückständigkeit der Bourgeoisie in einzelnen Ländern, in den besonderen Klassenverhältnissen oder auch in der durch die Nachkriegsverhältnisse geschaffenen veränderten Struktur der Gesamtwirtschaft gelegen. Zu diesen Ländern gehört auch Österreich. Wenn wir in bezug auf Österreich feststellen müssen, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage im Verhältnis zur Nachkriegsperiode gebessert hat, so müssen wir doch sagen, daß hier die Stabilisierung einen viel schwankendere und viel labileren Charakter trägt als in den großen kapitalistischen Ländern.“

Schon der 10. Parteitag der KPÖ hatte darauf hingewiesen, daß die besonders labile Lage der österreichischen Wirtschaft vor allem durch die anhaltende scharfe Absatzkrise und durch die Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung gekennzeichnet war. Soweit es Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung gab, äußerten sie sich in steigenden Profiten der Kapitalisten.

Die Verschärfung der Ausbeutung

Zusammen mit der schnellen Entfaltung der politischen Offensive der Bourgeoisie nach dem 15. Juli 1927 entwickelten sich auch immer mehr die Angriffe der Bourgeoisie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Auf dem Weg der sogenannten „Rationalisierung“ vollzog sich eine gewaltige

Steigerung der Ausbeutung. Anfang 1928 gab es Zollerhöhungen, die empfindliche Preis-[24:]steigerungen mit sich brachten; die ersten Verschlechterungen der Arbeitslosenunterstützung setzten ein und immer häufiger wurden betriebs- und branchenweise Angriffe auf die Löhne und Gehälter unternommen.

An vielen Punkten begannen sich die Arbeiter gegen diese Entwicklung zur Wehr zu setzen; es kam zu umfassenden Lohnbewegungen und Streiks. So war im Jahre 1928 die Zahl der Streiks doppelt so groß wie 1927. An 240 Streiks nahmen 32.915 Arbeiter teil; die Streiks führten zu einem Ausfall von 562.893 Arbeitstagen.

Aber nur in wenigen Fällen führten diese Streikkämpfe zu wirklichen Erfolgen. Der 10. Parteitag der KPÖ erklärte das damit, daß „der Einfluß der reformistischen Führer noch zu stark war“. Die reformistische Gewerkschaftsführung trat bei allen Streiks für einen schnellen Abbruch des Kampfes ein, wobei das Resultat in den meisten Fällen ein Sieg der Unternehmer oder bestenfalls ein faules Kompromiß war. Wo immer die Kommunisten und mit ihnen andere oppositionelle Gewerkschafter Positionen in Streikbetrieben hatten, schalteten sie sich aktiv in die Streikkämpfe ein, konnten sie da und dort auch die Sabotage der Gewerkschaftsführung eine Zeitlang aufhalten, aber ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft genügte nicht, um größere Erfolge zu erzielen.

Die Streikkämpfe Ende der Zwanzigerjahre

Im Jahre 1928 kam es zu größeren Streikkämpfen bei den Bauarbeitern von Salzburg, im Kupferbergwerk Mitterberg, in der Veitscher Magnesit, in der Floridsdorfer und Moosbrunner Glasfabrik, bei den Wiener Gast-, Kaffeehaus- und Hotelbediensteten. Von großer Bedeutung waren der dreimonatige Streikkampf der Arbeiter der Juteindustrie, der elfwöchige Kampf der Wiener Gummibandweber, der durch Streikbruch gescheiterte Grazer Straßenbahnerstreik und der sechswöchige Kampf in der Wiener Schwachstrom-Industrie.

Der Streik in der Wiener Autoindustrie

Besonderes Gewicht erlangte die Streikbewegung in der Wiener Autoindustrie, die im Frühjahr 1929 begann. In der Metallindustrie wurden damals Lohnverhandlungen geführt. Die Unternehmer wollten für die ganze Industrie einen Kollektivvertrag mit langer Laufzeit und mit einer Klausel, die während der ganzen Laufzeit des Vertrages jede Lohnbewegung ausschloß. Dafür waren sie bereit, einige Groschen Lohnerhöhungen zu gewähren. Die Ge-[25:]werkschaftsführung war mit diesem Unternehmervorschlag einverstanden, die Arbeiter lehnten ihn aber ab. Die Forderungen der Arbeiter waren 15 Prozent Lohnerhöhung, Bezahlung der Feiertage und eine paritätische (unter Beteiligung der Gewerkschaften) Arbeitsvermittlung. Die Unternehmer wollten von den beiden letzten Forderungen nichts wissen, worauf sich die Verhandlungen zerschlugen. Auf einer Betriebsrätekonferenz der Autoindustrie wurde nun von oppositionellen Gewerkschaftern der Antrag gestellt, in den fünf Wiener Autobetrieben mit insgesamt 7000 Arbeitern den Streik zu beginnen. Die Gewerkschaftsführung trat aber dem Streik entgegen und vertröstete auf weitere Verhandlungen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Gewerkschaftsführung mit 16 Stimmen angenommen. Die Opposition erhielt 13 Stimmen, wovon 11 von sozialdemokratischen Betriebsräten kamen. Als nun die Unternehmer bei neuerlichen Verhandlungen wiederum die Bezahlung der Feiertage entschieden ablehnten, begannen auf Initiative oppositioneller Gewerkschafter drei Autobetriebe mit einer Belegschaft von 4500 Arbeitern den Streik. Die „Reichspost“, das Organ der Christlichsozialen Partei, schrieb damals:

„Es scheint, daß die sozialdemokratische Führung des Metallarbeiterverbandes wieder einmal unter der Fuchtel der kommunistischen Scharfmacher steht, die auch diesmal, wie bei jeder anderen Gelegenheit, von allem Anfang an die Streikparole ausgegeben haben. Auf ihre Rechnung gehen wohl auch die noch vor der Entscheidung ausgebrochenen Teilstreiks.“

Die Aussperrung in der Grazer Metallindustrie

Die oppositionellen Gewerkschafter verlangten die Ausdehnung des Streiks auf alle Autobetriebe und die gesamte Metallindustrie. Die Unternehmer aber antworteten mit der Aussperrung der beiden noch nicht streikenden Betriebe und drohten, daß sie, wenn der Streik noch zehn Tage weitergehe, die

Arbeiter der ganzen Wiener Metallindustrie, und wenn auch das nichts nützte, sämtlicher Großbetriebe der Metallindustrie in ganz Österreich aussperren würden. Zur selben Zeit wurden in Graz 2500 Metallarbeiter ausgesperrt, weil nach einem Zusammenstoß mit Heimwehrlern zwölf Faschisten aus einem Grazer Großbetrieb von den Arbeitern entfernt und nicht wieder zurückgelassen wurden. Unmittelbar danach griff auch die Regierung zugunsten der Unternehmer ein und erklärte, die Ausgesperrten würden keine Arbeitslosenunterstützung bekommen.

Die Empörung und Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft war damals sehr groß, doch mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführung wurde in Graz die bedingungslose Rückkehr der Faschisten in die Betriebe durchgesetzt und der Kampf in der Wiener Autoindustrie mit einem faulen Kompromiß beendet.

[26:] Die oppositionellen Gewerkschafter, und unter ihnen besonders die Kommunisten, spielten in den Streikkämpfen eine wichtige Rolle. Sie waren aber nicht imstande, die Abwürgelolitik der Gewerkschaftsführung zu durchkreuzen. Für das Ausmaß der wachsenden Entschlossenheit der Arbeiter und Angestellten, sich gegen die Lohnsenkungspolitik und den Betriebsfaschismus der Unternehmer zur Wehr zu setzen, ist bezeichnend, daß ungefähr zur selben Zeit zehntausende Bauarbeiter, Straßenbahner, Gas- und E-Werksarbeiter und andere in Lohnkämpfen standen.

IV. Das Zwischenspiel Streeruwitz

Der Rücktritt Seipels

In dieser Situation der sich häufenden faschistischen Überfälle, des wachsenden Widerstands gegen die faschistischen Provokationen, der immer umfangreicher werdenden Streiks, Lohnkämpfe und Aussperrungen erklärte Seipel ziemlich überraschend am 3. April 1929 seinen Rücktritt.

„Die inneren Spannungen sind sehr angewachsen“, erklärte Seipel, „deshalb halte ich es für richtig, den politischen Parteien eine Gelegenheit zu geben, die Zukunft in einer Weise zu sichern, die unter meiner Führung nicht möglich wäre.“

Seipel geht – seine Politik bleibt

Die KPÖ bezeichnete den Rücktritt Seipels als ein Manöver der Bourgeoisie, die entschlossen war, den faschistischen Kurs auf alle Fälle fortzuführen. Seipels Rücktritt sollte die kleinbürgerlichen Schichten die über den faschistischen Kurs beunruhigt waren, beruhigen und es gleichzeitig der Sozialdemokratie erleichtern, bei der Verwirklichung des Programms des Bürgerblocks mitzuarbeiten. Die Kommunistische Partei warnte die Arbeiterschaft vor allen Illusionen, daß mit dem Rücktritt Seipels eine wirkliche Änderung eintreten werde, und rief zum verschärften einheitlichen Kampf gegen die faschistische Offensive auf.

Die ganze weitere Entwicklung zeigte, wie recht die Kommunisten mit ihrer Warnung hatten. Seipel war wohl vorübergehend abgetreten und hatte das Bundeskanzleramt dem Großindustriellen Streeruwitz übergeben, aber der Seipel-Kurs ging weiter. Seipel selbst sagte dazu im Juni 1929:

[27:] „Man kann Politik machen, indem man sie eine Zeitlang nicht macht, sondern indem man ein politisches Konzept sich gleichsam selbsttätig vollenden läßt, das heißt, in Wirklichkeit durch die Tätigkeit anderer.“

Die österreichische Sozialdemokratie begrüßte die Regierung Streeruwitz als Abkehr vom Seipelskurs. Renner schrieb damals:

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, so stehen wir heute an einem politischen Wendepunkt.“

Die Aufgabe der Regierung Streeruwitz bestand im Konzept Seipels darin, mit Hilfe der Sozialdemokratie eine Reihe wichtiger Forderungen der Bourgeoisie im Parlament durchzubringen, ohne der Aktivität der Heimwehr irgendwelche Schranken zu setzen. So wurde unter anderem mit Zustimmung der Sozialdemokraten eine Abänderung der Mietengesetze beschlossen, durch die eine fühlbare Verschlechterung des Mieterschutzes und eine Verdreifachung der Mietzinse eintrat. Auch andere von Streeruwitz eingebrachte Gesetze fanden die Zustimmung der Sozialdemokratie.

Der antifaschistische Kongreß in St. Pölten

Am 21. April – zwei Wochen vor einer nach St. Pölten einberufenen Heimwehrdemonstration – fand in St. Pölten ein eindrucksvoller antifaschistischer Kongreß statt, für dessen Einberufung die Kommunistische Partei in Befolgung ihrer antifaschistischen Einheitspolitik die Initiative ergriffen hatte. Noch am Tage vor dem Kongreß hatte die SP ein gehässiges Flugblatt verbreitet, durch das sozialdemokratische Arbeiter von der Teilnahme am Kongreß abgehalten werden sollten.

170 Delegierte nahmen am Kongreß teil, davon 78 Kommunisten, 69 Sozialdemokraten und 23 Parteilose. 23 Delegierte kamen aus Wien, die übrigen aus den verschiedensten anderen Teilen Österreichs. In seinem einleitenden Referat zeigte Genosse Koplenig, daß die faschistischen Überfälle und die Drohung mit dem „Marsch auf Wien“ einen Teil des allgemeinen Kurses der Bourgeoisie auf Errichtung einer faschistischen Diktatur in Österreich bildeten. Die Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung leiste diesen Plänen Vorschub. Es sei daher notwendig, gegen die wachsenden faschistischen Gefahren eine umfassende einheitliche antifaschistische Aktion zu entwickeln. An der Debatte, die volle Einmütigkeit darüber brachte, daß der Zusammenschluß aller Antifaschisten zum Kampf gegen die faschistischen Gefahren die dringendste Aufgabe sei, beteiligten sich 35 Delegierte.

Oppositionelle Stimmungen in der SP

Ein wichtiger Ausdruck, der wachsenden Unzufriedenheit und [28:] der Entwicklung oppositioneller Stimmungen und Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratie war eine Konferenz oppositioneller Funktionäre der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ), der Jugendorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, auf der von Delegierten aus vielen Teilen Österreichs von dem Anwachsen der Unzufriedenheit innerhalb der SAJ, von Übertritten zum „Kommunistischen Jugendverband“ (KJV) und vom einheitlichen Kampf kommunistischer und sozialdemokratischer Jugendlicher berichtet wurde.

Wie sehr die sozialdemokratische Parteiführung durch das Anwachsen der oppositionellen Stimmungen und durch die ersten sichtbaren Ergebnisse der Einheitsfrontpolitik der Kommunisten nervös wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß sie in ihrem Jahrbuch 1929 dieser Entwicklung einen gehässigen Kommentar widmete. Sie nahm gegen den antifaschistischen Kongreß von St. Pölten sowie gegen die Antikriegskundgebungen vom 1. August Stellung und berichtete im Zusammenhang mit der Tätigkeit einiger oppositioneller sozialdemokratischer Gruppen, daß diese aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden waren.

Der Heimwehrüberfall von St. Lorenzen

Im Juli 1929 hielt Seipel in Tübingen eine Rede, die er selbst als „Kritik an der Demokratie“ bezeichnete. In dieser Rede nahm Seipel offen gegen die Demokratie und die „Parteiherrschaft“ Stellung und legte ein feierliches Bekenntnis zur Heimwehr und ihren politischen Zielen ab. Diese Rede war der Startschuß für verstärkte Heimwehrprovokationen. Für den 29. September kündigte die Heimwehr Aufmärsche in vier Städten in der Umgebung Wiens an und Steidle verkündete „den Kampf mit allen Mitteln bis zur Vernichtung des Marxismus“.

Am 18. August sollte in der obersteirischen Ortschaft St. Lorenzen eine Veranstaltung der sozialdemokratischen Lokalorganisation stattfinden, auf welcher der bei der Heimwehr wegen seiner Teilnahme an der ungarischen Räterevolution (1919) besonders verhaßte sozialdemokratische Mandatar Koloman Wallisch sprechen sollte. Die Heimwehr hatte schon vorher erklärt, daß sie eine Versammlung mit Wallisch nicht zulassen werde. Am 18. August wurden von der Heimwehr Flugzettel verteilt, in denen vor der Teilnahme an der Veranstaltung gewarnt und eigens aufgefordert wurde, Frauen und Kinder fernzuhalten.

[29:] Im Verlauf des Vormittags besetzten gegen 2000 Heimwehrlere unter dem Kommando des steirischen Stabschefs der Heimwehr, Rauter (er wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wegen seiner Tätigkeit als Seyß-Inquarts Gestapochof in Holland hingerichtet), den Festplatz, um die Durchführung der sozialdemokratischen Veranstaltung zu verhindern. Die Arbeiter – Sozialdemokraten und

Kommunisten –, zogen auf einen anderen Platz und Wallisch begann mit seiner Versammlungsrede. Doch nach kurzer Zeit begann der Überfall der Heimwehler, und als sich die Arbeiter zur Wehr setzten, wurden sie mit Gewehren und Maschinengewehren beschossen. Drei tote Arbeiter und gegen zweihundert Verwundete waren das Ergebnis dieser kaltblütig vorbereiteten faschistischen Gewalttat.

Aktionen gegen den Überfall von St. Lorenzen

Die Nachricht vom St.-Lorenzener Blutbad löste noch am Abend des 18. August große Arbeiterdemonstrationen in Graz Bruck, Knittelfeld und anderen Orten der Steiermark aus. Am 19. August kam es zu spontanen Streiks im Mürztal und in Wien, vor allem in den Großbetrieben von Floridsdorf. überall wurde die Forderung nach einem allgemeinen Proteststreik laut. Der Parteivorstand würgte die Streiks mit dem Hinweis ab, daß noch am Abend des 19. August eine Vertrauensmännerkonferenz stattfinden und „entsprechende Beschlüsse“ fassen werde.

Die Vertrauensmännerkonferenz wurde nach bekanntem austromarxistischem Muster abgewickelt. Die Parteivorstandsredner gaben radikale Töne von sich, es wurde wieder einmal vom „bevorstehenden Tag der Entscheidung“ gesprochen, die Arbeiter wurden zur Stärkung des Schutzbunds aufgerufen, aber keine konkreten Kampfbeschlüsse wurden gefaßt. Im Gegenteil, die empörten Arbeiter wurden zur „Disziplin“ ermahnt und eindringlich vor allen „Sonder- und Einzelaktionen“ gewarnt.

Nach dem Arbeitermord von St. Lorenzen rief die Kommunistische Partei neuerlich zum einheitlichen Kampf gegen den Faschismus auf; sie forderte die Entwaffnung der faschistischen Banden und die Bewaffnung der Arbeiter, um den faschistischen Provokationen und Überfällen Einhalt gebieten zu können.

Die Heimwehr verlangt Verfassungsänderung

Nach dem Überfall von St. Lorenzen bewies die Christlichsoziale Partei ihre Übereinstimmung und Verbundenheit mit der Heimwehr dadurch, daß sie den Niederösterreichischen und den [30:] Oberösterreichischen Bauernbund und den Österreichischen Gewerbebund korporativ in die Heimwehr führte. Von seiten der Heimwehr wurde nun als nächste dringende Etappe in der Faschisierung Österreichs eine Verfassungsänderung gefordert. Die bürgerlichen Parteien beeilten sich, im Parlament Anträge in der Richtung einer autoritär-faschistischen Verfassung einzubringen. Die Heimwehr erklärte ganz deutlich, was sie wollte:

„Was wir verlangen, ist der Ständestaat, und dieser gleicht der faschistischen Organisation (Italiens) wie ein Ei dem anderen.“

Seipel trat nun immer offener als der Sprecher der Faschisten auf. In einem Interview mit einer englischen Zeitung gab er, nach sehr detaillierten Enthüllungen der „Arbeiter-Zeitung“ über Waffenlager der Heimwehr, unumwunden zu, daß die Heimwehr mit Wissen der staatlichen Sicherheitsbehörden Waffen besitze und fügte auf die Bemerkung des englischen Journalisten, daß nirgends ein österreichischer Mussolini zu sehen sei, hinzu:

„Wirklich nicht? Wer weiß? Vielleicht haben sie doch einen. Die Zukunft wird es zeigen.“

In dieser Zeit der Vorbereitung neuer faschistischer Provokationen zur Erzwingung einer Verfassungsreform war Seipel in ständigem Kontakt mit Pabst. Am 26. September 1929 erklärte Pabst nach einer Aussprache mit Seipel, daß es eine Regierungskrise geben werde, „noch ehe die Sonne sinkt“. Noch am selben Tag veranlaßte Seipel, ohne mit seiner Parteileitung und mit den Mitgliedern der Regierung darüber gesprochen zu haben, daß Streeruwitz seinen Rücktritt erklärte. Pabst und Seipel waren der Meinung, daß für den kommenden Generalangriff auf die Verfassung ein stärkerer Mann an der Spitze der Regierung stehen müsse.

V. Verfassungsreform und Antiterrorgesetz

Die Regierung Schober-Vaugoin

Schon während der Sommermonate wurde durch ständige Verhandlungen, die der Wiener Polizeipräsident Schober mit Heimwehrführern, aber auch mit bürgerlichen Politikern führte, bekannt, daß

er als der kommende Mann ausersehen war. Schober das war in den Augen der Arbeiterschaft der unmittelbar Ver-[31:]antwortliche für das Blutbad vom 15. Juli 1927; ein Zusammengehen mit diesem Mann schien den Arbeitern einfach unvorstellbar. Trotzdem bereitete die sozialdemokratische Parteiführung ihre künftige Stellung als loyale, zur Mitarbeit bereite Opposition durch Geheimverhandlungen mit Schober vor.

Die SP-Führung begrüßt Schober

In den Augen der Arbeiterschaft war schon die Betrauung Schobers als Bundeskanzler eine ausgesprochene Provokation, die noch dadurch verstärkt wurde, daß die Heimwehr Schober als „ihren“ Bundeskanzler bezeichnete und daß der christlichsoziale Heeresminister *Vaugoin*, der als einer der gehässigsten Feinde der Arbeiterbewegung das Bundesheer zu einem gefährlichen Instrument der Reaktion gemacht hatte, als Vizekanzler bestellt wurde. Die offizielle Stellungnahme der Sozialdemokratie der Regierung Schober gegenüber war deshalb notgedrungen etwas zurückhaltend; aber in einer linksbürgerlichen Zeitung, die als ein Sprachrohr *Renner's* bekannt war, und auch im „Kleinen Blatt“ der Sozialdemokratischen Partei, wurde Schobers Kanzlerschaft absolut freundlich aufgenommen und mit Erleichterung begrüßt.

Die Bourgeoisie erkannte in der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Regierung Schober mit Recht einen neuerlichen Beweis für ihre Kapitulationsbereitschaft. Voll Hohn schrieb die „Reichspost“, daß

„diese Sozialdemokratie nun auf einmal die Berufung eben dieses Mannes (Schober) in relativer Gefäßtheit, ja unter hörbaren Seufzern der Erleichterung als einen Glücksfall hinnimmt, daß ihre Parteipresse das Kabinett Schober geradezu freundlich besprach, um nicht zu sagen bewillkommnete, daß sie als Retter begrüßen muß, den ihre Bosheit durch zwei Jahre dem Publikum als Scheusal an die Wand gemalt hat, daß sie vor dem, was sie so lange besudelt und bespion hat, heute knien muß“.

Die Stellung der Kommunisten zur Regierung Schober

Um ein richtiges Bild von der Situation zu bekommen, in der Schober an die Spitze der österreichischen Regierung trat, muß man auch einige wirtschaftliche und außenpolitische Faktoren in Betracht ziehen. Die bürgerkriegsähnliche Atmosphäre in Österreich hatte zu einer gewissen Panik in der Bevölkerung geführt, beträchtliche Summen wurden von den Sparkassen abgehoben, Schillinge in Gold oder Valuten umgetauscht, eine spürbare Kapitalsflucht setzte ein und London und Paris, von denen die österreichische Regierung eine neue Anleihe wollte, warnten vor einer überspitzten Entwicklung. In einem kommunistischen Presse-[32:]kommentar aus dieser Zeit hieß es über die Regierung Schober treffend:

„Von Schober erwartete die österreichische Bourgeoisie die Lösung der Krise in dem Sinne, daß er, gestützt auf die legalen Machtorgane des Staates und unter Anerkennung, Förderung und gleichzeitiger ‚Zügelung‘ der außerparlamentarischen faschistischen Kräfte der Heimwehr, die wesentlichsten Punkte des faschistischen Programms durchführt – unter Vermeidung des offenen Bürgerkrieges, den das offene Losschlagen der Heimwehr, ein Marsch nach Wien, zwangsläufig auslösen müßte.“

Trotz dieser richtigen Einschätzung der Funktion, die der Regierung Schober zugedacht war, nämlich die Hauptforderungen der Bourgeoisie legal, d. h. mit Zustimmung der Sozialdemokratie zu verwirklichen, gab aber die Kommunistische Partei in ihrer Stellungnahme zur Regierung Schober, ausgehend von den faschistischen Drohungen und den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Österreich, eine überspitzte Einschätzung des Charakters dieser Regierung und der ganzen Situation. Diese Überspitzung zeigte sich schon im Aufruf des ZK der KPÖ am Tage der Regierungsbildung, in dem von der Regierung Schober als von einer „faschistischen Regierung“ gesprochen und gesagt wurde, daß Schober sich bereits anschickt, die faschistische Diktatur zu übernehmen“. Diese unrichtige, überspitzte Einschätzung der Situation kam auch in einem „Aufruf an die sozialdemokratischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Regierung Schober“ zum Ausdruck, in dem es hieß:

„Diktatur des Faschismus oder Diktatur des Proletariats – so allein steht heute die Frage ... Rasch nähert sich der Augenblick, wo es zur Führung des Kampfes notwendig sein wird, die Organe im Kampf um die Macht zu schaffen: die Arbeiterräte.“

Der Kampf der Stockerauer Heid-Arbeiter

Diese Überspitzungen zeigten sich schließlich auch in der Stellungnahme der Kommunistischen Partei zu den Vorfällen, die sich im November in Stockerau abspielten. Am 31. Oktober waren in der Stockerauer Maschinenfabrik Heid von der Direktion drei Heimwehrlere eingestellt worden, ohne daß der Betriebsrat um seine Einwilligung gefragt wurde. Eine Belegschaftsversammlung beschloß, die Zusammenarbeit mit den Heimwehrlern zu verweigern. Als die Heimwehrlere sich weigerten, den Betrieb zu verlassen, wurden sie von der Arbeiterschaft hinausgeworfen. Die Heimwehr stellte darauf der Direktion ein Ultimatum, die Heimwehrlere sofort wieder einzustellen, widrigenfalls die Heimwehr eine große Aktion unternehmen werde. Die Arbeiter verhinderten aber weiterhin die Einstellung der Faschisten.

Von der niederösterreichischen Landesführung der Heimwehr [33:] (Raab) wurde daraufhin eine allgemeine Mobilisierung der Heimwehr angeordnet. Von allen Orten der Umgebung setzte sich die Heimwehr in Bewegung und blockierte die Zufahrtsstraßen zur Heid-Fabrik. Gleichzeitig lehnte die Leitung des Schutzhundes die von Schutzbündlern und Kommunisten geforderte Mobilisierung der Arbeiter mit der Begründung ab, daß „die Aufrechterhaltung der Ordnung die Aufgabe der Staatsgewalt“ sei. Trotz Warnungen der SP-Führung vor Demonstrationen sammelten sich die Arbeiter von Stockerau zu einer Gegendemonstration. Die Regierung setzte gegen die Arbeiter Gendarmerie und Militär ein; die Heid-Direktion verfügte die Aussperrung der Arbeiter, nachdem sie die Einstellung der Heimwehrlere nicht durchsetzen konnte. Die SP-Führung war sich nicht unklar darüber, was all dies bedeutete. In einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. November 1929 hieß es:

„Die Heimwehrlere bei Heid zulassen, das wäre der Beginn des Donawitzer Terrors vor den Toren Wiens. Mit den Gelben, den Faschisten, kann es keine Betriebsgemeinschaft gehen.“

Aber dennoch war die SP-Führung zur Kapitulation bereit. Mit dem Kampf in Stockerau, an dem die Stockerauer Kommunisten aktiven Anteil nahmen, beschäftigte sich auch eine außerordentliche Reichskonferenz der KPÖ vom 2. und 3. November. Die Konferenz betrachtete die Stockerauer Ereignisse als Beweis dafür, daß eine friedliche Lösung in Österreich nicht mehr möglich sei und sich die politische Krise ihrem Höhepunkt näherte. Die Lage sei bereits unmittelbar revolutionär, weil sich die Abwehrkämpfe gegen die faschistische Diktatur zum Kampf um die Macht entwickelten. So billigte die Konferenz die Losung, die in Verbindung mit den Stockerauer Ereignissen zur Bildung von Arbeiterräten aufrief.

Gewerkschaftsführung würgt Streikkampf ab

Die Fehler der Kommunisten erleichterten der Gewerkschaftsbürokratie die Abwürgung des Kampfes der Heid-Arbeiter. Am 22. November wurde bei einer Belegschaftsversammlung von der Führung der Metallarbeitergewerkschaft die Zustimmung zur Einstellung der drei Heimwehrlere verlangt. Bei der Abstimmung sprachen sich von den 650 Arbeitern etwas mehr als 50 dafür aus, ungefähr 50 waren dagegen, die anderen enthielten sich der Stimme. Mit dieser „Mehrheit“ wurde der Kampf bedingungslos abgebrochen.

Die Kommunistische Partei erkannte bald die Überspitzungen in der Einschätzung der Lage und konnte sie schnell beseitigen. Im Bericht an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935) über Österreich heißt es über diese Fehler:

[34:] „Daß es der KPÖ damals nicht gelang, die überaus bedeutsame beginnende Selbstentlarvung der Sozialdemokratie dazu auszunützen, eine ernste Bresche in die Mauer zu schlagen, die vielfach zwischen der KPÖ und den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter bestand, ist auf einige Überspitzungen in den Losungen der Partei während ihrer Kampagne gegen die reaktionäre Verfassungsreform zurückzuführen. Statt mit aller Kraft an der Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront und der Bildung breiter antifaschistischer Einheitsfrontorgane zu arbeiten, konstruierte die Partei eine ‚unmittelbare revolutionäre Situation‘, die die Schaffung von Sowjets erfordere, erklärte sie der Arbeiterschaft, daß es sich bei dem Kampf gegen die Verfassungsreform darum handle, unmittelbar den Kampf um die Errichtung der proletarischen Diktatur aufzunehmen, um die faschistische Diktatur zu verhindern. Es hat sich gezeigt, daß die Arbeitermassen, die zwar sahen, daß die Sozialdemokratie für die Schoberschen Reformen eintrat und daß die KPÖ zum Organisator des antifaschistischen

Kampfes wurde, auf diese kommunistischen Losungen nicht reagierten. Sie waren wohl bereit, gegen den Faschismus zu kämpfen, aber noch nicht für Sowjets und die Diktatur des Proletariats.“

Der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt

Wenige Tage nach Schobers Regierungsantritt führte die Heimwehr provokatorische Aufmärsche in Mödling, Stockerau, Zwettl und Pöchlarn durch. Steidle spottete in Mödling über die Sozialdemokraten, die den Canossagang zu Schober angetreten hätten, und sagte voraus, daß noch viele Demütigungen folgen würden. Die Sozialdemokraten würden sich noch daran gewöhnen müssen, daß ihnen die Heimwehr die Faust unter die Nase halte und sie nicht mit der Wimper zucken dürften.

Wieder hatte die Sozialdemokratie durch einen eigens zu diesem Zweck durchgeführten „Versammlungssturm“ die große Masse der Arbeiter von den Straßen, auf denen die Heimwehr marschierte, weggezogen und wieder waren es allein die Kommunisten und die mit ihnen in Einheitsfront kämpfenden oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter, die den Heimwehrrfaschisten entgegentraten. In Mödling und Stockerau kam es zu eindrucksvollen, von der Kommunistischen Partei geführten antifaschistischen Gegendemonstrationen.

Das Wetterleuchten der Weltwirtschaftskrise

In die ersten Tage des Kabinetts Schober fällt auch der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt, die zu dieser Zeit die wichtigste und einflußreichste Großbank Österreichs war. Es gab verschiedene Ursachen für diesen Zusammenbruch. Eine der Ursachen lag darin, daß diese Bank in der Zeit der Zusammenbrüche der Spekulationsbanken durch Fusionen mit diesen Banken, vor allem mit der Unionbank, schwere Verpflichtungen auf sich genommen [35:] hatte; eine andere Ursache waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die Österreich durch die politische Krise gestürzt wurde; vor allem aber war der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt ein erstes, weithin sichtbares und wirkendes Wetterleuchten der großen Wirtschaftskrise, in die damals die ganze kapitalistische Welt stürzte.

Die Bodenkreditanstalt beherrschte einen riesigen Industriekonzern von 150 Unternehmungen, unter denen sich auch die größten Betriebe Österreichs befanden. Bei der Bedeutung dieser Großbank im wirtschaftlichen Leben Österreichs war mit ihrem Zusammenbruch auch eine ernsthafte Gefährdung des ganzen Geld- und Kreditsystems verbunden. Schober stellte deshalb 100 Millionen Schilling Steuergelder zur Deckung des Defizits zur Verfügung und veranlaßte die Creditanstalt des Baron Rothschild, die Bodenkreditanstalt zu übernehmen. Faktisch bedeutete das eine noch weitergehende Auslieferung der österreichischen Industrie an das ausländische Finanzkapital, vor allem an die Londoner City, die über entscheidenden Einfluß auf die Creditanstalt verfügte. Die Übernahme der Bodenkreditanstalt durch die Creditanstalt bedeutete eine Belastung dieser Bank, die weit über ihre Kräfte ging. Der ehemalige Pressechef Seipels und der austrofaschistischen Regierungen, Eduard Ludwig, schreibt dazu in seinem Buch „Österreichs Sendung im Donauraum“:

„Schober, der in den ersten Tagen seines Ministeriums die Finanzgeschäfte selbst verwaltete, griff rasch zu, er ließ den Präsidenten der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Baron Louis Rothschild, von der Jagd rufen, setzte ihn unter stärksten Druck, bis dieser gegen den Rat seiner Direktoren Neurath, Hammerschlag und Deutsch in die Fusion willigte. Aber nicht nur die Creditanstalt hatte sich gegen die Fusion gestellt, auch der leitende Mann der Bodenkreditanstalt, Direktor Mosing, hatte gegen diese Art der Lösung der Krise wesentliche Bedenken vorgebracht. Der Bissen war für die Creditanstalt zu groß, er konnte nicht verdaut werden, und so bereitete sich mit der von Schober erzwungenen, vom Nationalrat am 18. Oktober 1929 genehmigten Aufnahme der Bodenkreditanstalt in die Creditanstalt die neue große Finanzkrise vor, die im Jahre 1931 zum Ausbruch kommen sollte.“

Die Verfassungsreform 1929

Nach der Bereinigung der Bodenkreditanstalt-Krise ging Schober an die Verwirklichung der von der Heimwehr verlangten Verfassungsänderung. Das Ziel dieser Verfassungsänderung sollte eine Einschränkung der demokratischen Freiheiten, die Schaffung von Grundlagen für ein faschistisches Notverordnungsregime und eine Benach-[36:]teiligung der verfassungsmäßigen Stellung Wiens gegenüber den anderen Bundesländern sein. Das ZK der KPÖ hatte daher in seiner Erklärung anlässlich der

Regierungsübernahme Schobers zum Massenkampf gegen die Versuche, „eine faschistische Verfassung durchzuzwingen“, aufgerufen.

Sozialdemokratische Geheimverhandlungen mit Schober

Von der österreichischen Sozialdemokratie wurde in bezug auf die beantragten Verfassungsänderungen eine Methode angewandt, die für die austromarxistische Politik dieser ganzen Entwicklungs- etappe bezeichnend war. Die Ankündigung der Pläne für eine Verfassungsänderung wurde zuerst einmal mit leidenschaftlichen Appellen zur Ablehnung dieser Pläne beantwortet. Versammlungen und Massenkundgebungen fanden statt, in denen die Redner des Parteivorstands ein entschiedenes „Niemals“ verkündeten; die Androhung eines faschistischen Staatsstreichs wurde mit der Ankündigung einer entschlossenen Verteidigung der Demokratie beantwortet, während jedoch gleichzeitig in den Reihen des Parteivorstands nicht nur volle Übereinstimmung darüber bestand, sich mit Schober über die Verfassung zu verständigen, sondern auch schon intensive **G e h e i m v e r h a n d l u n g e n** zwischen Schober und dem Vertreter der Sozialdemokratie, **D a n n e b e r g**, durchgeführt wurden.

Anfang Oktober 1929 fand der alljährliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei statt. In seinem Hauptreferat wandte sich Otto Bauer mit scharfen Worten gegen die Pläne eines Staatsstreichs, drohte der Bourgeoisie, daß sich „das Land, wenn die Regierenden selbst den Rechtsboden zerstören, im Zustand der Revolution befindet“, und fügte hinzu:

„Es gäbe ja nichts Gefährlicheres für die ganze Zukunft der Sozialdemokratie, als wenn jemals die Gegner glauben könnten, daß es möglich wäre, daß Sozialdemokraten unter dem Drucke von Drohungen wider ihre Überzeugung stimmten, irgend etwas unter dem Drucke von Drohungen mit Staatsstreich, mit Verfassungsbruch zugestehen könnten. Wenn die Gegner das einmal glauben würden, dann wären wir auf der schiefen Ebene, dann würde es dabei nicht bleiben, sondern dann würden sich die Drohungen immer mehr verstärken, um uns immer mehr abzapfen. Das wäre der größte Triumph, die größte Stärkung des Faschismus, das würde dann den Kampf um das Ganze erst recht herbeiführen, nur unter viel ungünstigeren Bedingungen.“

Aber gerade das war ja die Politik der Sozialdemokratie, das Zurückweichen vor dem Druck, die Kapitulation in jedem einzelnen Fall, wodurch dann „der Kampf um das Ganze erst recht herbeigeführt wurde, nur unter viel ungünstigeren Bedingungen“.

Für diese Politik des Zurückweichens vor den Vorstößen der Bourgeoisie und des Heimwehrrfaschismus trat **R e n n e r** auf dem Parteitag ziemlich unverhüllt ein. Er sagte u. a.:

[37:] „Wir können nicht regieren, weil wir die Minderheit sind, und die anderen nicht, weil sie es nicht verstehen ... Eine der Hauptquellen der Heimwehrmacht ist diese Schwache und Unfähigkeit des Bürgertums. Und weil dem so ist, so ist uns manchmal ein harter Zwang auferlegt, ein staatsmännischer Zwang. Wir müssen mit unserem Bürgertum manchmal **G e d u l d** haben, auch in der Heimwehrsache müssen wir mit unserem Bürgertum **G e d u l d** haben.“

Die Kapitulation in der Verfassungsfrage

Der SP-Parteitag legte im Prinzip die Linie der Bereitschaft zu Verhandlungen und zu Konzessionen in der Verfassungsfrage fest, wobei diese Linie auf dem Parteitag viel Widerstand von seiten der Delegierten hervorrief. Als gegen Ende November die Verhandlungen Schober-Danneberg tatsächlich zu einem Übereinkommen geführt hatten, wurde eine Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei einberufen, um über das Verhandlungsergebnis zu beschließen. Auf dieser Konferenz herrschte allgemein die Auffassung, daß man mit den Konzessionen zu weit gegangen war. Die Parteivorstandsregie setzte aber einen zustimmenden Beschluß durch nachdem ein Antrag des steirischen SP-Funktionärs **M a c h o l d**, der bestimmte Sicherungen gegen das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten und gegen die Benachteiligung Wiens enthielt sowie für die Möglichkeit eintrat, gegen Gesetzesbeschlüsse mit einem Drittel der Abgeordneten die Entscheidung durch eine Volksabstimmung anzurufen, einfach nicht zur Abstimmung gebracht wurde.

Das Notverordnungsgesetz

Im Antrag Macholds wurde auch die Aufhebung des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ vom Jahre 1917 verlangt. Dieses Gesetz war während des Krieges zur Erlassung

von Notverordnungen ohne parlamentarische Zustimmung beschlossen worden und wurde von Dollfuß später bekanntlich zur Errichtung seiner uneingeschränkten Notverordnungsdictatur verwendet, wobei die Sozialdemokratie erklärte, daß dieses Gesetz plötzlich von irgendwelchen Verwaltungsjuristen aus den Archiven „ausgegraben“ worden sei. In Wirklichkeit jedoch war sich die Sozialdemokratie über das Bestehen dieses Gesetzes vollkommen klar wie der Antrag Macholds auf der Reichskonferenz vom November 1929 beweist. Mit Zustimmung der SP-Führung wurde dieses Gesetz in die neue Verfassung hinübergerettet, um dann von der Bourgeoisie zur gegebenen Zeit angewendet werden zu können.

Am 7. Dezember 1929 wurde die neue Verfassung im Parlament angenommen. Die Sozialdemokratie bezeichnete die Verfassung, die mit ihren Stimmen beschlossen wurde, als einen großen Erfolg, da dem ursprünglichen Entwurf „die Giftzähne ausgerissen worden“ seien. Otto Bauer sah in der Verfassungsreform sogar die „Marneschlacht des Faschismus“, durch die der Faschismus eine voll[38:]ständige Niederlage erlitten habe, von der er sich nicht mehr erholen werde.

Autoritäre Bestimmungen der neuen Verfassung

In Wirklichkeit hatte die österreichische Bourgeoisie in der neuen Verfassung entscheidende Teile ihres Projektes durchgesetzt. Zum Beispiel wurde ein Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten eingeführt, das selbst Gulick „als vom demokratischen Standpunkt aus nicht ganz harmlos“ bezeichnet. Der bekannte österreichische Verwaltungsrechtler Professor Merkl stellte fest: „Wiens gesetzmäßige Stellung ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern nicht unbeträchtlich eingeschränkt worden“, während Ludwig in seinem Buch über die Ergebnisse der Verfassungsreform schrieb:

„An den angestrebten Typus der Präsidentschaftsrepublik hatte sich eine Annäherung insofern vollzogen, als die Verfassungsreform des Jahres 1929 dem Nationalrat im Bundespräsidenten ein zweites, gleichfalls durch unmittelbare Volkswahl zu berufendes Organ an die Seite stellte, dessen formaler Wirkungskreis überdies in beachtlicher Weise erweitert wurde, da er unter anderem das Recht erhielt, die Bundesregierung zu ernennen und zu entlassen, den Oberbefehl über das Bundesheer zu führen, den Nationalrat zu Tagungen einzuberufen, seine Tagungen auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates als beendet zu erklären, den Nationalrat aufzulösen und unter bestimmten Voraussetzungen gesetzändernde Verordnungen, Notverordnungen, zu erlassen.

In der neuen Verfassung hatte auch der faschistische Ständegedanken seine Verankerung gefunden, indem an Stelle des Bundesrates die Bildung eines „Länder- und Ständerates“ vorgesehen war. Die neue Verfassung trug somit deutlich sichtbare Elemente eines autoritären, zum Faschismus neigenden Systems in sich, wenn sie auch nicht alle Forderungen erfüllte, die von der Heimwehr und von anderen faschistischen Kreisen aufgestellt wurden.

Neuer Terror gegen die Kommunisten

Gegen die Kampagne der Kommunistischen Partei zur Verhinderung der Verfassungsreform richtete die Regierung Schober weitgehende Terrormaßnahmen. Die „Rote Fahne“ wurde in der Zeit von Anfang Oktober bis Anfang Dezember 1929 nicht weniger als neunzehnmal konfisziert; gegen Redakteure der „Roten Fahne“ und Funktionäre der Kommunistischen Partei wurden in diesem Zeitraum achtzehn Hochverratsanklagen erhoben; sechs Redakteure der „Roten Fahne“ und fünf Redakteure kommunistischer Betriebszeitungen wurden wegen Hochverrats verhaftet, vierzehn Betriebszeitungen und mehr als zwei Dutzend verschiedene Flugblätter beschlagnahmt.

[39:]

Der Betrug an den Schutzbündlern

Verstärkte Heimwehrüberfälle

Trotz der von Otto Bauer verkündeten „Marneschlacht“ des Faschismus war von einem Nachlassen seiner Provokationen und Überfälle nichts zu spüren: Im Februar gab es einen folgenschweren Feuerüberfall der Heimwehr in Graz-Eggenberg; während der ersten Monate des Jahres 1930 standen die österreichischen Hochschulen im Zeichen faschistischer Krawalle; in Neunkirchen wurde

bei einem Heimwehrüberfall ein Arbeiter ermordet; auf Wallisch wurde ein Mordanschlag verübt; im März kam es zu schweren Helmwehrausschreitungen im ganzen Triestingtal und immer drückender wurde der betriebsfaschistische Terror in vielen Teilen Österreichs, vor allem im Gebiet der Alpine Montan.

Als für den 4. Mal 1930 von der Heimwehr ein Aufmarsch in St. Pölten angekündigt wurde, beschloß die Schutzbundleitung, die Schutzbündler nach St. Pölten zu rufen, um sie dort gegen neuerliche Heimwehrüberfälle in Bereitschaft zu legen. Der Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr Raab, erwirkte beim christlichsozialen Landeshauptmann Buresch ein einseitiges Demonstrationsverbot gegen den Schutzbund.

Den Schutzbund „in Bereitschaft legen“, das war eine der gebräuchlichsten Methoden der sozialdemokratischen Parteiführung in diesen Jahren der faschistischen Offensive. Im Schutzbund waren die aktivsten und entschlossensten sozialdemokratischen Arbeiter organisiert. Diese lehnten immer entschiedener die Parteivorstandspolitik des Zurückweichens ab, verlangten eine kämpferische Politik des Widerstands gegen den Faschismus und waren auch zum persönlichen Einsatz im antifaschistischen Kampf entschlossen. Die Schutzbündler waren in jeder kritischen Situation für die zur Kapitulation entschlossene Parteiführung ein ernstes Problem, weil sie immer wieder zum Kampf drängten. Um eben diesen Kampfeinsatz zu verhindern, wurden sie „in Bereitschaft gelegt“.

Die Schutzbündler glaubten, daß diese „Bereitschaft“ eine Bereitschaft zum Kampf sei, in Wirklichkeit handelte es sich um ein Manöver, durch das die kampfbereitesten Arbeiter von den Straßen weggezogen und kaserniert werden sollten, bis alles vorüber war. Verbunden mit ständigen Warnungen vor „Sonder- und Einzelaktionen sowie mit Appellen zur „Disziplin“ und „Besonnenheit“ war diese Methode zur Verhinderung von Kämpfen bis zum Februar 1934 immer wieder erfolgreich.

[40:]

Der Korneuburger Faschisteneid

Die Heimwehr hielt am 18. Mai 1930 in Korneuburg eine Tagung ab, bei der von den Heimwehrführern ein Eid auf ein faschistisches Programm abgelegt wurde, das unter dem Namen „Korneuburger Eid“ bekanntgeworden ist. In diesem faschistischen Gelöbniß heißt es u. a.:

„Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern. Wir wollen den Volksstaat der Heimwehren. Wir verwerfen den westlich-demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat. Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Vertretern der großen Stände und den fähigsten und gelehrtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird ... Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen; er kenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer.“

Raab schwört auf den Faschismus

Unter den wenigen österreichischen Abgeordneten, die diesen Eid des Bekenntnisses zum Faschismus ablegten, befand sich auch der christlichsoziale Heimwehrabgeordnete von Niederösterreich Julius Raab.

Das Antiterrorgesetz

In die Regierungszeit des Kabinetts Schober-Vaugoin fällt neben der Beschlußfassung über die autoritär-faschistische Verfassungsreform auch die parlamentarische Erledigung des sogenannten Antiterrorgesetzes, das vom Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften als ein „Ausnahmegesetz schlimmster Sorte“. Bezeichnet wurde. Schon unter Streeruwitz wurde ein diesbezüglicher Antrag mit weitgehenden Anschlägen gegen die Gewerkschaftsfreiheit im Parlament eingebracht. Die Unternehmer, ermutigt durch den Hüttenberger Pakt und die sozialdemokratische Kapitulation in der Verfassungsfrage, drängten auf die Beschlußfassung über dieses Gesetz.

Über die Empörung, die in der Arbeiterschaft über diesen neuen Anschlag herrschte, berichtete die kommunistische Presse Mitte März:

Die Empörung der Arbeiter gegen das Antiterrorgesetz

„Die Arbeiterschaft ist sich durchaus der Gefahren bewußt, die ihr aus diesem Zuchthausgesetz drohen. In den Fabriken herrscht eine dicke Luft, wie sie bei weitem selbst während des Kampfes um die faschistische Verfassungsänderung nicht zu bemerken war. Die Regierung, die von der Kampfesstimmung der Arbeiter unterrichtet ist, hat darauf in Wien wieder die öffentlichen Gebäude unter verstärkten Polizeischutz gestellt, hat neuerdings auf den wichtigsten Straßen und Plätzen Doppelposten aufführen lassen, schickt Polizeipatrouillen in der Stadt umher und hat sich sogar die Provokation ge-[41:]leistet, am 13. März die Zugänge zu den größten Fabriken mit Polizei besetzen zu lassen.

Die Arbeiter der Fiat-Werke in Wien-Floridsdorf haben das auf der Stelle mit Streik beantwortet. An die Direktion wurde die ultimative Forderung gestellt, daß sie für das sofortige Verschwinden der Polizei Sorge. Das mußte auch geschehen und so wurde die Arbeit nach kurzer Zeit wieder aufgenommen. In den anderen Fabriken ist die Stimmung ähnlich. In einer Vertrauensmännerkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Floridsdorf kam es zu einem Sturm gegen die Taktik der Führer. Viele Redner verlangten, daß das Antiterrorgesetz mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

Die Regierung sucht der Bewegung in den Fabriken durch Terrormaßnahmen zuvorzukommen. Die ‚Rote Fahne‘ wird nun wieder fast täglich konfisziert. In St. Pölten wurden am 6. März gegen eine Demonstration von einigen hundert Arbeitslosen nebst der städtischen Polizei und Gendarmerie zwei Kompagnien Alpenjäger aufgeboten. In Wiener Neustadt hieb Polizei und Gendarmerie mit blanker Waffe die Arbeitslosen auseinander. In Berndorf wurden unter den Arbeitslosen Massenverhaftungen vorgenommen. Hausdurchsuchungen und Perlustrierungen¹ bei Kommunisten sind zu einer alltäglichen Erscheinung geworden.“

Große Worte der SP-Führer, aber kein Kampf

Von der Sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung wurde dem Antiterrorgesetz in feierlichen Kundgebungen und Manifesten der „entschlossene Kampf“ angesagt. Da sich der sozialdemokratische Widerstand aber auf große Worte und auf parlamentarische Verhandlungen beschränkte, die gewaltige Kraft der mehr als 700.000 freigewerkschaftlich Organisierten jedoch nicht eingesetzt wurde, konnte die österreichische Bourgeoisie ihr Antiterrorgesetz am 5. April 1930 beschließen. In diesem Gesetz wurde ein verklausuliertes Streikverbot verankert, mit einem sogenannten „Nötigungsparagrafen“ wurde der Widerstand gegen die Einstellung von Faschisten in den Betrieben mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bedroht, das Kollektivvertragsrecht wurde eingeschränkt und der Abzug der Gewerkschaftsbeiträge durch das Lohnbüro verboten.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 6. April 1930 schrieb über dieses Gesetz:

„Das Ausnahmegesetz ist gestern von den Bürgerblockparteien beschlossen worden. Die Rechtsgleichheit der Demokratie ist geschändet, die Republik durch das einseitig gehässige Gesetz gegen die Schöpfer und treuesten Anhänger der Republik entehrt.“

Diese radikale Sprache über das bereits beschlossene Gesetz, das durch Massenmobilisierung der Arbeiter, durch die richtige Verbindung von parlamentarischer Opposition und außerparlamentarischer Aktion hätte verhindert werden können, diente vor allem dem Zweck, bei den empörten Arbeitern den Eindruck einer „revolutionären und oppositionellen“ Haltung zu erwecken, um sie so weiterhin an die Politik des Parteivorstandes binden zu können.

[42:]

Schobers Abrüstungsgesetz und Schobers Sturz

Schober, der wegen der immer schwieriger werdenden Wirtschaftslage Österreichs mit allen Kräften auf eine neue westliche Anleihe für Österreich hinarbeitete, kam dadurch in wachsenden Gegensatz zu den Heimwehren. Von London wurde für die Sicherung der angelegten Kapitalien „Ruhe, Ordnung und innere Abrüstung“ verlangt. Schober mußte daher ein formelles „Abrüstungsgesetz“ dem Parlament vorlegen, über das Seipel sagte:

„Wenn es ernst gemeint ist, wird es nicht durchgehen; sollte es durchgehen, dann war es nicht ernst gemeint.“

¹ Anhalten und Durchsuchen zur Feststellung der Identität. *KWF*

Raab gegen die „innere Abrüstung“

Die Heimwehr forderte nun, daß zuerst der Schutzbund entwaffnet werden müsse, und zwar unter Kontrolle der Heimwehr, und daß für die Dauer der Abrüstung ein Heimwehrler als Innenminister zu bestellen sei. Als Schober diese Forderungen abwies, wurde die Haltung der Heimwehr Schober gegenüber immer aggressiver. Schober schlug zurück, indem er über Pabst den Landesverweis verhängen und ihn außer Landes schaffen ließ – eine Maßnahme, die freilich schon wenige Wochen später wieder rückgängig gemacht wurde. Das „Abrüstungsgesetz“ wurde im Parlament mit den Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen; von den christlichsozialen Abgeordneten stimmten, einem Auftrag der Heimwehrführung entsprechend, nur zwei gegen das Gesetz: Rintelen und Raab.

Natürlich änderte das „Abrüstungsgesetz“ an der tatsächlichen Lage in Österreich nicht das geringste. Die Aufrüstung der Heimwehr ging ungestört und unter tatkräftiger Mithilfe staatlicher Stellen weiter, ebenso ging die Suche und Beschlagnahme jener Waffen weiter, die sich in Händen des Schutzbundes befanden.

Die Heimwehr, ihr geistiges Haupt Seipel und Vizekanzler Vaugoin gingen nun daran, den als Kanzler unbequem gewordenen Schober zu stürzen. Als Anlaß wurde der Widerstand genommen, den Schober der Bestellung des Heimwehr-Vizebürgermeisters von Graz, Dr. Strafella, zum Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen entgegenstellte.

Der faschistische Vorstoß gegen die Eisenbahner

Strafella war für die faschistischen Kräfte von besonderer Bedeutung. Nach der als „Entpolitisierung“ getarnten Säuberung der Exekutive richtete die Bourgeoisie ihren nächsten Angriff auf die Eisenbahner, um durch eine schärfere Personalpolitik die für sie besonders gefährliche Drohung eines Verkehrstreiks beseitigen zu können. Strafella, der als Organisator des Streikbruchs einen Kampf der Grazer Straßenbahner im Jahre 1928 niedergeschlagen [43:] hatte, wurde als der geeignete Mann für die Zerschlagung der Rechte der Personalvertretung bei den Bundesbahnen betrachtet.

Schober war mit der Bestellung Strafellas ursprünglich einverstanden gewesen. Als aber in einem gegen die „Arbeiter-Zeitung“ wegen Enthüllungen über die Person Strafellas durchgeführten Prozeß im Urteil festgestellt wurde, daß die Charakterisierung Strafellas als „unsauber und unkorrekt“ berechtigt sei, weigerte sich Schober, die Bestellung Strafellas vor Erledigung dieser Angelegenheit durch das Berufungsgericht durchzuführen. Vaugoin gab daraufhin seine Demission, wodurch er den Rücktritt des Kabinetts Schober erzwang (25. September 1930).

VI. Die Heimwehrfaschisten in der Regierung

Starhemberg wird Innenminister

Miklas beauftragte Vaugoin mit der Regierungsbildung, der eine christlichsoziale Minderheitsregierung mit Heimwehrebeteiligung zusammenstellte. Innenminister wurde Starhemberg, der kurz zuvor im Kampf gegen Pfrimer zum Bundesführer der Heimwehr bestellt wurde, Justizminister wurde der Heimwehrler und Nazifaschist Hueber, ein Schwager Görings, und Außenminister wurde Seipel. Der Nationalrat wurde aufgelöst, für den 9. November wurden Neuwahlen ausgeschrieben.

Vaugoin benutzte die kurze Zeit seiner Regierung, um sofort die von seiner Partei gewünschte Regelung bei den Bundesbahnen durchzuführen. Er ernannte zum Präsidenten der Österreichischen Bundesbahnen den Sekretär der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Dr. Engelbert Dollfuß, und dieser bestellte Strafella zum Generaldirektor.

Waffensuchen in sozialdemokratischen Heimen

Unmittelbar vor der Wahl leistete sich die Regierung noch umfangreiche Provokationen durch Waffensuchen in Arbeiterheimen und Schutzbundlokalen in ganz Österreich. Die Parteizentrale der Sozialdemokratie in der Rechten Wienzeile wurde stundenlang durchsucht, Mauern wurden umgelegt und Löcher gegraben; auch in Wiener Neustadt, in Mödling, Grünbach und St. Pölten gab es Waffensuchen, ebenso in den übrigen Bundesländern, in Graz und in Linz, in den Industriezentren der

Obersteiermark und in Ober-[44:]österreich sowie in Innsbruck. Eine bedeutende Anzahl von Maschinengewehren und Gewehren, große Mengen von Munition wurden dabei erbeutet. Diese provokatorischen Waffensuchen wurden von der Sozialdemokratie widerstandslos hingenommen, Proteststreiks in Linz und im oberösterreichischen Kohlenrevier von der Parteiführung abgewürgt.

Die Vorbereitung auf die Novemberwahlen 1930

Unter den wahlwerbenden Gruppen gab es gegenüber den letzten Wahlen weitgehende Veränderungen. Seipels antimarxistische Einheitsliste war auseinandergefallen; neben der Christlichsozialen Partei kandidierte nun, mit Schober an der Spitze, eine gemeinsame Liste der Großdeutschen und des Landbundes, die unter dem Namen **Schober-Block** bekannt wurde. Seipel und Vaugoin bemühten sich sehr, die Heimwehr zur Unterstützung der christlichsozialen Liste zu bewegen. Starhemberg und Hueber verhandelten aber mit Hitler und seinem österreichischen Beauftragten über eine gemeinsame Kandidatur mit der NSDAP. Diese Verhandlungen scheiterten, weil die Hitlerleute auf Grund ihres großen Wahlerfolgs in Deutschland am 14. September 1930 (von 12 auf 107 Mandate) eine eigene Kandidatur für besser hielten. So kam es zur Aufstellung einer Heimwehrliste unter dem Namen **Heimatblock**.

Die Sozialdemokratie führte ihren Wahlkampf im Zeichen einer sehr „radikalen“ antifaschistischen Sprache, rief zur „Entscheidungsschlacht mit dem Stimmzettel“ auf und konnte so den entscheidenden Teil ihrer unzufriedenen Mitglieder und Wähler bei der Stange halten.

Die Kommunistische Partei stellte den Kampf gegen den Faschismus und gegen die Politik der Bourgeoisie, die Auswirkungen der sich entfaltenden Krise den Werktätigen aufzulasten, in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne. Sie prangerte dabei die Rolle der Führung der Sozialdemokratie an, die durch ihre Kapitulationspolitik dem vordringenden Faschismus den Weg bereite und die Bourgeoisie bei ihrer Ausplünderungspolitik unterstützte, und rief die sozialdemokratischen Arbeiter auf, ihre Stimme der einzigen konsequenten antifaschistischen Kraft, der Kommunistischen Partei zu geben. Die Wahlkampagne der Kommunistischen Partei fand weit größeres Interesse als jene zu den Wahlen des Jahres 1927; in allen Teilen Österreichs gab es sehr gut besuchte Wahlversammlungen und viele parteilose und sozialdemokratische Arbeiter stellten sich der Kommunistischen Partei als Wahlhelfer zur Verfügung.

[45:]

Die Wahlen vom 9. November 1930

Der 9. November brachte der Kommunistischen Partei wohl einen gewissen Stimmenzuwachs, aber auch bei dieser Wahl konnte eine parlamentarische Vertretung der Partei noch nicht durchgesetzt werden.

Die Sozialdemokratische Partei verlor mehr als 20.000 Stimmen, gewann aber ein Mandat und wurde mit 72 Abgeordneten zur stärksten Partei im Nationalrat. Der Sozialdemokrat **Eldersch** wurde daher im neuen Nationalrat erster Nationalratspräsident; nach seinem Tod übernahm Renner diese Funktion.

Die Christlichsoziale Partei verlor sieben Mandate und zog mit 66 Abgeordneten in den neuen Nationalrat ein; der Schober-Block erhielt 19 Mandate gegenüber 21 Mandaten, die früher die Großdeutschen und der Landbund innehatten; der Heimatblock, der nur in der Obersteiermark ein Grundmandat erzielte, war im neuen Nationalrat mit insgesamt 8 Abgeordneten vertreten. Die NSDAP ging ohne Mandat aus, hatte aber ihre Stimmzahl von rund 20.000 auf 111.000 erhöht.

Koalitionspläne der SP-Führung

Die Führung der Sozialdemokratie feierte diesen Wahlausgang als einen großen Sieg. Renner sprach wieder einmal von einem „Wendepunkt“, den er vor allem darin erblickte, daß sich nun die Möglichkeit einer Koalition mit dem Schober-Block eröffne. Die Tatsache, daß die Heimwehr nur mit 8 Abgeordneten in den Nationalrat einzog, wurde als eine „vernichtende Niederlage des Faschismus“ bezeichnet, von der er sich „nicht mehr erholen wird“. Die Sozialdemokratie sah in diesen Wahlen eine Bestätigung ihrer Auffassung, daß man den Faschismus mit dem Stimmzettel

schlagen könne. Der Faschismus wählte für seine Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft jedoch nicht den Stimmzettel, sondern die Waffen.

Die Kommunisten zum Wahlausgang

Die Kommunistische Partei hatte bei dieser Wahl 20.879 Stimmen erhalten. In der Einschätzung des Wahlausgangs stellte die Partei fest, daß das Wahlergebnis wohl weit hinter den Erwartungen und auch weit hinter den Möglichkeiten zurückblieb, daß es aber dennoch eine sichtbare Änderung anzeigte. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Wahlen, die der Partei fast ständig Stimmenverluste gebracht hatten, gab es bei dieser Wahl Gewinne, in denen sich das Anwachsen des Einflusses der Partei zeigte. Als Hauptschwächen der Partei, die dazu beigetragen hatten, daß der Wahlerfolg nicht größer war, wurde vom Zentralkomitee festgestellt, daß es der Partei noch nicht genügend gelungen war, sich an die [46:] Spitze des antifaschistischen Kampfes zu stellen, daß vor allem auf dem Gebiet der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit noch große Mängel bestanden und daß die Einheitsfrontarbeit der Partei noch ungenügend war. Das Argument der Sozialdemokratie, daß jede Stimme für die Kommunisten verloren sei, hatte auf breite Schichten unzufriedener sozialdemokratischer Arbeiter, mit denen die Partei in ihrem Wahlkampf in Kontakt gekommen war, noch seine Wirkung ausgeübt.

Schon in den nächsten Monaten konnte die Kommunistische Partei bei Gemeinderatswahlen in vielen Teilen Österreichs ihren Vormarsch fortsetzen. So gelang es der KPÖ bei den Gemeinderatswahlen in Klagenfurt (Februar 1931), gegenüber der Nationalratswahl vom November 1930 ihre Stimmenanzahl mehr als zu verdoppeln, bei den Gemeinderatswahlen in Oberösterreich (April 1931) die Stimmenanzahl fast zu vervierfachen, sie in Salzburg (April 1931) zu verdreifachen und auch bei den Gemeinderatswahlen in Burgenland (Mai 1931) Fortschritte zu erzielen. Alle diese Wahlen zeigten die Aufwärtsentwicklung der Kommunistischen Partei und „das Anwachsen ihres Einflusses auf die sozialdemokratischen Arbeiter.

Die Zollunionspläne mit Deutschland

Die Regierung Ender-Schober

Im Dezember 1930 wurde nach dem Rücktritt der Regierung Vaugoin-Starhemberg eine Regierung mit dem christlichsozialen Landeshauptmann von Vorarlberg, Ender, als Bundeskanzler gebildet. Es war eine Koalitionsregierung der Christlichsozialen mit dem Schober-Block; Schober war in der Regierung Vizekanzler und Außenminister. Die Heimwehr trat nicht in die Regierung ein, unterstützte sie aber in allen wichtigen Fragen. Der Einfluß der Heimwehr ging auf Grund wachsender innerer Differenzen vorübergehend zurück. Anfang 1931 kam es zu einer ersten Spaltung der Heimwehr. Steidle, der Wiener Heimwehrführer Major Fey und der niederösterreichische Landesführer der Heimwehr, Raab unterstellten ihre Gruppen der Christlichsozialen Partei, während auf der anderen Seite Starhemberg, Pfrimer, Hueber usw. standen, die wiederum ihren Kontakt mit den Nazis verstärkten. Der Tiroler christlichsoziale Abgeordnete Doktor Kurt Schuschnigg gründete im Dezember 1930 eine eigene katholisch-monarchistische Faschistengruppe unter dem Namen „Ostmärkische Sturmsharen“.

[47:] Die Sozialdemokratische Partei kündigte im Parlament ihre Haltung gegenüber der Regierung Ender als die einer „positiven Mitarbeit“ an. Sie trat wohl nicht formell in die Regierung Ender als Koalitionspartner ein, betätigte sich aber als stiller Teilhaber an der Politik der Regierungskoalition.

Der Finanzraub an der Gemeinde Wien

Die erste sichtbare Folge dieser Politik war der Finanzraub an der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Wien, der in Form einer Neuregelung der sogenannten „Abgabenteilung“ mit Zustimmung der Sozialdemokratie durchgeführt wurde. Diese Regelung brachte der Gemeinde Wien einen Verlust von rund 30 Millionen Schilling im Jahr. Im Zusammenhang damit verkündete die Gemeinde Wien eine Einschränkung ihres Wohnbauprogramms. Außerdem wurden Einsparungen beim Personalaufwand, d. h. Lohn- und Gehaltskürzungen durchgeführt.

Anschlußvorbereitungen

Die nächste politisch bedeutsame Aktion der Regierung Ender-Schober war – nach einem Besuch des deutschen Außenministers Curtius im März 1931 – die Verkündung eines Plans für eine deutsch-österreichische Zollunion. Das deutsche Monopolkapital wollte sich durch eine solche Zollunion auf dem Umweg über finanzielle und wirtschaftspolitische Maßnahmen den Weg zum Anschluß Österreichs an Deutschland ebnen. Diese Zollunion war seit den Anschlußbeschlüssen der Zeit unmittelbar nach dem November 1918 der erste offene Schritt der österreichischen Regierung in der Richtung auf den Anschluß. Die sozialdemokratische Parteiführung, die in der Frage des Anschlusses eindeutig im großdeutschen Sinn festgelegt war, unterstützte Schobers Pläne für eine deutsch-österreichische Zollunion.

Die Kommunistische Partei Österreichs betonte in ihrer Stellungnahme zur Zollunion, daß es „um große imperialistische Interessen geht, in deren Brennpunkt Österreich durch den Schritt Schobers und Curtius’ gerückt ist“. Die Initiative für die Zollunion sei vom deutschen Imperialismus ausgegangen, der sich auf diesem Weg Österreichs politische und wirtschaftliche Schlüsselstellung im Herzen Europas nutzbar zu machen suchte. Die Stellungnahme der KPÖ brandmarkte die Haltung der österreichischen Regierung als Schützenhilfe für den deutschen Imperialismus und kritisierte auch scharf die Zustimmung der Sozialdemokratie, die „in der Zollunion, genau so wie nach dem Krieg im Anschluß, ein Ablenkungsmittel vom Kampf, eine Vertröstung auf bevorstehende Lösungen von außen sieht“.

War es der Sozialdemokratie im Jahre 1918 noch möglich gewesen, ihre Anschlußlosung als einen „Anschluß an die deutsche [48:] Revolution“ zu verkünden, so erfolgte die Zustimmung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur deutsch-österreichischen Zollunion zu einem Zeitpunkt, in dem der deutsche Imperialismus schon wieder aufgerichtet war und seine imperialistischen, auf die Entfesselung eines neuen Krieges gerichteten Bestrebungen deutlich zutage traten. In der sozialdemokratischen Zustimmung zur Zollunion zeigte sich in aller Deutlichkeit die für die ganze weitere Entwicklung so verhängnisvolle Orientierung der sozialdemokratischen Parteiführung auf die Politik des deutschen Imperialismus.

Die Zollunion scheitert

Von seiten der Konkurrenten des deutschen Imperialismus, vor allem aber von der französischen Bourgeoisie kam der schärfste Widerstand gegen den Schober-Curtius-Plan. Die Angelegenheit wurde vor den Völkerbund gebracht und von diesem zur endgültigen Entscheidung dem Internationalen Gerichtshof im Haag vorgelegt. Noch vor der Zurückweisung: der Zollunion durch den Haager Gerichtshof mußte Schober unter französischem Druck vor dem Völkerbund erklären, daß sich Österreich von diesem Plan zurückziehe. Die französischen Imperialisten benützten den Hilferuf der österreichischen Regierung nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt (Mai 1931), um die geplante Zollunion auf kaltem Wege umzubringen.

VII. Wirtschaftskrise und Massenelend

Die Wirtschaftskrise in Österreich

Im Herbst 1929 begann in den entscheidenden kapitalistischen Ländern der Welt eine Wirtschaftskrise, die bald die ganze Welt erfaßte und riesige Ausmaße annahm. Es handelte sich um eine Überproduktionskrise, in der sich die Worte Stalins bestätigten, „daß die Entwicklung der Technik in den kapitalistischen Ländern, das Wachstum der Produktivkräfte und der kapitalistischen Rationalisierung angesichts der Schranken, die der Lebenshaltung der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern gezogen sind, unvermeidlich zu einer schweren Wirtschaftskrise führen muß“.

Obwohl die österreichische Wirtschaft in den vorangegangenen Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, die in vielen [49:] Ländern zu einer umfassenden Konjunktur geführt hatte, nur einen sehr schwachen Aufschwung verzeichnen konnte, war auch in Österreich mit großer Zuversicht und starkem Optimismus die Theorie von der unzerstörbaren Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft

verkündet worden. So wie in anderen Ländern priesen auch in Österreich die Sozialdemokraten die Segnungen des „organisierten Kapitalismus“, der nun das Mittel gefunden habe, um mit dem Übel der immer wiederkehrenden kapitalistischen Krisen Schluß zu machen.

Der „organisierte Kapitalismus“

Gegen diese Auffassungen traten die Kommunisten mit aller Entschiedenheit auf. Der 10. Parteitag der KPÖ (Februar 1929) warnte die Arbeiterschaft vor Illusionen über die „Stabilisierung des Kapitalismus“, er wies auf die inneren Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems hin und zeigte die drohende Wirtschaftskrise mit all ihren Lasten und Gefahren für die werktätigen Massen. Die weitere Entwicklung sollte sehr schnell zeigen, wie recht die Kommunisten hatten.

Schon Ende 1929 gab es ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosenzahl, der Außenhandel zeigte einen deutlichen Rückgang, die Valutadeckung der Notenbank sank und die Aktienkurse fielen. Die Aufträge in der Industrie gingen stark zurück, bei der Alpine Montan setzten Massenentlassungen ein und im ganzen Land kam es zu Betriebsstillegungen, vor allem in der Textilindustrie.

Produktionsrückgang und Betriebsstillegungen

Einige Zahlen illustrieren den schnellen Rückgang der industriellen Produktion: Betrug die Eisenerzförderung noch im Juli 1929 193.300 Tonnen, so war sie im Februar 1930 bereits auf 108.000 Tonnen gesunken. Im Juli 1931 wurden nur mehr 52.000 Tonnen gefördert. In der Roheisenerzeugung wurden noch im Juli 1929 mehr als 80 Prozent der vorhandenen Kapazität ausgenutzt; im Februar 1930 waren es nur mehr 42 Prozent. Bei Rohstahl war die Kapazitätsausnutzung im Juli 1929 99,7 Prozent; im Februar 1930 betrug sie nur noch 53 Prozent. In der Eisen- und Stahlindustrie machten die Bestellungen im Juli 1929 noch 118,5 Prozent der Kapazität aus; im Dezember 1929 waren es nur mehr 74,3 Prozent.

Im Sommer 1930 kam es zu umfassenden Betriebsstillegungen. Die Hütte Donawitz beschäftigte zu Beginn des Winters 1929 noch rund 9000 Arbeiter; im Juli 1930 waren es nur 4500. Wegen Mangels an Aufträgen wurde im Sommer 1930 der ganze Betrieb auf einige Wochen stillgelegt. Im Kärntner Bleibergbau wurden innerhalb weniger Monate 400 von den 1600 Arbeitern entlassen; die Schmelzhütte des Kupferbergwerks Mitterberg wurde ganz [50:] stillgelegt. Die österreichischen Stahlgießereien entließen rund 30 Prozent ihrer Belegschaft. Von den vier Lokomotivfabriken wurden drei gesperrt. In der Textilindustrie wurde die Fabrik Trumau-Marietal mit 1200 Arbeitern stillgelegt und 14 weitere Betriebe mit durchschnittlich je 200 bis 300 Arbeitern wurden geschlossen. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Winter 1930/31 die Rekordhöhe von 470.000, wodurch mit den Familienangehörigen weit über eineinhalb Millionen Menschen vom Elend der Arbeitslosigkeit erfaßt wurden. Fast ein Viertel der noch Arbeitenden stand in Kurzarbeit, an vielen Stellen wurden nicht mehr als 20 Wochenstunden gearbeitet.

Die Auswirkungen dieser Lage auf den Konsum der Bevölkerung waren sehr ernst. Der Verbrauch an allen lebenswichtigen Nahrungsmitteln ging erheblich zurück. Der Zuckerverbrauch fiel um 20 Prozent, der Fleischkonsum um 30 Prozent. Wurden im ersten Halbjahr 1929 in Wien 71.960 Stück Vieh angetrieben, so waren es im gleichen Zeitraum des Jahres 1930 nur mehr 39.230 Stück.

Die Agrarkrise

Zugleich wurde das Dorf von der mit der Industriekrise verbundenen Agrarkrise aufs schärfste getroffen. Die Verschuldung erreichte ungeheure Ausmaße. Der landwirtschaftlich genutzte Boden war durchschnittlich mit 120 Schilling Schulden pro Hektar belastet, die Zahl der Exekutionen stieg täglich an. Auf Kosten der Verbraucher beschloß die Regierung Schober-Vaugoin im Sommer 1930 ein „Notopfer“ für die Landwirtschaft, durch das der Zucker- und Bierpreis eine gewaltige Erhöhung erfuhr. Die Art der Verteilung dieses Notopfers zeigt deutlich folgende Aufstellung über die niederösterreichische Landwirtschaft: für 88.000 landwirtschaftliche Betriebe mit weniger als 5 Hektar wurden 6 Millionen Schilling ausgeworfen; das ergibt pro Wirtschaft 67 Schilling. 391 Großgrundbesitzer mit mehr als 200 Hektar Bodenbesitz erhielten jedoch 21.800.000 Schilling; das sind pro Wirtschaft 66.000 Schilling.

Anfang 1931 veröffentlichten der „Verband der obersteirischen Eisen- und Stahlwerke“ und der „Verband der Hüttenwerke Österreichs“ einen Bericht, aus dem folgende Zahlen ersichtlich werden:

Bei der Roheisenerzeugung war der Stand im November 1929 72 Prozent der normalen Beschäftigung; im November 1930 waren es nur mehr 216 Prozent. Bei Rohstahl waren es im November 1929 73 Prozent, im November 1930 43,1 Prozent; in den Walzwerken waren es im November 1929 77,9 Prozent, im November 1930 39,9 Prozent. Die Aufträge waren zwischen Jänner und November 1930 auf weniger als die Hälfte gesunken. Von den damals in Österreich befindlichen acht Hochöfen und 68 Martin- und Elektroöfen waren im ersten Quartal 1930 noch drei Hochöfen und 53 Martin- und Elektroöfen im Betrieb. Im November 1930 arbeiteten nur mehr ein Hochofen und 20 Martin- und Elektroöfen.

[51:]

Der Angriff auf die Löhne und die Arbeiterrechte

Diese verzweifelte wirtschaftliche Situation benützte die Bourgeoisie zu massiven Angriffen auf die Löhne, die Kollektivverträge und die Arbeitslosenunterstützung. Der Angriff auf die Löhne war deshalb schwerwiegend, weil die Löhne der österreichischen Arbeiterschaft sowieso schon zu den niedrigsten in Europa zählten.

Die Unternehmer richteten ihre Angriffe insbesondere gegen die **Akkordlöhne**; sie versuchten eine allgemeine Kürzung der kollektivvertraglich festgelegten Mindestlöhne zu erreichen: vor allem aber bemühten sie sich, das von den Arbeitern erkämpfte System verbindlicher Kollektivverträge zu zerschlagen, um die Angriffe gegen die Sozialrechte und gegen den Lohn der Arbeiter betriebsweise, d. h. unter Aufsplitterung der Widerstandsfront der Arbeiter, durchführen zu können. So verlangte die Direktion der Alpine Montan Anfang 1931 eine 20prozentige Lohnsenkung. Da sich die Arbeiter zur Wehr setzten, wurde in den Bergbaubetrieben der Alpine Montan eine umfassende Kürzung der vertraglich festgelegten Prämien durch einfache Mitteilung der Direktion vorgenommen. Gleichzeitig kündigte die Alpine Montan allen Arbeitern ihrer Betriebe, wobei sie mitteilte, daß diese Kündigungen lediglich einen formalen Charakter hätten, wenn jeder Arbeiter innerhalb von 14 Tagen einen Einzelvertrag mit der Direktion unterschreibe.

Nach dem Muster der Lohnraubtaktik der Alpine-Direktion gingen auch die Böhler-Werke und andere Betriebe der Metallindustrie vor. Die Gewerkschaft erhob wohl formellen Protest organisierte aber keinerlei Abwehr gegen die Unternehmeranschläge. Mitte 1931 veröffentlichte die kommunistische Presse eine Übersicht über den Lohnraub im letzten Halbjahr, aus der hervorgeht daß die Löhne in diesem Zeitraum durchschnittlich um mehr als 10 Prozent gesenkt worden waren. Lohnsenkung für die Arbeiter und Unterstützungsraub an den ständig zahlreicher werdenden Arbeitslosen – das war die Lage der arbeitenden Bevölkerung dieser Zeit.

Widerstand gegen diese Entwicklung gab es nur dort, wo es kommunistischen und oppositionellen Gewerkschaftern gelang, die Sabotage der Gewerkschaftsführung zu brechen und den Kampf der Arbeiter zu organisieren. Beim erfolgreichen Streik in der Wiener Schuhfabrik Michelstädter, bei den Streikkämpfen in der Möllersdörfer Textilfabrik und der Pottendorfer Spinnerei spielten kommunistische und oppositionelle Gewerkschafter die entscheidende Rolle.

Der Kampf der Arbeitslosen

Besonders erfolgreich war die Arbeit der Kommunisten unter den **Arbeitslosen**. Kommunistische Arbeitslose führten bei [52:] den Stempelstellen Arbeitslosenversammlungen durch, auf denen Arbeitslosenkomitees gewählt wurden. Diese Komitees bestanden in ihrer Mehrheit aus sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitslosen. Das „Zentrale Arbeitslosenkomitee“ leitete die Tätigkeit der lokalen Komitees. Besondere Erfolge auf dem Gebiet der Organisierung der Arbeitslosen gab es in Wien, Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich. Diese Arbeit machte sowohl den SP-Vorstand wie auch die reformistische Gewerkschaftsführung sehr nervös, sie entfalteten daher eine

scharfe Hetze gegen die Arbeitslosenkomitees und gründeten als Gegengewicht sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeitslosenkomitees, denen aber jeder kämpferische Charakter fehlte.

Das Zentrale Arbeitslosenkomitee organisierte am 25. Februar 1931 einen Kampf tag der Arbeitslosen gegen Massenaussteuerungen und Unterstützungskürzungen. Trotz Verbotsmaßnahmen und stärkstem Polizei- und Gendarmerieeinsatz fanden in allen Teilen Österreichs kraftvolle Kundgebungen der Arbeitslosen statt. In Klagenfurt demonstrierten etwa 2000 Arbeitslose am Hauptplatz. Die Versuche der Gendarmerie, diese Kundgebung unter Anwendung größter Brutalität zu brechen, scheiterten. Unter dem Druck der Kundgebung bewilligten die Kärntner Landesregierung und die Klagenfurter Gemeindeverwaltung die Auszahlung außerordentlicher Beihilfen an die Arbeitslosen. In Leoben versuchte ein großes Polizeiaufgebot vergeblich, den Demonstrationenzug von 1500 Arbeitslosen aufzuhalten. Auch in Baden und Gloggnitz konnte die Durchführung verbotener Kundgebungen erzwungen werden. In Wien fand ein großer Demonstrationmarsch mit nahezu zehntausend Teilnehmern, unter denen auch viele streikende Arbeiter waren, über die Ringstraße mit anschließender Kundgebung vor der Votivkirche statt. In Graz nahmen 3000, in Steyr 1000 Arbeiter an den Demonstrationen teil.

Die Arbeitslosendemonstrationen vom 25. Februar zeigten, daß breite Schichten der Arbeitslosen bereit waren, den aktiven Kampf für Arbeitsplätze und menschenwürdigere Unterstützungen aufzunehmen. In diesem Kampf fanden sie nur bei der Kommunistischen Partei Unterstützung und Hilfe.

Der Zusammenbruch der Creditanstalt

Der Zusammenbruch der Creditanstalt am 8. Mai 1931 brachte eine gewaltige Verschärfung der Krise in Österreich. Der Zusammen-[53:]bruch dieser Bank war das letzte Glied einer ganzen Kette von Bankenzusammenbrüchen; vor der Creditanstalt hatten solche Großbanken, wie die Verkehrsbank, die Unionbank, die Zentralbank deutscher Sparkassen, die Anglobank und die Boden-Kreditanstalt dasselbe Schicksal erfahren. Die Creditanstalt hatte auf dem Weg ständiger Fusionen die Aktiven und Passiven aller dieser Banken übernommen, so daß sie zur Zeit ihres Zusammenbruches als Großbank nicht nur eine faktische Monopolstellung innehatte, sondern auch rund 80 Prozent der österreichischen Industrie kontrollierte.

Der Einfluß des westlichen Finanzkapitals

Die Creditanstalt war durch viele Fäden an das Auslandskapital gebunden; sie gehörte faktisch zum Konzern der Bank von England, die Großaktionär der Creditanstalt war und entscheidende Vertreter im Verwaltungsrat hatte. Das amerikanische Finanzkapital war durch das Bankhaus Warburg mit der Creditanstalt verbunden und ebenfalls im Verwaltungsrat vertreten. Die Fusion mit der Boden-Kreditanstalt brachte das französische Finanzkapital mit der Gruppe Schneider-Creuzot in die Creditanstalt; der Chef dieser Gruppe, Eugen Schneider, war Mitglied des Verwaltungsrates der Creditanstalt. Das große Interesse des Auslandskapitals für die Creditanstalt erklärte sich daraus, daß diese Bank neben ihrem überragenden Einfluß in Österreich noch immer starke Positionen in jenen Staaten hatte, die früher ganz oder teilweise zum Habsburgerreich gehört hatten,

Die Rothschild-Sanierung

Als es zum Zusammenbruch der Creditanstalt kam, schlossen sich die ausländischen Finanzkapitalisten zu einem Komitee der Auslandsgläubiger zusammen; es ging ihnen dabei um ihre Anlagen und um ihren Einfluß in Österreich und seinen Nachbarländern. Unter dem Druck des Auslandskapitals wurde eine Sanierung der Creditanstalt durchgeführt, die für die österreichischen Steuerzahler eine Belastung von fast eineinhalb Milliarden Schilling brachte, eine Summe, die mehr als ein halbes Jahresbudget des österreichischen Staates ausmachte. Im Ergebnis dieser Sanierung, bei der das Auslandskapital ein entscheidendes Wort mitsprach, wurde die Creditanstalt und über sie der Großteil der österreichischen Industrie noch stärker als früher unter die Kontrolle des ausländischen Finanzkapitals gebracht. Alle diese Maßnahmen, darunter die Einsetzung ausländischer, als „Berater“ getarnter Kontrolloren und Generaldirektoren, fanden die volle Zustimmung der Sozialdemokratie, genau so wie die im Rahmen der Sanierung verlangten Abbaumaßnahmen, die Gehaltskürzungen

bei den Bundes- und Bankangestellten, der weitere Unterstützungsraub an den Arbeitslosen, die Erhöhung von Tarifen und Zöllen usw.

[54:]

„Der Kapitalismus ist gestürzt“

Zur Durchführung dieser „Rothschild-Sanierung“ auf Kosten der notleidenden Bevölkerung waren eine ganze Serie von sogenannten *Creditanstaltgesetzen* notwendig. Diese Gesetze wurden, mit Ausnahme des ersten, mit den Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen. Darüber gab es in den Reihen der sozialdemokratischen Partei eine tiefgehende Unzufriedenheit, Otto Bauer erklärte auf dem Parteitag der SPÖ vom Jahre 1931 die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten damit, daß die Zustimmung zu den *Creditanstaltgesetzen* „den Kapitalismus gestürzt“ habe, daß dadurch in Österreich der Privatkapitalismus beseitigt und der Staatskapitalismus als Übergang zum Sozialismus errichtet worden sei. Otto Bauer sagte wörtlich:

„Die Creditanstalt wird heute nicht mehr von den Vertretern des Herrn Rothschild verwaltet, sondern von den Vertretern des Staates. Das verstehen wir unter ‚Stürzen des Kapitalismus‘ ... Es ist also ein bloßes Mißverständnis, wenn man da sagt: Wir wollen den Kapitalismus stürzen und in diesem Fall hätten wir ihn erhalten. Gerade die Angelegenheit der Creditanstalt war doch Gelegenheit für den großen Vorstoß der Partei gegen den privaten Kapitalismus, für den Staatskapitalismus, der den privaten Kapitalismus ablöst.“

Was sich in Wirklichkeit vollzog, war eine Sanierung des österreichischen und des ausländischen Finanzkapitals durch *Steuergelder*. Vorübergehend wurde diese Sanierung durch eine formelle Aktienmehrheit des bürgerlichen Staates getarnt, aber schon kurze Zeit später befand sich die Aktienmehrheit wieder in den Händen des Privatkapitals. Der Staatskapitalismus ist im bürgerlichen Staat eben nichts anderes als Staatshilfe zur Stärkung der Positionen des Finanzkapitals.

VII. Im Kampf gegen die Rothschild-Sanierung

Der 11. Parteitag der KPÖ

In dieser Situation der verschärften Wirtschaftskrise, des Zusammenbruchs der Creditanstalt und der Rothschild-Sanierung auf Kosten der werktätigen Massen fand Anfang Juli 1931 der 11. Parteitag der KPÖ statt. Dieser Parteitag stand im Zeichen des sichtbaren Aufschwungs der Partei und ihres organisatorischen Wachstums. Seit dem Jahre 1930 hatte sich die Zahl der Parteimitglieder fast verdoppelt, viele neue Organisationen der Partei konnten geschaffen [55:] werden, und auch die Verbreitung der kommunistischen Presse hatte bedeutende Fortschritte gemacht, Auch in der Arbeit der Partei nach außen, bei der Organisierung von Kämpfen in Betrieben und unter den Arbeitslosen drückte sich ihr wachsender Einfluß in der österreichischen Arbeiterschaft aus.

Die Beratungen des Parteitags berücksichtigten diese positive Entwicklung der Partei, gleichzeitig wurde aber festgestellt, daß die Erfolge keineswegs den großen Möglichkeiten entsprachen, die durch die allgemeine Empörung über die Hungerpolitik der Regierung und durch die wachsende Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter gegeben waren.

Im Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag skizzierte Genosse Kopenig die internationale Lage, die vor allem durch die ungeheure Verschärfung der Weltwirtschaftskrise bestimmt war. Er verwies auf die aus der Krise resultierende Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, auf den immer stärker werdenden „Gegensatz zwischen der niedergehenden kapitalistischen Wirtschaft und dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion“ und im Zusammenhang damit auf die verschärfte Hetze gegen die Sowjetunion und die wachsenden Kriegsvorbereitungen gegen das Land des Sozialismus. Der Parteitag erklärte den Kampf gegen diese Hetze und gegen die Kriegsvorbereitungen als eine entscheidende Aufgabe der österreichischen Arbeiterschaft.

Volksmobilisierung gegen Rothschild-Sanierung

Nach einer umfassenden Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Österreich und nach einer gründlichen Auseinandersetzung mit der austromarxistischen Theorie vom „Staatskapitalismus“ entwickelte Genosse Kopenig die vom ZK der Partei vorgeschlagene Politik der „Volk-

„mobilisierung gegen die Rothschild-Sanierung“, als deren Hauptinhalt er „die Arbeit der Partei zur selbständigen Führung und Organisation aller Kämpfe für die Tagesinteressen der Arbeiterschaft“ bezeichnete, Darüber heißt es im Beschluß des 11. Parteitags:

„An den Brennpunkten, wo sich die verheerenden Wirkungen der Krise für die Massen unmittelbar auswirken, im Kampf gegen den Lohnabbau und Unterstützungsraub, gegen Massenentlassungen, Steuerdruck und Teuerung, gegen Mietzinswucher und Exmissionen, im Kampf für Arbeitsbeschaffung, für den Siebenstundentag bei vollem Lohn, für Ausbau der Arbeitslosen- und Sozialversicherung für alle Werkstätigen auf Kosten der Unternehmer und des Staates, im Kampf gegen die Exekutionen gegen die werktätigen Bauern, für die Streichung ihrer Schulden und Erlassung ihrer Steuern und Abgaben muß es die Partei verstehen, sich mit den Massen der Werkstätigen in Stadt und Land zu verbinden.“

Für die kämpferische Einheitsfront der Arbeiter

Der Parteitag sah den Weg für die erfolgreiche Durchführung [56:] dieser Politik in der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für eine kämpferische Einheitsfront. Den Bemühungen der Kommunisten, die sozialdemokratischen Arbeiter für den einheitlichen Kampf zu gewinnen, stellte die sozialdemokratische Parteiführung immer häufiger das Schlagwort von der „Einheit innerhalb der Sozialdemokratie“ gegenüber. Dazu sagte Genosse Kople nig:

„Im gegenwärtigen Zeitpunkt der großen Radikalisierung unter den SP-Arbeitern gebraucht die SP-Bürokratie mit besonderem Nachdruck das Schlagwort der Einheit als Mittel des Kampfes gegen die Kommunisten. Die Einheit der Arbeiter unter Führung der SP ist die Niederlage und die Einheit der Passivität. Wir müssen zeigen, daß die revolutionäre Einheit des Proletariats in der SP nicht verwirklicht werden kann. Die Arbeiterschaft braucht die revolutionäre Einheitsfront des Kampfes gegen alle Angriffe der Bourgeoisie, verkörpert in den – verschiedenen Formen der Einheitsfront von unten: Kampfausschüsse in den Betrieben, Arbeitslosenausschüsse auf den Vermittlungen, Organisation von Konferenzen zur Durchführung gemeinsamer Aktionen. Gegenüber der Einheit der SP mit der Bourgeoisie zur Rettung des Kapitalismus arbeiten wir an der Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter.“

Im Hauptreferat des Parteitags wurde auch die verzweifelte Lage der werktätigen Bauern Österreichs eingehend behandelt. Betrug die gesamte Verschuldung der österreichischen Bauernschaft im Jahr 1923 rund 14 Millionen Schilling, so war sie zur Zeit des 11. Parteitags auf 1 Milliarde Schilling angewachsen. Der Parteitag kritisierte die ungenügende Arbeit der Partei zur Einbeziehung der werktätigen Bauern in den Kampf gegen Wirtschaftskrise und Hungersanierung und verpflichtete die Parteiorganisationen zu einer systematischen und organisierten Arbeit auf dem Lande.

Der 11. Parteitag stellte der gesamten Partei auch die Aufgabe, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich die Mitgliederzahl der Partei verdoppelt hatte, und für eine weitgehende Erneuerung der Kader zu sorgen. In diesem Sinne wählte der 11. Parteitag viele neue Arbeitermitglieder in das Zentralkomitee der Partei.

Buresch wird Bundeskanzler

Im Zusammenhang mit der Creditanstalt-Krise war es zum Rücktritt der Regierung Ender gekommen. Zuerst versuchte Seipel ein Koalitionskabinett mit Einschluß der Sozialdemokratie zu bilden. Der Parteivorstand lehnte aber ab, weil ihm die direkte Teilnahme an einer Regierung, deren Hauptaufgabe die Durchführung äußerst unpopulärer, die Volksmassen stark treffender Maßnahmen zur Sanierung der Rothschildbank war, zu gefährlich schien. So wurde eine bürgerliche Koalitionsregierung mit Buresch als Kanzler gebildet. Die Sozialdemokratie verkündete schon in der Debatte zur Regierungserklärung ihre Bereitschaft zur „positiven Mitarbeit“. In diesem Sinn unterstützte die Sozialdemokratie faktisch alle Maßnahmen der Rothschild-Sanierung; z. B. [57:] stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Herbst 1931 für Bureschs „Budgetsanierungsgesetz“, das für breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung neue schwere Belastungen brachte. Aber diese Politik der offenen Unterstützung der schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen der Regierung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung wurde immer wieder durch ein scheinoppositionelles Auftreten in der Öffentlichkeit getarnt, so daß breite Kreise der sozialdemokratischen Arbeiter nicht so sehr die „positive Mitarbeit“ und die Kapitulation der Sozialdemokratie, als vielmehr ihre „Opposition“ sahen.

Terror gegen die Kommunisten

Gegen die Kommunistische Partei, deren Einfluß in der Arbeiterschaft immer stärker und deren Kampffaktionen immer wirksamer wurden, richteten sich im wachsenden Maße Terrormaßnahmen und Verfolgungen von seiten der Behörden. Besonders nervös wurde die Regierung durch die starke Beteiligung an den Gedenkkundgebungen anläßlich des Jahrestages des 15. Juli und an den Anti-Kriegsdemonstrationen am 1. August. Mehr als 600 Demonstranten wurden aus diesem Anlaß von Polizei und Gendarmerie verhaftet.

Nach dem 1. August richtete der Landbund-Innenminister Winkler an die Bezirkshauptmannschaften, an die Polizei- und Gendarmeriekommandos die Weisung, „jede kommunistische Agitation in jeder Weise zu unterdrücken und zu verhindern“. Fast jede Versammlung der Kommunistischen Partei wurde verboten, selbst Mitgliederversammlungen wurden verhindert; in einer Ortschaft in der Steiermark nahm die Gendarmerie, als die bevorstehende Gründung einer Ortsgruppe der KPÖ bekannt wurde, bei „Verdächtigen“ Hausdurchsuchungen vor und beschlagnahmte Beitrittserklärungen und Mitgliedskarten. Kommunisten mit österreichischer Staatsbürgerschaft wurden aus den Bundesländern, in denen sie nicht heimatberechtigt waren, wegen „politischer Bedenklichkeit“ auf Lebenszeit ausgewiesen und per Schub ihren Heimatgemeinden überstellt.

Das Verbot des KJV im Herbst 1931

In dieser Zeit gab es eine deutliche Aufwärtsentwicklung des „Kommunistischen Jugendverbands Österreichs“. Die Arbeit der kommunistischen Jugendlichen unter den unzufriedenen Mitgliedern der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ) zeigte ihre ersten größeren Ergebnisse. Es kam zu Übertritt-[58:]ten von ganzen Gruppen von sozialistischen Jugendlichen, und in ganz Österreich wuchsen die Organisationen des KJV an. Gegen diese Entwicklung schritt das Innenministerium ein, indem es die revolutionäre Kampforganisation der Arbeiterjugend, den KJV, verbot.

In den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kommunisten widerspiegelte sich die Angst vor dem wachsenden Einfluß der Kommunisten in der österreichischen Arbeiterbewegung und die zunehmende Faschisierung der Regierungspolitik. Die Kommunistische Partei forderte die Sozialdemokratische Partei zu gemeinsamen Kampffaktionen gegen diese Maßnahmen der politischen Verfolgung auf, der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte jedoch alle Schritte, in dieser Richtung ab, er betrachtete die Verfolgung der Kommunisten als ein geeignetes Mittel gegen die wachsende Radikalisierung in den eigenen Reihen.

Der Pfrimer-Putsch

In der Nacht vom 12. auf den 13. September 1931 besetzten schwerbewaffnete Heimwehrbanden große Teile der Obersteiermark. Ihr Führer, der Judenburger Rechtsanwalt Pfrimer, erklärte in einer Kundmachung:

„In höchster Not hat mich das Volk von Österreich zu seiner Rettung gerufen, zum obersten Hüter seiner Rechte. Der Heimatschutz ergreift im Sinne seiner Grundsätze die Macht im Staat.“

Pfrimer proklamierte sich selbst in einem von ihm gezeichneten „Verfassungspatent“ zum „Staatsführer“ Österreichs. Wo immer die Heimwehr ihren Putsch durchführte, fand sie Duldung und Unterstützung seitens der staatlichen und der Landesbehörden; die Exekutive leistete der „Machtergreifung“ nicht den geringsten Widerstand. Alles schien programmgemäß zu verlaufen, bis sich die Arbeiter zur Wehr setzten.

Die Kommunisten organisieren den Widerstand

Die Sozialdemokratie kasernierte sofort nach Eintreffen der Putschnachricht den Schutzbund und gab die Weisung aus, daß der Widerstand gegen den Putsch „alleinige Aufgabe der Staatsgewalt“ sei. In den Putschgebieten selbst ließen sich die Arbeiter aber nicht davon abhalten den Faschisten entgegenzutreten. Bei der Organisation von Widerstandsaktionen spielten die Kommunisten eine wichtige Rolle. So wandte sich die Leobner Organisation der KPÖ am Morgen des 13. September mit einem Flugblatt an die sozialdemokratischen Arbeiter und Schutzbündler und rief sie zu eine [59:]

sofortigen antifaschistischen Kundgebung auf den Hauptplatz von Leoben. Innerhalb einer Stunde hatten sich mehr als 3000 Arbeiter auf dem Hauptplatz eingefunden, die nach einer Ansprache von Franz Honner darangingen, Leoben von den Faschisten zu säubern. Unter dem Druck der Arbeiter räumte die Heimwehr schon gegen Mittag die Stadt, wobei die Gendarmerie den Rückzug der Faschisten deckte.

Auch in anderen Orten der Obersteiermark traten die Arbeiter den Heimwehrfaschisten entgegen, wobei in Kapfenberg zwei Arbeiter von der Heimwehr erschossen wurden. Der Widerstand der obersteirischen Arbeiter und die Tatsache, daß der Putschversuch im wesentlichen auf die Obersteiermark beschränkt blieb, führte zum schnellen Zusammenbruch des faschistischen Abenteuers. Die Behörden schritten auch jetzt nicht ein; so konnte sich die Heimwehr in voller Ruhe zurückziehen, konnte alle Waffen in Sicherheit bringen und ihren „Staatsführer“ außer Landes schaffen.

Am Tag nach dem Putschversuch kam es in der obersteirischen Industrie zu Arbeitsniederlegungen. Die Kommunisten organisierten unter Teilnahme vieler sozialdemokratischer Arbeiter Demonstrationen in Judenburg, Fohnsdorf, Bruck und Kapfenberg, gegen die von der Gendarmerie mit Bajonetttackten vorgegangen wurde. Die aktive Rolle, welche die kommunistischen Arbeiter bei der Abwehr des Putsches gespielt hatten, verstärkte ihren Einfluß in der Obersteiermark. Eine Reihe von neuen Ortsgruppen der Partei konnte in dieser Zeit im obersteirischen Industriegebiet gebildet werden und bei der Betriebsratswahl im Alpine-Bergbau See graben, die am Tag nach dem faschistischen Putschversuch stattfand, konnte die von den Kommunisten unterstützte Liste der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ zum erstenmal in diesem Betriebsrat zwei Mandate gewinnen.

Aber auch in dieser Situation der allgemeinen Empörung über den faschistischen Putschversuch gelang es der sozialdemokratischen Parteiführung, die Aktionen der Arbeiterschaft abzufangen, indem sie den Zusammenbruch des Putsches als ihren Sieg verkündete und die Arbeiter auf die gerichtliche Abstrafung der Putschisten vertröstete. Pfrimer, der wußte, daß er von der österreichischen Klassenjustiz nichts zu befürchten hatte, kehrte zum Prozeß (Dezember 1931) nach Österreich zurück.

Der Freispruch der Putschisten

Pfrimer wurde von den Geschworenen, unter denen kein einziger Arbeiter war, einstimmig freigesprochen. Während des Prozesses, der in Graz durchgeführt wurde, ließ der mit den Heimwehrputschisten eng verbundene steirische Landeshauptmann [60:] Rintelen im Rathaus des nahe gelegenen Voitsberg eine Waffensuche durchführen. Die Gendarmerie schoß in die Menge, die sich vor dem Rathaus angesammelt hatte und tötete zwei Demonstranten. Die von den Behörden provozierte Schießerei von Voitsberg wurde im Prozeß zur Beeinflussung der Geschworenen benützt, denen die Notwendigkeit von Heimwehraktionen gegen solche und ähnliche „kommunistische Gewalttaten“ vorgehalten wurde. Für die Atmosphäre dieses Prozesses ist bezeichnend, daß Gerichtshof und Geschworene den Freispruch Pfrimers mit dem Faschistengruß und Heilrufen begrüßten.

Mit welchen Methoden die Sozialdemokratische Partei die Empörung der Arbeiterschaft abzufangen verstand, zeigt die „radikale“ Sprache des anlässlich der Freisprechung Pfrimers veröffentlichten Aufrufs des Parteivorstands:

„Was vorauszusehen war, ist geschehen: die Hochverräter vom 13. September sind freigesprochen worden. Es war ein wohlgesiebtetes Klassengericht, das sie freigesprochen hat; nicht ein einziger Arbeiter saß auf der Geschworenenbank. Diese Republik ist verraten und verkauft von denen, denen ihre Sicherheit anvertraut ist.

Wir verstehen, Genossen und Genossinnen, eure Gefühle, wir teilen sie. Aber deshalb mahnen wir euch pflichtgemäß, auch angesichts dieser aufreizenden Tatsache eure kaltblütige Besonnenheit zu bewahren. Darauf, daß die Staatsgewalt die Republik verteidigen werde, können wir uns nicht mehr verlassen. Wir werden unsere Freiheit das nächste Mal selbst verteidigen müssen!

Wir wollen keinen Bürgerkrieg. Aber wir sind keine feigen Hunde, die sich von einer kleinen Minderheit bewaffneter Banditen niederwerfen lassen. Wenn sie uns entrechten und versklaven wollen, dann werden wir uns wehren. Dann, Genossen, auf den Trümmern des geschlagenen Faschismus, wird das wahre Volksgericht über die Faschisten tagen. Dann kommt die Stunde der Sühne für alles frevlerisch vergossene Arbeiterblut!

Darum keine Unbesonnenheiten, keine Wutausbrüche, keine nutzlosen Demonstrationen an diesem Tag! Wir werden unsere Kräfte nicht vergeuden, wir werden sie zusammengeballt halten für die entscheidende Stunde!“

Die Aprilwahlen 1932

Dollfuß und Schuschnigg in der Regierung

Das Jahr 1932 begann mit einer provokatorischen Waffensuche im Ottakringer Arbeiterheim, die trotz größter Empörung der Wiener Arbeiterschaft widerstandslos hingenommen wurde. Gegen Ende des Monats Jänner trat die Regierung Buresch zurück, um den wegen seiner Zollunionspläne in Frankreich mißliebig gewordenen Außenminister Schober auszuschiffen. Frankreichs Finanzkapital war entscheidend für die Bewilligung einer von der österreichischen Regierung neuerlich verlangten Anleihe. Es wurde ein [61:] neues Kabinett Buresch gebildet, in das neben Dollfuß, der schon im ersten Kabinett Buresch Landwirtschaftsminister war, nun auch Schuschnigg als Justizminister seinen Einzug hielt. Die Kommunistische Partei bezeichnete das zweite Kabinett Buresch als eine „Regierung des verschärften Hungerkurses gegen die Arbeiter und des Übergangs zu offeneren Formen der kapitalistischen Diktatur“. Die Sozialdemokratie gewährte auch dieser Regierung ihre Unterstützung.

Landtags- und Gemeinderatswahlen

Am 24. April 1932 gingen mehr als drei Viertel der österreichischen Wähler zur Urne, um in Wien, Niederösterreich und Salzburg die Landtage und in Steiermark und Kärnten die Gemeinderäte zu wählen. Die besondere Bedeutung dieser Wahlen lag darin, daß die Auswirkungen von Krise und Rothschild-Sanierung zu einer Auflockerung und Umschichtung in der Bevölkerung geführt hatten, die bei den Novemberwahlen des Jahres 1930 noch nicht voll zum Ausdruck gekommen war.

Die Sozialdemokratie führte eine scharf oppositionelle Wahlkampagne gegen das Regierungslager; sie warb in Wien vor allem mit dem Argument der Bautätigkeit des „Roten Wien“.

Die Nationalsozialisten machten sich die tiefe Verzweiflung breiter Schichten des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft zunutze und führten einen offensiven Wahlkampf gegen das System; mit hemmungsloser sozialer Demagogie und mit dem Schlagwort „Der Jud ist schuld“ wandten sie sich an die Wähler.

Die Christlichsozialen befanden sich als führende Regierungspartei in der schwierigen Lage von Verantwortlichen für die katastrophale politische und wirtschaftliche Entwicklung.

Der Wahlkampf der Kommunisten richtete sich vor allem gegen die Abwälzung der unerträglichen Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung, gegen die Rothschild-Sanierung und gegen die anwachsende faschistische Gefahr; er richtete sich aber auch gegen die SP-Führung, die der Rothschild-Sanierung die Mauer machte und vor allen wirtschaftlichen und politischen Angriffen der Reaktion kapitulierte. Die Gewinnung der unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter für eine Politik des konsequenten Klassenkampfes und der antifaschistischen Aktionseinheit wurde zur Hauptaufgabe der kommunistischen Wahlbewegung. Die Kommunistische Partei konnte diesen Wahlkampf mit wesentlich verstärkter Kraft führen, weil seit dem 11. Parteitag (Juli 1931) ihre Mitgliederzahl stark angewachsen war und in diesem Zeitraum 70 neue Ortsgruppen sowie 38 neue Betriebsorganisationen der Partei gegründet werden konnten.

[62:] Die Wahlen brachten im allgemeinen eine Behauptung der Positionen der Sozialdemokratie und schwere Verluste der Christlichsozialen. Die Großdeutschen und der Landbund wurden weitgehend aufgerieben, wobei die Verluste der bürgerlichen Parteien fast zur Gänze den Nationalsozialisten zugute kamen. Die Nazi zogen zum erstenmal in österreichische Landtage ein, und zwar besetzten sie in Wien von 100 Mandaten 15, in Niederösterreich von 56 Mandaten 8 und in Salzburg 6 von 26. Die Christlichsozialen verloren sowohl in Niederösterreich wie auch in Salzburg die Mehrheit im Landtag.

Wahlerfolge der Kommunisten

Der Kommunistischen Partei brachten die Wahlen einen weiteren bemerkenswerten Fortschritt. Obwohl nicht in allen Ländern gewählt wurde, erreichte die Kommunistische Partei rund 40.000 Stimmen also ungefähr doppelt so viel Stimmen wie bei der Nationalratswahl 1930. In Salzburg fehlten für die Erlangung eines Landtagsmandats nur 400 Stimmen. Bei den Gemeinderatswahlen in der Steiermark und in Kärnten gab es besonders große Fortschritte der Partei. Zum erstenmal konnten in fast allen entscheidenden Orten des obersteirischen Industriegebiets kommunistische Gemeinderäte in die Gemeindestuben einziehen. In Kärnten erreichte die Kommunistische Partei die Wahl von 27 Gemeinderäten gegenüber nur einem Gemeinderat bei den letzten Wahlen. Auch bei Gemeinderatswahlen in St. Pölten und in Schwechat konnten zum erstenmal kommunistische Vertretungen in den Gemeinderäten durchgesetzt werden.

Bei der Einschätzung des Wahlausgangs unterstrich die Partei die Bedeutung der erzielten Erfolge und wies darauf hin, daß zum erstenmal gewisse, wenn auch bescheidene Erfolge in ausgesprochen ländlichen Gebieten erzielt werden konnten. Auch bei dieser Wahl zeigte sich aber noch sehr deutlich die Wirkung des SP-Arguments, daß jede Stimme für die KPÖ „weggeworfen“ sei.

Der Einfluß der Kommunistischen Partei ging zu diesem Zeitpunkt schon weit über den Kreis der erzielten Wählerstimmen hinaus. Schon einige Monate später konnte die Kommunistische Partei im „schwarzen“ Vorarlberg bei Landtagswahlen einen bedeutenden Erfolg erzielen; gegenüber 180 Stimmen bei den Wahlen im Jahre 1930 erreichten die Kommunisten bei dieser Wahl 2640 Stimmen. Nur wenige hundert Stimmen fehlten auf ein Landtagsmandat.

[63:]

IX. Dollfußkurs und Nazivorstöße

Dollfuß wird Bundeskanzler

Die Ein-Mann-Mehrheit Dollfuß'

Die Erschütterungen, die der Ausgang der Wahlen vom 24. April mit sich brachte, führten zum Rücktritt der Regierung Buresch. Kanzler wurde nun Dollfuß, der mit Unterstützung der Heimwehr und des Landbundes eine Koalitionsregierung bildete, die im Parlament über eine Mehrheit von nur einer Stimme verfügte. Die ersten Monate der Tätigkeit der Regierung Dollfuß waren mit Bemühungen um eine neue Anleihe ausgefüllt, da die Wirtschafts- und Finanzlage des Landes immer verzweifelter wurde. Österreich stand in dieser Zeit faktisch vor dem Staatsbankrott. Jede Zahlung von Auslandsschulden wurde eingestellt, der Budgetabgang betrug mehr als 20 Prozent des Gesamtbudgets, die Deckung des Schillings war auf ein äußerstes Minimum abgesunken, die Schrumpfung des Exports ging weiter und die Wirtschaftskrise verschärfte sich immer mehr, so daß z. B. die Alpine Montan um diese Zeit das Ausblasen des letzten noch in Betrieb stehenden Hochofens bekanntgab.

Die Lausanner Anleihe

Dollfuß verhandelte wegen einer Anleihe mit dem Völkerbund, d. h. vor allem mit dem französischen Finanzkapital, und brachte als Ergebnis dieser Verhandlungen eine Anleihe im Nominalwert von 300 Millionen Schilling und unerträgliche politische und wirtschaftliche Bedingungen des Auslandskapitals mit, die unter dem Namen „Lausanner Protokolle“ bekannt geworden sind. Diese Bedingungen führten zu einer noch stärkeren Auslieferung Österreichs an das Auslandskapital; die vom Auslandskapital verlangten Sparmaßnahmen auf Kosten der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung betrogen viele Millionen Schilling.

Für diese Bedingungen der Lausanner Anleihe mußte Dollfuß die Zustimmung des Parlaments einholen. Die parlamentarische Opposition umfaßte damals die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und zwei steirische Heimwehrabgeordnete, die zusammen mit der steirischen Heimwehr unter der Führung von Pfrimer und Rauter ins Nazilager übergegangen waren. Gegen diese Opposition konnte sich Dollfuß bei der entscheidenden parlamentarischen Abstimmung nur dadurch retten, daß der seit längerer Zeit kranke und deshalb vom Parlament abwesende Seipel – rechtzeitig für die Regierung

Dollfuß – starb und bei der Abstimmung durch seinen Nachfolger ersetzt wurde. Und als einige Wochen später die [64:] Lausanner Anleihe noch einmal dem Nationalrat zur Abstimmung vorlag, errang Dollfuß nur dadurch eine Zweistimmen-Mehrheit, daß der oppositionelle Schöber starb und durch einen regierungstreuen Landbündler ersetzt wurde, und daß ein großdeutscher Abgeordneter durch wirtschaftliche Erpressungen zur „Krankmeldung“ veranlaßt werden konnte. Diese in der Öffentlichkeit lebhaft diskutierten schmutzigen Manöver trugen viel dazu bei, den Faschisten die Diskreditierung der parlamentarischen Demokratie zu erleichtern.

Über das Motiv der parlamentarisch oppositionellen Haltung der Sozialdemokratie bei der Abstimmung über die Lausanner Anleihe sagte Renner in seinem Buch „Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik“:

„Daß diese (die Sozialdemokraten) nicht zustimmen konnten, versteht nur, wer die innere Geschichte Österreichs im letzten Jahrzehnt aufmerksam verfolgt hat. War dies doch die einzige Methode, um die einsichtslose und verbohrte bürgerliche Politik auf die Tatsache zu stoßen, daß Österreich ohne die Mitregierung der Arbeiterpartei nicht aus den Wirren herausgeführt werden könne. Daß die Partei dazu in loyalster Weise bereit war, hat sie wiederholt erwiesen.“

Auch Schuschnigg schreibt in seinem Buch „Dreimal Österreich“ über das Verhalten der Sozialdemokratie bei der damaligen Abstimmung, daß ihre Opposition nicht wirklich ernst gemeint war, da sie durch ein Verlassen der entscheidenden Parlamentssitzung den Nationalrat hätte beschlußunfähig machen und damit die Entscheidung verhindern können.

Naziprovokationen in Österreich

Die gescheiterte Hitler-Versammlung in Wien

Die Nazi-Erfolge in Deutschland sowie bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen, die in Österreich im Frühjahr 1932 stattfanden, brachten ein sprunghaftes Anwachsen nazistischer Provokationen und Überfälle mit sich. Im April 1932 wurde bei einem Naziüberfall in Liesing ein Schutzbündler erstochen; im Juni und Juli kam es in vielen Teilen Österreichs zu Naziüberfällen auf Arbeiterversammlungen und Arbeiterheime, und der September sollte dann mit einer für Wien angekündigten Hitlerversammlung den Höhepunkt bringen.

Die Kommunistische Partei stellte in Anbetracht der wachsenden Naziaktivität die Abwehr der hitlerfaschistischen Provokationen in den Mittelpunkt ihres antifaschistischen Kampfes; sie rief vor allem die Wiener Arbeiterschaft auf, eine Hitlerversammlung [65:] in der Arbeiterstadt Wien nicht zuzulassen. Gleichzeitig organisierte die Partei unter Teilnahme sozialdemokratischer, parteiloser und kommunistischer Arbeiter in Graz, Leoben, Hallein, Bruck und in vielen anderen österreichischen Städten Widerstandsaktionen gegen Naziprovokationen, so daß die Naziführung es für besser hielt, auf die Durchführung einer Hitlerversammlung in Wien zu verzichten.

Die Arbeiter gegen den Nazi-„Gautag“

Ende September führten die Nazi in Wien ihren sogenannten „Gautag“ durch. Die Sozialdemokratische Partei gab an ihre Anhänger die Weisung aus, als Gegendemonstration die Schutzbunduniform, das Blauhemd und das Parteiabzeichen zu tragen. Auf den Straßen Wiens kam es anlässlich des Nazigautags zu wirkungsvollen einheitlichen Kampfdemonstrationen, an denen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter teilnahmen. In den Wiener Arbeiterbezirken holten sich die Nazi eine kräftige Abfuhr. Die Polizei intervenierte überall auf Seiten der Nazifaschisten gegen die Arbeiter. Als die Nazi das Verbandsheim in der Königseggasse, ein Gewerkschaftshaus, zu stürmen versuchten, wurden sie von den Arbeitern hinausgeprügelt. Die Polizei kam den Nazi jedoch zu Hilfe, stürmte mit ihnen zusammen noch einmal das Verbandsheim und vertrieb die Arbeiter.

Die Naziprovokationen und der Nazigautag zeigten deutlich, daß die Hitlerbewegung im Anwachsen war und daß ihre SA- und SS-Verbände mit der gleichen Brutalität wie in Deutschland gegen die Arbeiter, ihre Heime und Organisationen vorgingen. Die Arbeiterschaft war bereit, dem braunen Terror entgegenzutreten, sie wurde aber immer wieder von der sozialdemokratischen Parteiführung

zurückgehalten und von der staatlichen Exekutive, die sich auf Seiten der Nazifaschisten stellte, angegriffen.

Naziüberfall auf das Simmeringer Arbeiterheim

Die Polizei auf Seiten der Nazis

Zu blutigen Zwischenfällen kam es am 16. Oktober bei einem Naziaufmarsch in Simmering. Die Kommunistische Partei hatte am Abend zuvor in Simmering eine eindrucksvolle antinazistische Demonstration unter Beteiligung vieler sozialdemokratischer Arbeiter durchgeführt. Die Nazi-Zeitung „Deutschösterreichische Tageszeitung“ hatte daraufhin zum „Kampf gegen das kommunistische Untermenschengesindel“ aufgerufen. Eine größere Gruppe von schwerbewaffneten Nazi unternahm am 16. Oktober einen Feuerüberfall auf das Arbeiterheim in der Drischützgasse. Die Schutzbundwache des Heimes setzte sich zur Wehr, erwiderte das Feuer [66:] und schlug den Naziangriff zurück; dabei gab es drei Tote – zwei Nazi und ein Polizist – und viele Verwundete. Daraufhin stürmte die Polizei das Arbeiterheim. Es heißt darüber in einem Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes:

„Noch skandalöser war das Verhalten der Polizei nach den blutigen Ereignissen. Die Polizeiorgane, die die Hausdurchsuchung im Arbeiterheim vornahmen, haben bei dieser Amtshandlung die Schutzbündler in unmenschlicher Weise geschlagen und mißhandelt. Sie haben bei einer Amtshandlung ihren toten Kameraden dadurch zu rächen gesucht, daß sie das Mobiliar des Heimes vandalisch zerstörten, Bilder von der Wand rissen, Büsten zertrümmerten, Uhren mit Füßen traten, Gasofen umrissen. Ein solches Vorgehen amtlicher Organe bei einer Amtshandlung kann in keinem zivilisierten Staat geduldet werden.“

Sechzig Schutzbündler wurden verhaftet, siebzig Gewehre in der Drischützgasse beschlagnahmt.

Die Wiener Arbeiter begrüßten den Widerstand der Simmeringer Schutzbündler gegen den Naziüberfall mit großer Genugtuung und verlangten von ihrer Parteiführung energische Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter und ihrer Heime vor dem Terror der Nazibanden. Die Kommunistische Partei gab ein Flugblatt heraus, in dem sie folgende Forderungen stellte:

„Kein faschistischer Aufmarsch mehr in Arbeiterbezirken! Weg mit den Nazikasernen! Verjagt die braunen Mordbanden aus den Arbeiterbezirken! Kämpft für die Freilassung der Simmeringer Arbeiter!“

Der sozialdemokratische Parteivorstand war aber nicht bereit, einen entschlossenen Kampf aufzunehmen, sondern rief in seinem Aufruf wieder einmal zur Disziplin:

„Wir werden uns nicht von den Nazi einschüchtern, aber wir werden uns auch von niemand provozieren lassen. Die österreichische Arbeiterschaft hat schon ganz andere Gegner besiegt als die Nazi, sie hat sie besiegt durch Organisation, durch Disziplin, durch einheitliche, geschlossene, zielbewußtes, von niemand beirrbares Vorgehen. Auf diese Weise werden wir auch den Nazifaschismus schlagen.“

Fey wird Staatssekretär für Sicherheit

Dollfuß nahm den Naziüberfall in der Drischützgasse als Vorwand, um den Heimwehrmajor Fey zum Staatssekretär für Sicherheitswesen, also zum Chef der staatlichen Exekutive einzusetzen. Feys erste Handlung war die Verhängung eines Aufmarschverbots gegen die oppositionellen Parteien; der Arbeiterbewegung wurde so die verfassungsmäßig garantierte Demonstrationsfreiheit geraubt. Die Straße sollte nur mehr den Faschisten gehören.

[67:]

X. Der Widerstand der Arbeiter und Bauern

In der Arbeiterschaft wächst die Radikalisierung

Neben den Nazi provokationen gab es zu dieser Zeit auch wieder Drohreden und provozierende Aufmärsche der Heimwehr; der faschistische Druck war auf der ganzen Linie im Wachsen. Immer stärker wurde deshalb innerhalb der Arbeiterschaft der Wunsch- und der Wille, den Faschisten entgegenzutreten und mit der Politik der ständigen Kapitulation Schluß zu machen. Unter den sozialdemokratischen Arbeitern, besonders unter den Schutzbündlern und Jungarbeitern, verstärkte sich die Radikalisierung, es bildeten sich verschiedene linke Gruppen, als deren führende Persönlichkeit immer mehr Ernst Fischer in den Vordergrund trat.

Die „Antifaschistische Aktion“

Auch der Einfluß der Kommunistischen Partei wuchs ständig. Ihre Politik der antifaschistischen Aktionseinheit sprach immer breitere Schichten unzufriedener sozialdemokratischer Arbeiter an. Auf Initiative der Kommunisten entwickelte sich damals in Österreich eine überparteiliche antifaschistische Massenbewegung, die „Antifaschistische Aktion“, der es gelang, viele sozialistische und parteilose Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Den steigenden Einfluß der Kommunistischen Partei zeigt auch ihre Erfolge bei den allgemeinen Wahlen der Jahres 1932 und ihre Erfolge bei einigen wichtigen Betriebsratswahlen im selben Jahr. Allein im zweiten Halbjahr 1932 konnten die Kommunisten 47 neue Betriebsratsmandate erobern. Eine Plenartagung der ZK der KPÖ vom 4. Dezember 1932 konnte feststellen, daß sich „die Partei aus jahrelanger sektiererischer Isolierung befreit hat und sich im Stadium des Übergangs zu einer Massenpartei befindet“.

Die sozialdemokratische Parteiführung trug dieser Entwicklung Rechnung, indem sie ihre „linken“ Manöver verstärkte. In einer Nationalratdebatte über die Bestellung Feys zum Staatssekretär erklärte Seitz als sozialdemokratischer Sprecher, daß „der Arbeiter Gewalt anwenden und sein Recht verteidigen müsse“ und daß „die Arbeiterschaft auf ihre Wehrhaftigkeit bedacht sein und ihre Gewehre heilig halten“ müsse. Außerdem versuchte die sozialdemokratische Parteiführung, die zunehmende Radikalisierung der Jungarbeiter dadurch abzufangen, daß sie für diese eine Organisation unter dem Namen „Jungfront“ gründete, der eine radikalere Haltung als der Partei im allgemeinen zugestanden wurde.

[68:]

Betriebliche Kämpfe

Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO)

Auch in den Betrieben brachte das Jahr 1932 ein gewisses Anwachsen der Unruhe, der Streikstimmung und des Widerstandes gegen die immer frecheren Unternehmeranschläge. Die Kommunisten organisierten zusammen mit sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern in den Gewerkschaften eine oppositionelle Tätigkeit gegen die Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie. Die organisatorische Plattform dieser Arbeit bildete die unter Führung von kommunistischen Gewerkschaftern stehende „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO), die für betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe gegen die Lohnraubpolitik der Unternehmer, gegen ihre zunehmenden Angriffe auf die Kollektivverträge und auf die gewerkschaftlichen Rechte überhaupt eintrat.

Im Sommer 1932 gelang es der RGO, eine erfolgreiche Kampffraktion im Alpine-Revier durchzuführen. Die Alpine-Direktion verlangte von den Bergarbeitern die Zustimmung zu einem fünfprozentigen Lohnabbau und den Verzicht auf den gesetzlich zustehenden Urlaub oder einen weiteren Lohnabbau von vier Prozent. Außerdem versuchte die Alpine wieder einmal, den Kollektivvertrag zu zerschlagen und an seine Stelle Einzelverträge mit den Arbeitern zu setzen. In den Betriebsräten der Alpine-Betriebe war durch den hemmungslosen Betriebsfaschismus die Mehrheit in die Hände der Heimweggewerkschaft geraten. Mit Zustimmung dieser gelben Betriebsratsmehrheiten hatte die Alpine Montan den Arbeitern seit 1920 faktisch schon 15 bis 20 Prozent des Lohnes geraubt; die Heimwehrlaute stimmten auch den neuen Forderungen der Alpine-Direktion zu.

Der Kampf der Alpine-Arbeiter

Die Empörung unter den Bergarbeitern war so groß, daß davon auch breite Kreise von Heimwehrläutern erfaßt wurden. Als die Heimweggewerkschaft unter dem Druck der Bergarbeiter eine Belegschaftsversammlung der Grube Seegraben einberief, wurden die faschistischen Gewerkschaftssekretäre und Betriebsräte von den empörten Arbeitern verjagt, und die Führung der Versammlung wurde auf Forderung der Arbeiter von den RGO-Betriebsräten übernommen. Eine ähnliche Versammlung fand auch in Eisenerz statt. Die Lohnraubpläne der Alpine-Direktion wurden entschieden zurückgewiesen, der Streik wurde angedroht und Streikleitungen wurden gewählt. Obwohl sich zum Schutz der Unternehmer die staatliche Exekutive einschaltete, im Leobener Parteisekretariat der KPÖ eine

stundenlange Hausdurchsuchung durchführte und kom-[69:]munistische Funktionäre verhaftete, blieben die Arbeiter fest und ihre Streikdrohung führte auch zum Erfolg. Die Alpine-Direktion mußte unter dem Eindruck dieser kräftigen Kampfbewegung ihre Lohnraubpläne fallen lassen.

Der große Streik in Grünbach

Neben einer Reihe von Kämpfen geringerer Bedeutung begann Ende November 1932 eine große Streikaktion im niederösterreichischen Steinkohlenrevier, in Grünbach. Der unmittelbare Anlaß zu dieser Kampfaktion war ein tödlicher Arbeitsunfall. Durch die große Antreiberei hatte es im Jahre 1932 in Grünbach sieben tödliche Arbeitsunfälle gegeben. Die Grünbacher Bergarbeiter verlangten die sofortige Abstellung der Antreiberei und als Ausgleich für die umfassenden Lohnsenkungen der letzten Jahre eine Lohnerhöhung von 10 Prozent.

Auf Initiative der RGO-Betriebsräte wurde eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der ein Ultimatum an die Unternehmer beschlossen und eine Streikleitung gewählt wurde. Die reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre verlangten daraufhin eine Urabstimmung über den Streik mit einer Zweidrittelmehrheit und entfesselten gleichzeitig eine scharfe Kampagne gegen die Durchführung eines Streiks. Die Urabstimmung ergab jedoch 85 Prozent für den Streik; unter der Führung einer breiten, von der Arbeiterschaft gewählten Streikleitung begann der Kampf.

Die sozialdemokratischen Betriebsräte bildeten auf Veranlassung der Gewerkschaftsleitung ein eigenes Streikkomitee, das von der Gewerkschaft als einziges Streikkomitee anerkannt wurde und allein über die gewerkschaftlichen Unterstützungsgelder verfügte. Die Unternehmer ließen Grünbach von 120 Gendarmen besetzen und versuchten, allerdings vergeblich, aus dem stillgelegten Zillingsdorfer Bergwerk Streikbrecher zu werben. Obwohl der Grünbacher Kampf in allen Bergbaubetrieben Österreichs ein günstiges Echo fand und in Fohnsdorf und Hart dazu führte, daß auch in diesen Bergwerken Lohnforderungen gestellt wurden, verhinderten die reformistischen Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den Heimwehrgewerkschaften und den Nazi die Ausbreitung des Kampfes.

Sechs Wochen dauerte der Streik. Von den nahezu tausend Arbeitern gaben sich nicht mehr als acht als Streikbrecher her. Der Streik zerbrach schließlich an der Abwürgetaktik der SP-Gewerkschaftsbürokratie. Unter Ausnützung ihrer Kontrolle über die Unterstützungsgelder erreichte sie mit Versprechungen über ein tragbares Kompromiß den Abbruch des Streiks. Keine der Arbeiterforderungen wurde jedoch erfüllt, im Gegenteil, der Urlaub wurde auf die Hälfte gekürzt und die Streikführer wurden gemäßregelt.

[70:]

Der SP-Parteitag 1932

Man „kann nix machen“

Auf dem SP-Parteitag 1932 entwickelte Otto Bauer als Sprecher des Parteivorstands die Theorie von der „konterrevolutionären Situation“, in der sich die ganze Welt, also auch Österreich, befinde, weshalb man gegen den faschistischen Vorstoß faktisch nichts machen könne. Selbstverständlich war auch diese Kapitulationstheorie wieder austromarxistisch getarnt, man sprach davon, daß „keine bloße Änderung eines politischen Systems, sondern nur die Umwälzung der Gesellschaftsordnung, nur die Überführung der in den Händen des Kapital und des Großgrundbesitzes konzentrierten Produktionsmittel in das Eigentum der Volksgesamtheit das Volk von dem Fluche der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit und der Verelendung befreien kann“. Man schränkte aber diese kühnen Worte gleich wieder ein, indem man sagte, daß „der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht in einem kleinen, vom kapitalistischen Ausland wirtschaftlich abhängigen und gegenüber den kapitalistischen Staaten militärisch ohnmächtigen Land isoliert erfolgen kann.“ Diese Art der Stellungnahme ist für die austromarxistische Methode typisch, weil sie in radikalen Worten die große Perspektive der proletarischen Revolution verkündet, um gleich danach die Schlußfolgerung zu ziehen, daß man für diese Revolution in diesem Augenblick und schon gar in Österreich überhaupt nichts machen könne.

Einheitsmanöver des SP-Vorstandes

Der SP-Parteitag widerspiegelte aber auch die zunehmende Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter und den wachsenden Einfluß der kommunistischen Einheitsfrontpolitik auf immer breitere Schichten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Im Beschluß des Parteitags heißt es, daß „der Kampf gegen die Reaktion die Einheitsfront des Proletariats voraussetzt“, wobei aber gleich hinzugefügt wurde, daß in Österreich die Einheitsfront in der Sozialdemokratie verwirklicht sei und daß daher nach wie vor jede Einheitsfront mit den Kommunisten verboten bleibe. Um dem Einheitsfrontstreben vieler sozialdemokratischer Arbeiter aber irgendwie entgegenzukommen, wurde als Ablenkung von der Einheitsfront in Österreich verkündet, daß die österreichische Sozialdemokratie „im Rahmen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (II. Internationale) alles unterstützen wird, was geeignet ist, die Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab wieder herzustellen.“

Zu dieser Stellungnahme sagte Genosse Kopleinig auf der Plenartagung des ZK der KPÖ vom 4. November 1932:

[71:] „Dieser sozialdemokratische Parteitag stand im Zeichen der Verteidigung gegen den sich im Vormarsch befindlichen Kommunismus, im Zeichen des Kampfes gegen die Radikalisierung und gegen die Einheitsfront. Otto Bauer stellte den sozialdemokratischen Arbeitern eine Einheitsfront mit der Kommunistischen Internationale in Aussicht. Der Zweck dieses Manövers ist klar: wir können in Österreich nichts machen! Abwarten! Das ist die alte Parole in neuer Form. Die Arbeiter sollen sich neuen Illusionen hingeben, aber jetzt keine Einheitsfront mit den Kommunisten für konkrete Kampfforderungen schließen.“

Genosse Kopleinig bezeichnete die Politik der sozialdemokratischen Parteiführung als „das Haupt Hindernis zur Entfaltung der Kampfkraft des Proletariats“ und verlangte die verstärkte Fortsetzung der Einheitsfrontpolitik der Partei und vor allem ein kameradschaftliches Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern.

„Wir müssen mit ihnen diskutieren, wir müssen ihre Versammlungen besuchen und sie in verschiedene Organe der Einheitsfront zum gemeinsamen Kampf hineinziehen.“

Der Kampf der Arbeitslosen

600.000 Arbeitslose

Im Winter 1932/33 erreichte die Arbeitslosigkeit einen absoluten Höchststand. Zusammen mit allen Ausgesteuerten und Arbeitssuchenden gab es über 600.000 Arbeitslose. Das Jahr 1932 brachte auch eine weitere Zunahme der Kurzarbeit in fast allen Branchen und damit verbunden Durchschnittslöhne bei den Kurzarbeitern, die kaum über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung hinausgingen. Da Arbeitslosengesetz wurde bis Ende 1932 nicht weniger als achtundzwanzigmal novelliert, wobei jede Novelle neue Verschlechterungen brachte. Die von der Regierung Dollfuß mit Zustimmung der Sozialdemokratie beschlossene 28. Novelle war bei weitem der schwerste Schlag gegen die Arbeitslosen. Große Gruppen von Arbeitslosen wurden von der Unterstützung der übrigen bis zu 50 Prozent gekürzt.

Die Auswirkungen die der Massenarbeitslosigkeit zeigten sich in erschreckendem Maß. Die allgemeine Ernährung wurde immer schlechter; selbst bei den Grundnahrungsmitteln gab es einen starken Verbrauchsrückgang. Die Obdachlosigkeit aus finanziellen Gründen wuchs an. (Gegenüber 427.000 Nächtigungen im Wiener Obdachlosenasyll im Jahre 1927 waren es im Jahr 1931 mehr als 700.000 Nächtigungen.) Bei den Neugeborenen hatte ich laut Mitteilung der „Wiener Klinischen Wochenschrift“ im Lauf der letzten drei Jahre der Prozentsatz mit defekten Schädel- und Knochenbildungen mehr als verdreifacht. Unterernährung, Hunger und schrecklichste Not nahmen in Österreich vorher nie gekannte Ausmaße an.

Aber auch der Kampf der Arbeitslosen gegen diese furchtbare Not nahm zu. Zum Unterschied von den vorangegangenen Jahren, in denen sich die Aktionen der Arbeitslosen im wesentlichen auf die schlimmste Zeit des Jahres, auf die Wintermonate konzentrierten, gab es im Jahr 1932 Kampffaktionen der Arbeitslosen während des ganzen Jahres. Im Winter 1932/33 gab es kaum einen größeren

Industrieort in Österreich, in dem es nicht zu Aktionen der Arbeitslosen gekommen wäre. Fast alle diese Kämpfe wurden von den von Kommunisten geleiteten revolutionären Arbeitslosenkomitees geführt.

Im Vordergrund der Arbeitslosenkämpfe dieses Winters standen Hungermärsche, Straßendemonstrationen und Kundgebungen vor Bezirkshauptmannschaften, Gemeindeämtern und anderen Behörden. Delegationen von Arbeitslosen überreichten den Behörden ein konkretes, von den lokalen Verhältnissen ausgehendes Forderungsprogramm und die Arbeitslosen konnten in vielen Orten durch ihre wuchtigen Demonstrationen lokale Forderungen durchsetzen.

Der Gesamtösterreichische Arbeitslosenkongreß 1932

Eine große mobilisierende Wirkung ging von dem vom „Zentralen Arbeitslosenkomitee“ einberufenen „Gesamtösterreichischen Arbeitslosenkongreß“ aus, der am 2. Dezember 1932 in Wien stattfand. Von den Delegierten waren 140 Kommunisten, 75 Parteilose und 48 Sozialdemokraten. Der Kongreß einigte sich auf ein umfassendes Kampfprogramm und beschloß auch eine engere Form der organisatorischen Verbindung der verschiedenen örtlichen Arbeitslosenkomitees untereinander.

Auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1932 kam die große Empörung der Arbeitslosen zum Ausdruck. Eine Delegation sozialdemokratischer Arbeitsloser erschien beim Parteitag, um dort vor allem gegen die Zustimmung der Parteiführung zur 28. Novelle des Arbeitslosengesetzes zu protestieren. Das Präsidium des Parteitags verweigerte dem Sprecher der Delegation aber das Wort. Die sozialdemokratischen Arbeitslosen gaben den Parteitagsdelegierten ihre Forderungen danach durch eine Flugblattaktion von der Galerie des Parteitags aus bekannt.

Die einzige Partei, die einen unermüdlichen Kampf für die Arbeitslosen führte, war die Kommunistische Partei. Auf einer Tagung des Zentralkomitees im November 1932 stand der Kampf der Arbeitslosen im Mittelpunkt der Beratungen. Das Zentralkomitee beschloß, daß die Parteiorganisationen in engster Verbindung [73:] mit den Arbeitslosenkomitees die Aktionen der Arbeitslosen noch mehr verstärken und trachten müssen, die Verbindung zwischen Arbeitslosen und Betriebsarbeitern zu festigen. Die Partei ging dabei von der richtigen Erkenntnis aus, daß nur die Einheit zwischen Betriebsarbeitern und Arbeitslosen die Forderungen der Arbeitslosen zum Erfolg führen kann und daß nur diese Einheit verhindern kann, daß die Massenarbeitslosigkeit als Druckmittel gegen die noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter ausgenützt wird.

Bauernnot und Bauernkampf

Mit größter Wucht traf die Wirtschaftskrise auch breite Schichten der Bauernschaft. Die riesige Arbeitslosigkeit in der Stadt führte zu großen Absatzschwierigkeiten und zu Preisstürzen bei den Agrarprodukten. Die Bauern waren einfach nicht mehr imstande, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, der Exekutor ging im österreichischen Dorf ein und aus. So wurde Ende Dezember 1931 aus einem steirischen Bezirk berichtet, daß von den insgesamt 2900 Bauernwirtschaften des Bezirkes in mehr als 1900 Wirtschaften Exekutionen vorgenommen worden waren. Aus einem anderen steirischen Bezirk wurde berichtet, daß 70 Prozent der Steuern durch Exekutionen hereingebracht werden mußten.

Die bauernfeindliche Politik der Sozialdemokratie

Die Bauern waren in größter Not, und breite bäuerliche Schichten waren in dieser Situation der faschistischen Demagogie zugänglich. Die Hauptschuld daran, daß die Bauern in ihrer Not Zuflucht beim Faschismus, und nicht bei ihren natürlichen Verbündeten, bei der Arbeiterbewegung, suchten, trifft die Sozialdemokratie, die mit ihrer traditionell bauernfeindlichen Politik die Bauern schrittweise der Reaktion in die Arme getrieben hatte. Jetzt rächten sich die sozialdemokratischen Schlagworte von den Bauern als einer „einheitlich reaktionären Masse“ und die von Otto Bauer immer wieder verwendete Argumentation, daß man in Österreich keine revolutionären Kämpfe führen könne, weil „das Hinterland der Industriezentren (die Bauern) durch und durch reaktionär“ sei.

Bauernaktionen in Kärnten

Die grünweißen und die braunen Faschisten machten große Anstrengungen, die wachsende Erregung in der Bauernschaft für sich nutzbar zu machen. Sozialdemokratische Geschichtsschreiber versuchen verschiedene Bauernkämpfe und Bauernrevolten aus dieser Zeit einfach als „faschistisch“ abzutun, weil faschistische Kräfte bei diesen Aktionen eine gewisse Rolle spielten. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Wenn Bauern im Frühjahr 1932, um verhaftete Bauern zu befreien, das Gericht in Wolfberg stürmten, und wenn einige Monate später Bauern in das Gefängnis von Winklern im Mölltal eindringen, um einen arbeitslosen Holzfäller, der wegen Wilddiebstahls verhaftet war, zu befreien, so war der Grund für diese Aktionen vor allem die große Not und das Massenelend der Bauern, das die Faschisten für ihre Zwecke ausnützten. Die Faschisten konnten sich nur deshalb zu Sprechern dieser Aktionen machen, weil die Arbeiterschaft nicht den Weg zu den Bauern gefunden hatte.

Die kommunistische Arbeit unter den Bauern

Die Kommunistische Partei hatte bei ihrer Arbeit unter den Bauern ernste Schwächen aufzuweisen; sie hatte Jahre hindurch keine organisierte und beständige Arbeit im Dorf geleistet. Der entscheidende Grund dafür war, daß sich auch die Kommunisten von den falschen sozialdemokratischen Auffassungen über die Rolle der Bauernschaft nicht ganz freigemacht hatten.

Der 11. Parteitag der KPÖ (1931) hatte in Verbindung mit seiner Losung „Volksmobilisierung gegen die Rothschild-Sanierung“ die Partei auf die entscheidende Aufgabe hingelenkt, die werktätigen Bauern in diesem Kampf als Verbündete zu gewinnen. Auf einer Tagung des Zentralkomitees der KPÖ im Mai 1932 wurde in einem eigenen Tagesordnungspunkt über die Arbeit der Partei auf dem Lande gesprochen. In der Diskussion konnte festgestellt werden, daß es der Partei in der letzten Zeit gelungen war, einige Stützpunkte im Dorf zu schaffen und gewisse Erfolge bei der Organisation überparteilicher revolutionärer Bauernkomitees zu erzielen.

Der Reichsbauernkongreß in Wien

Die Tätigkeit dieser revolutionären Bauernkomitees breitete sich schnell aus, so daß am 13. November 1932 in Wien der erste österreichische Reichsbauernkongreß durchgeführt werden konnte, an dem 60 gewählte Bauerndelegierte aus fast allen Teilen Österreichs teilnahmen. Unter den Delegierten befanden sich hauptsächlich parteilose Bauern, aber auch ganze Ortsgruppen des sozialdemokratischen „Verbandes der freien Bauern“ waren vertreten, und sogar Delegationen, die offiziell im Namen ganzer Gemeinden sprachen, nahmen am Kongreß teil. So wurden von den steirischen Gemeinden Amassegg und Mitterbach Delegierte geschickt, die dem Kongreß einen erschütternden Brief vorlegten. In diesem Brief heißt es:

[75:]

Das Elend der Gebirgsbauern

„Es wäre unsere dringende Bitte, daß sich der Kongreß besonders mit der Lage der Gebirgsbauern befassen möchte, denn nirgends wirkt sich die Krise so kraß aus, als gerade bei uns. Denn wo sollen bei dem heutigen Arbeitsmangel die vielen versteigerten Bauernfamilien hingehen? Es möchte darauf hingearbeitet werden, daß unsere Zahlungsunfähigkeit wenigstens anerkannt wird, auch möchte betont werden, daß die Familien, welche unmöglich mehr zahlen können, wenigstens in der Wohnung belassen werden. Aus dem Angeführten kann daher ersehen werden, daß eine Hilfe dringend benötigt wird, sonst gehen wir alle unvermeidlich zugrunde.“

Die Bürgermeister dieser beiden Gemeinden hatten diesem Schreiben folgende Notiz zugefügt:

„Daß umseitige Angaben die volle Richtigkeit enthalten, daß sich die Krise in unseren Gebirgsgemeinden so auswirkt, daß in kurzer Zeit die Bauern fast alle enteignet werden, bestätigen die Gemeindeämter.“

An der Diskussion der Konferenz beteiligten sich 30 Delegierte. Ein Reichsbauernkomitee wurde gewählt und ein Aktionsprogramm beschlossen, dessen wichtigste Forderungen waren:

Streichung aller Rückstände an öffentlichen Abgabenlasten für die schaffenden Bauern; Einstellung aller Zwangsversteigerungen; Beseitigung der hohen Steuern für die werktätigen Bauern. Entschuldung des bäuerlichen Besitzes und Herabsetzung der Pachtzinse. Befriedigung des Landhungers der landarmen Bauern und Landarbeiter durch kostenlose Bereitstellung des Bodens der Großgrundbesitzer. Freilassung aller wegen des

Kampfes um die Interessen der Werktätigen verfolgten bäuerlichen und proletarischen Gefangenen. Kampf gegen die Herrschaft der Banken, Kartelle und Trusts durch die Beseitigung des kapitalistischen Systems und Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Massenbewegungen der Bauern

Zu Beginn des Jahres 1933 kam es in Völkermarkt zu einer Demonstration von mehr als tausend Bauern, als Protest gegen Gendarmeriebestalitäten bei Exekutionen. Zur selben Zeit entstand in Vorau, in der Steiermark, eine kritische Situation nach einer Exekutionsverhinderung in Schachen bei Vorau, bei der der Exekutionsbeamte und der Bürgermeister von empörten Bauern verprügelt worden waren, worauf vier Bauern verhaftet und nach Graz ins Landesgericht eingeliefert wurden. Am 2. Jänner fand ein Protestaufmarsch der Bauern in Vorau statt, an dem gegen 3000 Bauern teilnahmen. Die Regierung setzte ein Großaufgebot an Gendarmerie sowie zwei Kompanien Alpenjäger ein, die, mit Maschinengewehren, Granatwerfern, Gasbomben und Gasmasken ausgerüstet, nach Vorau kamen. Die Erregung unter den Bauern war sehr groß. Die Bauern drohten, das vom Militär besetzte Rathaus zu stürmen, falls die vier Bauern nicht sofort enthaftet würden. Unter dieser Drohung mußte die Landesregierung nachgeben und die Bauern enthaften. Nach der Mitteilung über die Enthftung der Bauern kam es zum Abbruch der Demonstration.

[76:] In der tiefen Unruhe innerhalb der Bauernschaft und in diesen kräftigen Demonstrationen zeigten sich die großen Möglichkeiten für eine geschlossene Front der Arbeiter und Bauern zum Kampf gegen Wirtschaftskrise und kapitalistische Regierungspolitik. Aber nicht die Arbeiterschaft, sondern die Faschisten konnten damals im Dorf festen Fuß fassen. Sowohl die Heimwehr wie auch die SA und SS rekrutierten einen entscheidenden Teil ihrer Mannschaften aus bäuerlichen Kreisen, vor allem aus den Schichten der Jungbauern und Bauernsöhne.

XI. Notverordnungsdiktatur und Zerschlagung des Parlaments

Die Verschärfung der internationalen Lage

Das Jahr 1933 brachte besonders durch den Machtantritt Hitlers in Deutschland (30. Jänner 1933) eine weitere Verschärfung der internationalen Spannungen und Gegensätze, ein weiteres Anwachsen der Kriegsgefahr.

Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten

Nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg konnte sich der deutsche Imperialismus – nicht zuletzt dank der Hilfe der deutschen Sozialdemokratie, die seinen Sturz in der revolutionären Periode von 1918 bis 1920 verhindert hatte – schnell wieder aufrichten. Die deutschen Imperialisten verlangten Revanche für die Niederlage von 1918, sie strebten eine Neuaufteilung der Welt an und richteten ihre Vorstöße vor allem gegen die imperialistische Friedensregelung von 1919, gegen den Vertrag von Versailles. Bei diesen Bestrebungen erhielten sie als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ weitgehende Unterstützung durch die westlichen imperialistischen Mächte, vor allem aber durch die amerikanischen Monopole. Mit der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, und besonders mit der Übernahme der Staatsmacht in Deutschland durch die Nazipartei, dieses Instrument der am meisten reaktionären und chauvinistischen Kräfte des Finanzkapitals, hatte sich ein immer gefährlicher werdender Kriegsherd in Europa herausgebildet.

Kriegsprovokationen im Fernen Osten

Aber auch die „Siegermächte“ des Ersten Weltkriegs, Japan und Italien, deren imperialistische Ansprüche nach dem Ersten Weltkrieg nur zu einem geringen Teil erfüllt wurden, beschritten [77:] den Weg einer aggressiven, auf die Neuaufteilung der Welt gerichteten Kriegspolitik. Japan hatte schon im Jahre 1931 mit seinem heimtückischen Überfall auf die Mandchurei den offenen Krieg um die Eroberung Asiens begonnen. Das imperialistische Italien stellte territoriale Forderungen und sonstige Machtansprüche sowohl in Afrika wie auch in Europa. So wie in Deutschland waren auch in Italien und Japan als Träger der aggressiven imperialistischen Eroberungspolitik faschistische Diktaturen an der Macht.

Die kleineren Nationen Mittel- und Südosteuropas wurden durch ihre Bindungen an imperialistische Großmächte in das Spiel der imperialistischen Gegensätze und der imperialistischen Kriegspolitik mit hineingezogen. Jede der imperialistischen Großmächte trachtete, möglichst viele dieser Staaten in ihr Satellitensystem einzubeziehen, wobei die damals in Europa führende imperialistische Macht, Frankreich, durch die sogenannte „Kleine Entente“ (Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien) und die „Balkan-Entente“ (Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien) in diesem Raum die stärksten Positionen hatte.

Die imperialistischen Bindungen Österreichs

Österreich war schon seiner geographischen Lage nach ein wichtiges Objekt der imperialistischen Bestrebungen der Großmächte. Vor allem war es der deutsche Imperialismus, der immer wieder trachtete, Österreich möglichst eng an sich zu binden. Die von den Westmächten bei verschiedenen Anlässen (Genfer Sanierung, Lausanner Protokolle) verlangte Klausel gegen den Anschluß war keine Maßnahme zum Schutz des österreichischen Volkes und der Interessen seiner nationalen Unabhängigkeit, sondern ein Schritt gegen den imperialistischen Konkurrenten Deutschland. Die österreichische Bourgeoisie wechselte, je nach der Situation und je nach der Nützlichkeit für ihre Profitinteressen, ihre imperialistischen Bindungen, wobei immer wieder die Bindung an den deutschen Imperialismus als entscheidende Orientierung der Bourgeoisie zum Durchbruch kam.

Die „Römischen Protokolle“

Als nach der Machtergreifung Hitlers der direkte Druck der deutschen Imperialisten von Berlin aus und ihr indirekter Druck durch ihre Agentur in Österreich, durch die österreichische Nazipartei, immer mehr zunahm, suchten die herrschenden Kreise der österreichischen Bourgeoisie Schutz bei Mussolini. Sie vollzogen eine immer engere Bindung an den italienischen Imperialismus. Zusammen mit Horthy-Ungarn, das wegen seiner Territorialforderungen in offenem Konflikt mit der Tschechoslowakei, mit Rumänien und Jugoslawien stand, bildete sich nach einer Reihe von Staatsbesuchen des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß in [78:] Italien und in Ungarn ein Block Rom-Budapest-Wien, der im Jahre 1934 durch die sogenannten „Römischen Protokolle“ eine festere Form annahm.

In klarer Voraussicht der weiteren Entwicklung charakterisierte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs Mitte 1933 folgendermaßen die internationale Lage Österreichs und die Politik der österreichischen Bourgeoisie:

„Die Krise des Versailler Systems hat die Bedeutung des kleinen Österreich als Schlüsselstellung zwischen den Interessensphären Frankreichs, Deutschlands und Italiens erhöht. Der scheinbar konsequent antideutsche Kurs darf darüber nicht hinwegtäuschen, daß die österreichische Bourgeoisie bei ihrer Politik des Lavierens verharret, und in Wirklichkeit zwischen den Mächtegruppen hin- und hertorkelt. Dabei tritt der Einfluß des italienischen Faschismus immer mehr in den Vordergrund. Die faschistische Diktatur in Österreich soll die Brücke bilden zwischen dem faschistischen Deutschland einerseits und dem faschistischen Italien und Ungarn andererseits.“

Die Hirtenberger Waffenaffäre

Starhembergs Geldquellen

In der gespannten internationalen Situation Anfang 1933 kam es in Hirtenberg zu einer Waffenschiebung, die in Österreich und im Ausland große Erregung hervorrief. Durch die Wachsamkeit österreichischer Eisenbahner war bekannt geworden, daß Anfang Jänner 1933 40 Waggons mit Maschinengewehren und Gewehren, aus Italien kommend, in der Hirtenberger Waffenfabrik des Heimwehriindustriellen Mandl – eines engen Freundes Starhembergs – eingetroffen waren, um von dort nach Ungarn weiter befördert zu werden. Bei dieser Waffenschiebung hatte vor allem Starhemberg seine Hand im Spiel, der schon seit Jahren besonders enge Beziehungen zu Mussolini unterhielt. Starhemberg erhielt aus Italien nicht nur Waffen und Geld für die Heimwehr, sondern er bekam auch für die Vermittlung der dunklen Waffengeschäfte mit Italien von seinem Freund Mandl persönliche Provisionen.

Infolge der Rüstungsbeschränkungen, die sowohl Österreich wie auch Ungarn auf Grund der Friedensverträge von 1919 auferlegt waren, kam es im Zusammenhang mit der Hirtenberger Waffenaffäre zu der ultimativen Forderung Frankreichs und Englands, daß die Bundesregierung sofort Sorge dafür tragen müsse, daß die Waffen an Italien zurückgeschickt würden. Die Regierung entschloß sich nach vielfachen Ausweichversuchen zu einer formellen Zusage in dieser Richtung. In Wirklichkeit ging aber ein beträchtlicher Teil dieser Waffen nicht nach Italien zurück, sondern in den Besitz der Heimwehr über.

[79:] Die Sozialdemokratie spielte in dieser Angelegenheit eine Doppelrolle. Einerseits brachte sie unter dem Druck der Eisenbahner durch einen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ die ganze Angelegenheit in die Öffentlichkeit, andererseits stellte sie sich im Zeitpunkt einer besonders heiklen Entwicklung dieser Affäre schützend vor Dollfuß. Gulick schreibt darüber:

„Der Grund, warum sie (die SP-Führer) das taten, bleibt ein Rätsel. Möglicherweise wollten sie auf diese Weise Dollfuß dazu bringen, sie in die Regierung aufzunehmen.“

Dollfuß regiert mit Notverordnungen

Das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“

Dollfuß war von Anfang an entschlossen, ohne und gegen das Parlament zu regieren, denn anders hätte er auf die Dauer mit seiner zweifelhaften Einstimmenmehrheit auch gar nicht regieren können. Diese Absicht wurde offensichtlich, als er am 1. Oktober 1932 durch seinen Justizminister Schuschnigg eine Notverordnung auf Grund des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ vom Jahre 1917 veröffentlichen ließ. Die Sozialdemokratie brachte wohl im Parlament eine Interpellation ein, begnügte sich aber mit dieser formalen Geste und mit leeren Protesten, obwohl Dollfuß die Interpellation nicht einmal beantwortete.

Was Dollfuß mit dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz beabsichtigte, sagte er ganz offen am Tag, nachdem er es zum erstenmal zur Anwendung gebracht hatte. Auf einer Bauernversammlung am 2. Oktober 1932 erklärte er:

„Die Tatsache, daß es der Regierung möglich ist, selbst ohne vorherige endlose parlamentarische Kämpfe, sofort gewisse dringliche Maßnahmen in die Tat umzusetzen, wird zur Gesundung unserer Demokratie wesentlich beitragen.“

Zur umfassenden Anwendung des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, zur Errichtung einer uneingeschränkten Notverordnungsdictatur kam es bald darauf, angespornt durch Hitlers Machtantritt in Deutschland, mit der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß im März 1933.

Der Eisenbahnerstreik

Der unmittelbare Ausgangspunkt zur Zerschlagung des österreichischen Nationalrats war der Streik der Eisenbahner vom März 1933. Mitte Februar erklärte die Generaldirektion der Bundes-[80:]bahn, daß ab März die Löhne und Gehälter der Eisenbahner wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Bundesbahnen in drei Raten ausbezahlt würden. Trotz des Einspruchs der Gewerkschaften – außer der Freien Gewerkschaft lehnten auch die Christlichsozialen und die Deutsch-Nationalen Gewerkschaften diese Anordnung der Direktion ab – beharrte diese auf ihrer Verfügung. Zum Protest wurde von allen drei Gewerkschaften für den 1. März ein zweistündiger Streik beschlossen.

Militäreinsatz gegen Streikende

Unmittelbar vor dem Streik verfügte Dollfuß auf Grund einer kaiserlichen Verordnung aus dem Jahre 1914, durch die Streiks bei den Eisenbahnen untersagt und unter Strafsanktion gestellt waren, ein Streikverbot. Die Regierung ließ die Bahnhöfe von Gendarmerie, Polizei und Militär besetzen und versuchte, die Eisenbahner unter Androhung von Strafen und Maßregelungen vom Streik abzuhalten. Trotzdem wurde der Streik fast überall geschlossen durchgeführt.

Schon während der Streikaktion wurden Vertrauensmänner auf den Bahnhöfen verhaftet, über viele Funktionäre der Eisenbahner wurde die sofortige Entlassung ausgesprochen, allen am Streik Beteiligten

wurde eine finanzielle „Buße“ auferlegt und eine große Anzahl von Strafverfahren wurde gegen Streikende eingeleitet. Unter dem Druck der empörten Eisenbahner beauftragte die Sozialdemokratie ihren Nationalratspräsidenten Renner, eine Parlamentsitzung für den 4. März einzuberufen, um durch Parlamentsbeschluß die Aufhebung der Maßregelungen herbeizuführen.

Das Parlament wird ausgeschaltet

Der Rücktritt der Nationalpräsidenten

In der Nationalratssitzung vom 4. März kam es auf Grund der bekannten Ein-Mann-Mehrheitsverhältnisse zu einer Situation, in der Renner als erster Präsident des Nationalrats seine Funktion niederlegte, um so der Opposition eine Stimme mehr und damit die Mehrheit sichern zu können. Seinem Beispiel folgte dann aus dem gleichen Grund der zweite Präsident des Nationalrats, der Christlichsoziale Ramek, und nach ihm auch der dritte Präsident, der Großdeutsche Straffner. Da nun kein Präsidium mehr existierte, löste sich die Sitzung auf und der Nationalrat ging auseinander.

Die Regierung Dollfuß benützte diese für sie günstige Gelegenheit, um den entscheidenden Schlag gegen den Parlamentarismus [81:] zu führen. Nach einer Ministerratssitzung am 7. März erließ die Regierung einen Aufruf an das österreichische Volk, in dem es hieß:

„Der Nationalrat ist gelähmt und handlungsunfähig. Es besteht zur Zeit eine schwere Krise des Parlaments. Die Führung des Staates liegt aber nicht allem bei der Gesetzgebung, sondern ebenso beim Staatsoberhaupt und bei der Regierung. Die vom Bundespräsidenten ernannte, gesetzmäßige Regierung ist im Amt. Sie ist von der Parlamentskrise, die ohne ihr Zutun heraufbeschworen wurde, nicht berührt. Es gibt daher keine Staatskrise.“

Außer diesem Aufruf veröffentlichte die Regierung an diesem Tag noch zwei Notverordnungen; eine, durch die ein generelles Aufmarsch- und Versammlungsverbot verhängt wurde, und eine zweite, die eine wesentliche Einschränkung der Pressefreiheit mit sich brachte und der Regierung das Recht gab, über jedes Presseorgan nach ihrem Belieben die Zensur zu verhängen. Der Regierungskurs war nun klar: Das Parlament sollte ausgeschaltet werden und an seine Stelle die uneingeschränkte Notverordnungsdictatur treten.

Die Haltung der Sozialdemokratie

Der erste Aufruf des Parteivorstands der Sozialdemokratie nach diesem offensichtlichen Staatsstreich der Dollfuß-Regierung war eine Mahnung zur Besonnenheit und eine Ankündigung, daß „alle verfassungsmäßigen Mittel“ angewendet würden. Gleichzeitig wurden in allen Wiener Bezirken Protestversammlungen einberufen. Als die Regierung diese Versammlungen verbot, schickten die SP-Funktionäre die Arbeiter wieder nach Hause. Otto Leichter schreibt in seinem Buch „Österreich 1934“ darüber:

„Die Versammlungen, die die Sozialdemokraten einberufen hatten, wurden von der Polizei verboten, obwohl der Polizeipräsident nachdrücklichst warnte. Aber die Regierung, die gegenüber dem Polizeipräsidenten erklärt hatte, daß das Verbot der Versammlungen ohne besonderen Widerstand durchzusetzen sein werde, behielt recht: beruhigt von den Vertrauensmännern, die beschwichtigend nur fortsetzten, was jahrzehntelang ihre Aufgabe gewesen war, zogen die Massen von den Versammlungslokalen ab. Das neue Regime gegen die Zeitungen setzte mit täglichen Konfiskationen ein: die Regierung schien fest bleiben zu wollen.“

Das Parlament – eine „verbotene Versammlung“

Nach Fühlungnahme zwischen Renner und Straffner wurde für den 15. März eine Parlamentsitzung einberufen. Die Regierung erklärte, daß eine solche Sitzung gesetzwidrig sei und daß sie bei Durchführung als eine „polizeilich nicht angemeldete Versammlung“ aufgelöst würde. Die Arbeiterschaft spürte, daß es nun um alles ging, daß man jetzt kämpfen mußte, wenn man nicht unter-[82:]gehen wollte. Die Arbeiter verlangten daher den entschlossenen Kampf zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten des Volkes.

In dieser Situation fand am 10. März eine Wiener Vertrauensmännerkonferenz der SP statt. Auch jetzt wurde dem Faschismus als Ausweg „die friedliche Entwirrung der Lage und die Mitarbeit an

den wirtschaftlichen Aufgaben der Zeit“ angetragen. Gleichzeitig richtete Otto Bauer die üblichen kraftvollen Worte an die Versammlung; er sprach davon, daß „der Gegner es wissen soll, daß wir zu allem, aber auch wirklich zu allem entschlossen sind“. Doch hinter der revolutionären Phrase stand auch diesmal wieder nicht die geringste Absicht zum Handeln.

Die Kommunisten rufen zum einheitlichen Kampf

Das Einheitsfrontangebot der KPÖ

Die sozialdemokratischen Arbeiter nahmen die Worte ihrer Führer sehr ernst, sie rüsteten zur Entscheidungsschlacht und warteten auf die Kampfparole des Parteivorstands. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs richtete in diesen Tagen einen Offenen Brief an den sozialdemokratischen Parteivorstand und an die sozialdemokratischen Arbeiter und forderte den entschlossenen und einheitlichen antifaschistischen Kampf für folgende Forderungen: für die sofortige Zurückziehung aller Notverordnungen, für die Entwaffnung und Auflösung der Heimwehr, der SA und der SS, für die Aufhebung aller Maßregelungen bei den Eisenbahnern, für die Aufhebung der 28. Novelle des Arbeitslosengesetzes und für andere wirtschaftliche Forderungen. Abschließend hieß es in diesem Offenen Brief:

„Die gegenwärtige Situation fordert gebieterisch die Herstellung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront. Die Bourgeoisie hat in Deutschland die brutale faschistische Diktatur offen aufgerichtet. Auch in Österreich unternimmt die Bourgeoisie durch die Regierung Dollfuß einen entscheidenden Schritt zur Errichtung der faschistischen Diktatur. Ein weiteres untätiges Abwarten und Zurückweichen würde zu einer entscheidenden Niederlage der österreichischen Arbeiterschaft führen. Wir fordern angesichts dieser Tatsachen den Parteivorstand der SPÖ und die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf, die proletarische Einheitsfront des Kampfes zu schließen. Die österreichische Arbeiterschaft kann durch ihren Gegenstoß ein leuchtendes Beispiel von internationaler Bedeutung schaffen. Der Parteivorstand der SP Österreichs hat das Wort! Sozialdemokratische Arbeiter, entscheidet euch!“

Die sozialdemokratische Parteiführung schwieg zuerst zu dieser Aufforderung, den einheitlichen Kampf zu organisieren. Erst als der 15. März schon längst vorbei war, veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ eine Antwort des Parteivorstands der Sozialdemokratie, [83:] in der die er an die Kommunisten die demagogische Aufforderung richtete, „diszipliniert und organisiert an dem Abwehrkampf ihrer sozialdemokratischen Klassengenossen teilzunehmen“. Daß ein solcher „Abwehrkampf der Sozialdemokratie“ in Wirklichkeit nicht existierte, hatten die vergangenen Jahre, vor allem aber die Ereignisse um den 15. März 1933 eindeutig bewiesen.

Die Kapitulation vom 15. März

„Abwarten! Die Zeit ist noch nicht reif“

Nach der Wiener Vertrauensmännerkonferenz der SP wurde unter den sozialdemokratischen Arbeitern der Ruf nach einer großen Aktion zum Schutz der für den 15. März einberufenen Parlamentssitzung immer stürmischer. Die Massen verlangten den Generalstreik und einen großen Aufmarsch vor dem Parlament, um die von Dollfuß angekündigten Polizeimaßnahmen gegen die Parlamentssitzung zu verhindern. In einer Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratie vom 13. März wurde über diese Arbeiterforderungen entschieden. Otto Leichter schildert in seinem Buch, wie sich Bauer und Renner entschieden gegen jede Kampfaktion aussprachen. Ihre Argumentation war folgende:

„Man müsse sich auf den Kampf vorbereiten, aber es wäre falsch zu meinen, daß man sich den 15. März als Kampftag nicht entgehen lassen dürfe. Es wäre falsch, einen Präventivkrieg zu führen, denn noch sei nicht genug geschehen, was die Massen wirklich in Wut und Empörung versetze.“ (Leichter.)

So brach der entscheidende 15. März an. Wieder einmal war der Schutzbund „in Bereitschaft gelegt“, und in den Lokalen der Sozialdemokratischen Partei sammelten sich, je näher die Zeit der für 3 Uhr einberufenen Parlamentssitzung kam, immer mehr kampfbereite Arbeiter.

Eine Komödie an Stelle des Kampfes

Mittlerweile waren die sozialdemokratische und die großdeutsche Parlamentsfraktion im Nationalrat zusammengetreten. Sie beschlossen, da Dollfuß die Parlamentssitzung um 3 Uhr verhindern wollte, sie schon vorher durchzuführen, um so der unangenehmen Entscheidung zu entgehen, die notwendig würde, wenn die Polizei die Auflösung der Parlament Sitzung vornahm. Die Abgeordneten der Sozialdemokratischen und der Großdeutschen Partei gingen deshalb schon nach 2 Uhr in den Sitzungssaal, Straffner eröffnete gegen ½3 Uhr die Sitzung, sprach schnell einige belanglose Worte und schloß die Sitzung wieder, so daß die Abgeordneten den Sitzungssaal gerade zu einem Zeitpunkt verließen, als eben die Polizei erschien, um die „verbotene Versammlung“ aufzulösen. Das Ganze war eine jämmerliche Komödie, die aber von der [84:] sozialdemokratischen Parteiführung als ein Sieg über Dollfuß verkündet wurde. In Wirklichkeit war es eine schwere Niederlage, war es das kampf- und ruhmlose Ende des Parlaments der Ersten Republik. Otto Leichter schreibt über die Bedeutung des 15. März 1933 in seinem Buch:

Die „wartende Armee“

„Aber die Bedeutung des 15. März ist in Wirklichkeit noch viel größer. Er besiegelte nicht nur den Tod des Parlaments, er war auch ein schwerer Schock für die breiten Arbeitermassen. In ganz Österreich gab es keinen Ort, an dem nicht die Arbeiter, zum Äußersten entschlossen, darauf gewartet hätten, daß ihre Führer – die Führer, auf deren Wort sie ganz anders hörten als die deutschen Arbeiter auf die Parolen ihrer Sachwalter – sie rufen würden. In ihren Quartieren saßen sie und lauerten auf die befreiende Parole. In ihren Bereitschaftslokalen warteten die Schutzbündler: vollzählig wie niemals später, waren sie gekommen und harrten in höchster Opferbereitschaft des Rufes: jetzt gilt es für die Freiheit einzustehen. Im letzten Winkel Österreichs horchte die Arbeiterschaft auf: die Radfahrer und Motorradfahrer hockten auf ihren Rädern – jeden Augenblick kann der Befehl kommen, jetzt heißt es losfahren in den kalten Vorfrühlingstag hinein, um die Genossen im entlegensten Gebirgstal zu verständigen, denn auch sie warten. Eine Armee – die wartete und wartete. Und noch vor drei Uhr ging ins ganze Land die Meldung hinaus: alles gut ausgegangen, der Nationalrat hat getagt. Im ersten Augenblick vielleicht Genugtuung über den friedlichen Sieg, aber später namenlose Enttäuschung, Verzweiflung bei vielen Jungen, Mißtrauen bei anderen und beginnende Demoralisierung bei denen, die nur die außerordentliche Situation zu wirklicher Opferbereitschaft mitgerissen hatte.“

Die Vorzensur über die „Arbeiter-Zeitung“ und das Verbot des Schutzbundes

Die Kapitulation der Sozialdemokratie in der entscheidenden Frage der Erhaltung des parlamentarischen Systems war das Signal zu einer Reihe weiterer faschistischer Maßnahmen, zu einer Verschärfung des autoritär-faschistischen Regierungskurses. Schon am 16. Februar wurde der Schutzbund in Tirol aufgelöst. Am 24. März wurde die „Arbeiter-Zeitung“ unter Vorzensur gestellt. Die Zeitungsarbeiter Wiens forderten die sofortige Rücknahme der Vorzensur und riefen zur Durchsetzung dieser Forderung den Streik aus. Am 25. März erschien in Wien keine einzige Zeitung. Aber noch am selben Tag wurde dieser wirkungsvolle Streik von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung abgeblasen.

Am 31. März wurde die Auflösung des Schutzbundes in ganz Österreich verkündet. Die Sozialdemokratie beschränkte sich darauf, einen Protestaufruf zu veröffentlichen und durch ihren Wiener Bürgermeister eine formelle Auflösung der Wiener Heimwehr [85:] vorzunehmen. Diese Maßnahme war nur eine leere Geste, weil die Regierung als Berufungsinstanz den Auflösungsbescheid in weniger als 24 Stunden wieder aufhob.

Die revolutionäre Gärung in der Arbeiterschaft

Trotz der zur „Disziplin“ rufenden Weisung des Parteivorstandes kam es in ganz Österreich zu mächtigen Protestkundgebungen. Bei diesen Kundgebungen kam es in vielen Orten zu schweren Zusammenstößen mit der Exekutive und mit der Heimwehr. In einem Bericht über diese Demonstrationen hieß es in einer kommunistischen Pressemeldung:

„Es ist festzustellen, daß es seit dem Bestande der Republik Österreich niemals so zahlreiche, so machtvolle, von solch revolutionärem Geiste der einheitlichen Kampfsolidarität getragene Massenkundgebungen zu gleicher Zeit in allen Ländern gegeben hat, wie in den letzten Tagen unter dem Regime des Versammlungsverbots

und der Vorzensur für proletarische Zeitungen. Die Orte aufzählen, in denen demonstriert wurde, bedeutet ein Verzeichnis der Industrieorte Österreichs zu geben. Diese Kundgebungen richteten sich gegen Aussteuerung und Unterstützungsraub bei den Arbeitslosen, gegen die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und gegen die fortgesetzte Waffensuche in den Arbeiterquartieren. Die Sozialdemokratische Partei hatte keinerlei Kampfpapieren gegen diese Maßnahmen der Regierung gegeben. Die Massen gingen spontan auf die Straße, Sozialdemokraten und Kommunisten.“

Eine Konferenz der Kapitulation

Zu Ostern 1933 (16. und 17. April) fand eine außerordentliche Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt. Der Sprecher des Parteivorstandes, Danneberg, appellierte an das „Verantwortungsbewußtsein“ der Delegierten und trat energisch gegen alle „Revolutionsromantiker“ auf:

„Wenn heute die Ungeduld vieler tausender Proletarier glaubt, daß wir entscheidende Stunden schon versäumt hätten, so sage ich darauf umgekehrt: die Entscheidung wird erst kommen.“

Danneberg sagte weiter, daß sich die Sozialdemokratie niemals „das Gesetz des Handelns“ vom Gegner vorschreiben lassen werde. Und Renner zitierte gegenüber den Forderungen der Delegierten, den Kampf aufzunehmen, den Satz Victor Adlers: „Eine der größten revolutionären Tugenden ist die Geduld.“

Die Theorie vom „kleineren Übel“

Eine große Rolle in der Begründung des Parteivorstandes dafür, daß man nicht kämpfen dürfe, spielte die Behauptung, daß es in dieser Situation bei einem entscheidenden Kampf leicht einen lachenden Dritten, nämlich die Nazi, geben könne. Die Argumentation, daß man die Dollfuß-Politik als das „kleinere Übel“ tolerieren müsse, um das größere Übel, die Nazi, zu verhindern, [86:] in der Auseinandersetzung des Parteivorstandes mit den zum Kampf drängenden Mitgliedern der Partei immer häufiger verwendet. Die Kommunisten warnten die Arbeiterschaft vor einer solchen Politik und wiesen auf das Beispiel von Deutschland hin, wo die Nazi gerade wegen der Tolerierung des reaktionären Notverordnungsregimes Brünnings durch die Sozialdemokratie kampflos zur Macht gekommen waren. Nicht durch die Duldung des „kleineren Übels“, sondern nur durch den entschlossenen Kampf gegen jede Art volksfeindlicher und antidemokratischer Maßnahmen kann man noch Schlimmeres abwehren und verhüten.

SP erwartet „Rückweg zur Verfassung“

Auf der SP-Reichskonferenz entwickelte Otto Bauer auch eine neue Form seiner alten Theorie, daß man in Österreich nichts machen könne, weil das Land zu klein sei, und weil die Entscheidungen über Österreich gar nicht in Österreich selbst fielen. Er vertrat den Standpunkt, daß jetzt eine Gegenwehr gegen den Faschismus wegen des „komplizierten Kräftespiels“ in der internationalen Politik sehr schwierig sei. Einerseits stützen Deutschland und Italien die faschistischen Kräfte, andererseits seien die „Gegenwirkungen vom Ausland“ (gemeint war der Westen) auch stark. Es sei deshalb eine „Übertreibung“, wenn man sage, daß man sich gegen den Faschismus nur mit Gewalt wehren könne, denn es bestehe noch immer die Möglichkeit, daß „infolge der äußeren Umstände die Regierung in Verhandlungen mit der Sozialdemokratie den Rückweg zur Verfassung finden könne“.

Die Reichskonferenz brachte auch den Versuch der sozialdemokratischen Parteiführung, jede Verantwortung für die weitere Entwicklung auf die Massen abzuwälzen. Danneberg meinte, daß revolutionäre Erhebungen überhaupt auf keiner Konferenz beschlossen werden, sondern nur aus der Leidenschaft der breiten Masse erwachsen könnten. Und Otto Bauer appellierte an die „eigene Initiative, an die eigene Tätigkeit und Entschlußkraft der Massen, von der in einer entscheidenden Situation alles abhängt“. Der sozialdemokratische Parteivorstand verleugnete damit die führende Rolle, die der Partei zukommt, er erklärte mehr oder minder offen, daß von ihm keine Führung des Kampfe zu erwarten sei, sondern daß alles von der spontanen Entschlußkraft der Massen hänge.

Die Delegierten auf dieser Reichskonferenz drängten zum Kampf. Aber auch diesmal ließen sie sich von der Parteiführung einfangen; sie stimmten für eine Resolution des Parteivorstandes, die vor allem die Verhandlungsbereitschaft der SP betonte und dadurch Dollfuß zu weiteren Vorstößen ermutigte.

XII. Die Verschärfung des faschistischen Kurses

Der 1. Mai 1933

Die nächsten Verbotsmaßnahmen der Regierung Dollfuß richteten sich gegen das Streikrecht und den 1. Mai. Eine Notverordnung untersagte politische Streiks in allen Betrieben und wirtschaftliche Streiks in allen lebenswichtigen Betrieben. Die Sozialdemokratie beschränkte sich auf einen papierernen Protest gegen diese einschneidende Maßnahme, durch die praktisch das Streikrecht der Arbeiter aufgehoben wurde.

Das Verbot der Mai-Demonstrationen

Am 20. April wurde der traditionelle Maiaufmarsch der Arbeiterschaft verboten. Dieses Verbot löste in der Arbeiterschaft große Empörung aus. Die sozialdemokratische Parteiführung mahnte zur Ruhe, forderte auf, sich nicht provozieren zu lassen, und akzeptierte widerstandlos das Aufmarschverbot. An Stelle der wuchtigen Ringstraßendemonstration in Wien rief sie die sozialdemokratischen Arbeiter auf, in den Vormittagsstunden des 1. Mai auf den Gehwegen der Hauptstraßen der Wiener Bezirke einen „Bummel“ zu veranstalten.

Einheitliche Aktionen der Arbeiter

Die Kommunistische Partei forderte die Arbeiterschaft auf, trotz Verbot die Maidemonstration durchzuführen. Da keine Möglichkeit einer legalen Agitation für den 1. Mai bestand, führte die Kommunistische Partei große illegale Flugzettel- und Streuaktionen in ganz Österreich durch. In Wien und Linz fanden Einheitskonferenzen zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern statt, um die gemeinsame Maiaktion zu organisieren. In vielen Betrieben und Wohngebieten und auch auf den Stempelstellen wurden einheitliche Maikomitees gebildet. Die sozialdemokratische Parteiführung aber warnte ihre Mitglieder vor einheitlichen Aktionen mit den Kommunisten.

Von seiten der staatlichen Exekutive wurden am 1. Mai umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen. Wiens Innere Stadt wurde mit Stacheldrahtverhauen und spanischen Reitern abgesperrt. An den Zufahrtsstraßen stand Polizei, mit Karabinern und Maschinengewehren bewaffnet; auch Kavallerie, Panzerautos und Artillerie wurden eingesetzt. Vor dem Kordon der Exekutive gab es noch einen Sperrgürtel sozialdemokratischer Funktionäre, die die bummelnden Massen zurückschickten und Arbeiter, die zur Demonstration aufforderten, der Polizei übergaben. Trotzdem kam es in einigen [88:] Wiener Bezirken und an vielen Stellen in den Bundesländern zu wuchtigen, antifaschistischen Einheitsdemonstrationen.

Schon vor dem 1. Mai wurden rund tausend Kommunisten von der Polizei ausgehoben. Am 1. Mai selbst wurden bei der Durchführung der illegalen Maidemonstrationen viele hunderte Antifaschisten, Kommunisten und Sozialdemokraten von der Polizei verhaftet.

Der einheitliche Kampf am 1. Mai 1933 war trotz Polizei und trotz sozialdemokratischer Parteiführung ein entscheidender Schritt vorwärts auf dem Weg zur Arbeitereinheit; die gemeinsamen Demonstrationen verstärkten den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Das Verbot der Kommunistischen Partei

Die Zeit nach dem 1. Mai stand vor allem im Zeichen einer breiten Einheitsfrontkampagne für die Freilassung der Verhafteten. Betriebsbeschlüsse, Demonstrationen und Vorsprachen bei Behörden brachten bald Erfolge. In all diesen Kämpfen verstärkte sich der Einfluß der Kommunistischen Partei auf breite Schichten sozialdemokratischer Arbeiter, vor allem auf die verschiedenen linken und oppositionellen Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratie.

Um diese Entwicklung zur antifaschistischen Einheitsfront aufzuhalten und um gleichzeitig einen entscheidenden Schlag gegen die Legalität der Arbeiterbewegung überhaupt zu führen, wurde am 26. Mai von der Regierung Dollfuß die Kommunistische Partei verboten. Das Verbot erfolgte in typisch

jesuitischer Art: die Partei wurde nicht aufgelöst, sondern „wegen Entfaltung staatsgefährlicher und illegaler Tätigkeit“ wurde die Betätigung für die Kommunistische Partei verboten, die Parteilokale wurden von der Polizei geschlossen, und eine Verhaftungswelle gegen bekannte kommunistische Funktionäre und Aktivisten setzte ein. Das Zentralorgan der Partei, die „Rote Fahne“, konnte noch einige Zeit erscheinen, war aber durch die Vorzensur und die Konfiskationspraxis aufs schwerste behindert.

Die KPÖ geht in die Illegalität

Die Kommunistische Partei wurde von diesen Verbotsmaßnahmen nicht unvorbereitet getroffen. Die führenden Kader der Partei konnten sich dem Zugriff der Polizei entziehen und den schnellen Umbau der Parteiorganisationen zu illegalen Parteizellen durchführen. Die Kommunistische Partei bewies in diesen [89:] schnellen Maßnahmen zur Verhinderung der Zerstörung ihres Organisationsgefüges ihre große politische Reife.

Noch am Tage des Verbots wurden von den Organisationen der Partei zehntausende Flugzettel vertrieben, und im II. und X. Wiener Gemeindebezirk fanden am Abend des 26. Mai unter Teilnahme vieler sozialdemokratischer Arbeiter eindrucksvolle Protestkundgebungen gegen das Verbot der Partei statt.

Ein neuerlicher Einheitsfrontvorschlag der KPÖ

Am 27. Mai tagte eine große illegale Wiener Funktionärkonferenz der KPÖ, die einen Offenen Brief an die gleichzeitig tagende Wiener Konferenz der SPÖ richtete. Dieser Brief ging davon aus, daß am selben Tag die „Arbeiter-Zeitung“ in einem Kommentar zum Verbot der KPÖ geschrieben hatte, daß „die Sozialdemokratie im Protest gegen die Auflösung der KP in einer Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern“ stehe. Bezugnehmend auf diese Feststellung, schlug der Offene Brief der KPÖ vor, von Worten zu Taten überzugehen und in allen Arbeiterorganisationen, vor allem aber in den Betrieben und Gewerkschaften Protestbeschlüsse zu fassen, die Aufhebung des Verbots der KPÖ und aller bisherigen Notverordnungen zu fordern. Diesen Forderungen sollte durch Deputationen zum Bundeskanzleramt Nachdruck verliehen werden und sofortige einheitliche Aktionen sollten zum Ausgangspunkt für große politische Massendemonstrationen und Massenstreiks gegen das faschistische Notverordnungs-system werden. Eine Delegation überbrachte der SP-Konferenz den Offenen Brief; sie wurde aber nicht vorgelassen und der Brief wurde der Konferenz vom Präsidium nicht vorgelegt. Welche Stimmung selbst unter diesen ausgewählten Delegierten der Wiener SP-Konferenz herrschte, geht daraus hervor, daß der Antrag eines Delegierten, gegen das Verbot der KPÖ zu protestieren, einstimmig angenommen wurde.

Die SP-Führung zum Verbot der KPÖ

Die Haltung der SP-Führung zum Verbot der KPÖ zeigte sich noch klarer in der Tatsache, daß der Vorsitzende der Wiener Arbeiterkammer den Antrag eines kommunistischen Arbeiterkammermitglieds auf Protest gegen das Verbot der KPÖ nicht zur Abstimmung zuließ, daß die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten im Burgenland und in der Steiermark für die Annullierung aller kommunistischen Mandate in öffentlichen Körperschaften stimmten und daß die „Arbeiter-Zeitung“ anläßlich des Verbots des Zentralorgans der KPÖ, „Rote Fahne“, am 24. Juli 1933 schrieb:

„Politisch ist die Tatsache ihres Verschwindens nur zu begrüßen.“

Als ob es nicht klar war, daß den Maßnahmen gegen die KP weitere Maßnahmen gegen die SP folgen mußten.

[90:]

Der Druck des deutschen Militarismus verstärkt sich

Mit dem Machtantritt Hitlers in Deutschland verstärkte sich der Angriff des deutschen Militarismus auf die Unabhängigkeit und Existenz Österreichs. Sein Hauptinstrument in Österreich war die österreichische Nazipartei. Diese Partei war die direkte aggressive Agentur des deutschen Militarismus in

Österreich; ihre Aufgabe bestand darin, Österreich für die als „Anschluß“ getarnte Annexion sturmreif zu machen. Die österreichische Nazi-Partei war keine selbständige österreichische Partei, sondern eine Zusammenfassung von Gauorganisationen, die direkt der deutschen Parteizentrale in München unterstanden und von dem Mitglied des deutschen Reichstags, Theo Habicht, als „Reichsinspekteur“ geleitet wurden.

Die Bildung der „Österreichischen Legion“

Eine Flut von deutschen Nazizeitungen und illustrierten Wochen- und Monatsschriften unterstützte die Wühl- und Zersetzungsarbeit der Nazi-Partei. Ihre militärischen SA- und SS-Verbände wurden von Deutschland aus mit Waffen, Sprengstoff und mit Kommandokadern beliefert und der Sender München wurde als Hetzzentrale täglich gegen die Unabhängigkeit Österreichs eingesetzt. Österreichische Nazi, die sich über die Grenze nach Deutschland absetzten, wurden in Auffanglagern zusammen gefaßt und zur Legion „Österreichischen Legion“ vereinigt, um unter der Maske von „Befreiern der unterdrückten deutschen Volksgenossen“ als Sturmtruppe für die Annexion Österreichs eingesetzt werden zu können.

In Österreich selbst vollzog sich ein systematischer Aufsaugungsprozeß aller sogenannten „Nationalen“, d. h. der deutschnationalen Kräfte, durch die NSDAP. Im Frühsommer 1933 unterstellte sich die „Großdeutsche Partei“ der NSDAP; Teile der Heimwehr, vor allem der „Steirische Heimat-schutz“, gingen denselben Weg, aber auch entscheidende Politiker und ganze Organisationen des Landbundes schlossen sich der Nazi-Partei an.

Die Haltung jener Kreise der österreichischen Bourgeoisie, die das Lager der Regierung Dollfuß bildeten, war zwiespältig. Einerseits leisteten sie, gestützt und gestoßen von Mussolini, der damals noch um die Führung der aggressiven Kräfte kämpfte und Deutschland nicht am Brenner sehen wollte, Widerstand gegen die deutschen Ansprüche auf Österreich, andererseits trachteten sie, mit Hitlerdeutschland und mit seiner österreichischen Agentur zu einem Ausgleich und zur Zusammenarbeit gegen die Arbeiterbewegung zu kommen.

[91:]

Dollfuß verhandelt mit den Nazi

So gingen Hand in Hand mit Naziterrorakten und Gegenmaßnahmen der Regierung ständige Verhandlungen der Regierung Dollfuß mit der Naziführung. Verhandlungspartner auf österreichischer Seite waren die Minister Rintelen, Buresch, Schuschnigg und Dollfuß selbst, ihr Nazi-partner war meistens Habicht. Als die erste Etappe dieser Verhandlungen scheiterte, weil die Nazi nicht bereit waren, sich mit den zwei von Dollfuß angebotenen Ministerposten zufrieden zu geben, verstärkten die Nazi von Ende Mai an ihre Terroroffensive in Österreich.

„Tausendmarksperrre“ und Naziböller

Mordanschläge, Bombenattentate und die Sprengung von Verkehrs- und anderen öffentlichen Anlagen mit einer ständig wachenden Zahl an Todesopfern und Verwundeten waren nun an der Tagesordnung. Die Annexionshetze des Münchner Senders wurde verschärft, Deutschland verhängte einen faktischen Wirtschaftsboykott gegen Österreich. Die Verfügung der sogenannten Tausendmarksperrre, d. h. die Einführung des Visumzwanges für Österreichreisende aus Deutschland bei gleichzeitiger Zahlung einer Visumgebühr von tausend Mark, war ein empfindlicher Schlag gegen Österreichs Fremdenverkehr. Als am 19. Juni Naziterroristen bei Krems einen Handgranatenüberfall auf eine Gruppe christlicher Turner verübten, dessen Ergebnis in Toter und viele Schwerverletzte waren, wurde die NSDAP und ihre Gliederungen verboten, die „braunen Häuser“ der Nazi geperrt und die Nazimandate in allen öffentlichen Körperschaften annulliert.

Diese Entwicklung bedeutete aber keineswegs das Ende der Verhandlungen der „Regierung Dollfuß mit den Nazifaschisten. Immer wieder wurden Verhandlungen aufgenommen, immer wieder wurde eine „Verständigung“ versucht, die letzten Endes trotz größtem Entgegenkommen der Dollfuß-Leute nur daran scheiterte, daß die Naziunterhändler zu große Ansprüche stellten.

Eine bedeutsame Tagung des ZK der KPÖ

Die Offensive gegen die demokratischen Freiheiten

Inzwischen war eine weitere Verschärfung des faschistischen Notverordnungsregimes der Dollfuß-Regierung eingetreten. Der Verfassungsgerichtshof wurde suspendiert, die faschistischen Formationen, wie Starhemburgs Heimwehr und Schuschniggs Ostmärkische Sturmcharen, wurden unter dem Namen „Schutzkorps“ als Hilfspolizei bestellt – Dollfuß hatte am 14. Mai offen erklärt, daß „das Parlament und der Parlamentarismus gestorben sind und nicht wieder kommen werden“ –, [92:] durch Notverordnungen wurden die Kollektivverträge der Bauarbeiter zerschlagen, wurde das Zwangsschlichtungsverfahren bei Arbeitskonflikten und die faschistische Arbeitsdienstpflicht eingeführt, das System der willkürlichen administrativen Verhängung von Polizeistrafen ausgebaut u. a. m.

Alle diese faschistischen Vorstöße wurden von der sozialdemokratischen Parteiführung widerstandslos hingenommen. Die einzige „Aktion“ der Sozialdemokratie in dieser Zeit war die sogenannte „Volksadresse“ an den Bundespräsidenten mit einer Aufforderung zur Einberufung des Parlaments, eine Unterschriftensammlung, die 1.200.000 Unterschriften einbrachte, die aber, da sie mit keiner Kampffraktion verbunden war, völlig wirkungslos verpuffte.

In dieser Situation fand Mitte 1933 die erste Tagung des ZK der KPÖ seit dem Verbot der Partei statt. In der dort beschlossenen Resolution zur Lage in Österreich heißt es:

„Faktisch wurde auch in Österreich in den Märztagen durch die Dollfuß-Diktatur-Regierung, gestützt auf die Bajonette und Maschinengewehre, eine Form der faschistischen Diktatur aufgerichtet. Noch ist die Konzentration der faschistischen Kräfte der Bourgeoisie nicht vollständig. Es wäre jedoch eine gefährliche Illusion, würde sich die Arbeiterklasse einer Täuschung über den faschistischen Charakter der Dollfuß-Regierung hingeben.“

Einheitsfront – das Gebot der Stunde

Das ZK der KPÖ verwies in diesem Zusammenhang besonders auf das Verbot der Kommunistischen Partei und machte die sozialdemokratischen Arbeiter darauf aufmerksam, daß solche Maßnahmen, wenn dagegen nicht entschlossen angekämpft wird, dazu führen werden, daß „morgen schon dieselben Methoden gegen die sozialdemokratischen Arbeiter angewendet werden“.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt zeigte die Tagung des ZK mit aller Schärfe die Kapitulationspolitik der Sozialdemokratie auf, ihre Rolle als Wegbereiterin der faschistischen Diktatur, und stellte dieser Politik die zunehmende Radikalisierung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegenüber:

„Innerhalb der SP stößt die Kapitulationspolitik des Parteivorstandes auf immer größeren Widerstand der Arbeitermassen. Die Linksradikalisierung spiegelt sich wider in der tiefgehenden Unzufriedenheit, Erbitterung und dem erschütterten Vertrauen wachsender Massen von Mitgliedern zur Parteiführung. Sie zeigt sich im Entstehen verschiedener oppositioneller Gruppierungen und in der wachsenden Erkenntnis der Notwendigkeit der Einheitsfront mit den Kommunisten. Das Verbot der KP steht im engsten Zusammenhang mit dieser wachsenden Linksradikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter und den Erfolgen der Partei bei der Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront.“

Das ZK der KPÖ sah in dieser Situation die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei darin, unter der Losung „Gegen die Front des Faschismus die antifaschistische Einheitsfront des Proletariats“ verstärkte Anstrengungen für die Gewinn-[93:]nung der sozialdemokratischen Arbeiter zum einheitlichen antifaschistischen Kampf zu machen. Die Kommunisten vertraten die Auffassung, daß man in jeder noch so kleinen Frage den Kampf aufnehmen und ihn weiter entwickeln müsse, um so die Arbeiter für den Generalstreik gegen das faschistische Notverordnungsregime zu gewinnen.

Das ZK der KPÖ machte die Parteiorganisationen und die ganze Arbeiterschaft auf die zu erwartende „Verschärfung der Verfolgungen und Repressionen“ aufmerksam und wies die Partei an die illegale Tätigkeit der Partei zu sichern, jede legale Möglichkeit zur Organisation des Kampfes auszunutzen, vor allem den Kampf der Partei in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in den proletarischen Massenorganisationen zu verstärken. Die Resolution der Tagung des ZK der KPÖ schließt mit der Feststellung:

„Die Verfolgungen und Repressalien gegen die Partei haben gezeigt, daß die KPÖ einen genügend starken, ideologisch gefestigten Kader revolutionärer Kämpfer besitzt, der auch bei einer verstärkten Unterdrückungs-offensive des Faschismus die Fortsetzung und Weiterführung der revolutionären Arbeit sichert.“

Die weitere Entwicklung zeigte, daß die Kommunistische Partei tatsächlich über einen Kader verfügte, der imstande war, der verstärkten Unterdrückungs-offensive des Faschismus entgegenzutreten.

XIII. Der offenen faschistischen Diktatur entgegen

Die Gründung der „Vaterländischen Front“

Nach einem Zusammentreffen Dollfuß' mit Mussolini im August 1933 begann in Österreich der letzte Abschnitt der Entwicklung zu einer unverhüllten faschistischen Diktatur. Mussolini hatte von Dollfuß verlangt, daß nun systematisch auch die letzten Reste demokratischer Freiheiten beseitigt, daß alle politischen Parteien aufgelöst und die im Mai von Dollfuß gegründete „Vaterländische Front“ zur politischen Monopolorganisation des österreichischen Faschismus ausgebaut werden müsse. Vor allem aber forderte Mussolini die Vernichtung der Arbeiterbewegung, die Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei und aller anderen noch bestehenden nichtfaschistischen Arbeiterorganisationen. In dieser Richtung entwickelte Dollfuß nun seine ganze Regierungstätigkeit.

[94:] Anfang September 1933 fand in Wien ein Katholikentag statt, in dessen Rahmen Dollfuß bei einer Kundgebung auf dem Trabrennplatz über die weitere Entwicklung in Österreich klare und unmißverständliche Erklärungen abgab:

Dollfuß proklamiert den faschistischen Staat

„Die Zeit der liberalen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Zeit der marxistischen Volksführung und Volksverführung, die Zeit der Partei-herrschaft ist vorbei. Die vaterländische Front will den sozialen, christlichen, deutschen Staat auf ständischer Grundlage und unter autoritärer Führung.“

Die Begleitmuik zu diesem Text lieferte Starhemberg in einer Rede, die er vor dem Wiener Rathaus hielt:

„Herr Kanzler, für diese Wiener (die Heimwehfaschisten) muß es unerträglich sein, daß da drinn' (im Rathaus) die Bolschewiken Wien beherrschen. Herr Kanzler schaffen Sie die heraus, die drinn' sitzen. Herr Kanzler, warten wir nicht zu lange, man soll das Eisen schmieden, solange es heiß ist.“

Die vier Punkte der Sozialdemokratie

Als Antwort der Sozialdemokratie fand am 17. September eine gemeinsame Tagung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei und des Bundesvorstandes der Freien Gewerkschaft statt. Das stürmische Verlangen breiter Schichten der Arbeiterschaft nach entschlossenen Aktionen wurde auch von dieser Tagung zurückgewiesen, es wurden keinerlei konkrete Kampfbeschlüsse gefaßt. Es wurde lediglich in vier Punkten festgelegt, unter welchen Bedingungen die Arbeiter den Kampf aufnehmen sollten, und zwar

1. bei der Auflösung der Partei,
2. bei der Auflösung der Gewerkschaften oder bei der Einsetzung eines Regierungskommissärs für die Gewerkschaften,
3. bei der Besetzung des Rathauses oder bei der Einsetzung eines Regierungskommissärs und
4. bei einem Oktroi (gewaltsame Aufzwingung) einer faschistischen Verfassung.

Gerade die Feststellung dieser vier Punkte wirkte lähmend auf den Widerstand gegen die täglichen Angriffe des Faschismus. Schlag auf Schlag versetzte Dollfuß der Arbeiterschaft. Konzentrationslager und Todesstrafe wurden eingeführt, der Gemeinde Wien wurden durch Notverordnungen weitere hundert Millionen Schilling aus ihren Einnahmen geraubt. In den staatlichen Ämtern und Betrieben wurden die Betriebsräte aufgelöst, über die „Arbeiter-Zeitung“ wurde ein Verbot der Verbreitung durch Kolportage verhängt, die Eisenbahner wurden durch einen Erlaß der Generaldirektion der Bundesbahnen in die „Vaterländische Front“ [95:] hineingepreßt, die Arbeiterkammern unter

kommissarische Verwaltung gestellt usw. Alle diese Angriffe und Vorstöße des Faschismus blieben faktisch unbeantwortet, weil ja keiner der „Vier Punkte“ eingetreten war. Die Festlegung dieser vier Punkte bedeutete eine Demobilisierung der Arbeiterschaft, da es in dieser Situation drauf ankam, jeden einzelnen Angriff abzuwehren, von kleineren Aktionen zu größeren zu schreiten, um so zum Generalstreik und damit zum Entscheidungskampf zu gelangen.

Die Streikkämpfe im Herbst 1933

Die Sozialdemokratie würgte aber alle Kämpfe ab. Im Herbst gab es trotz des Streikverbots der Regierung eine Reihe bedeutender Streikkämpfe. So kam es zu einer großen Streikaktion der steirischen Bergarbeiter, die mit Grubenbesetzungen verbunden war. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung wurde dieser Streik abgewürgt. Auch der Papierarbeiterstreik von Niklasdorf wurde von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung ohne Erfüllung der Arbeiterforderungen abgewürgt, und als die Papierarbeiter von Kematen für die Freilassung verhafteter sozialdemokratischer Funktionäre streikten, wurde Schneidmahl von Wien nach Kematen geschickt, um an Ort und Stelle den Streik umzubringen. So wurde der Kampfwillen breiter Arbeiterschichten durch die sozialdemokratische Führung systematisch untergraben.

Linke und Rechte auf dem SP-Parteitag 1933

Vom 14. bis 16. Oktober fand ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei statt. Dieser Parteitag brachte zum erstenmal das Auftreten einer linken Gruppierung, die gegen dreißig Delegierte auf dem Parteitag hatte. Schon seit einiger Zeit hatten sich auf Grund der wachsenden Radikalisierung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verschiedene linke Strömungen und Gruppierungen herausgebildet. Diese Gruppen nahmen untereinander Kontakt auf und bildeten auch eine Art von Zentralleitung, deren entscheidende Persönlichkeit Ernst Fischer war.

Für den Parteitag hatten die Linken eine eigene Resolution vorbereitet, die sie dem Parteitag auch vorlegten. Es kam aber nicht zur Abstimmung darüber, weil die Linken dem Drängen des Parteivorstandes, daß man in einer so ernsten Zeit vor allem die „Einheit der Partei“ durch eine einstimmig angenommene Resolution dokumentieren müsse, nachgaben, ihre Resolution zurückzogen und für die Resolution des Parteivorstands stimmten.

Kein einziger von den Linken unterstützte auf dem Parteitag den [96:] von der Lokalorganisation Rothneusiedl eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Parteivorstand.

Die Schwächen der Linken in der SP

Ernst Fischer nahm später, Anfang Juni 1934, in einer gründlichen Untersuchung über die Rolle der Linken innerhalb der SP zu den Fehlern und Schwächen, die ihr anhafteten, Stellung. Als Hauptfehler bezeichnete er den Umstand, daß sich die Linken immer wieder von dem Schlagwort der SP-Führung: „Die Einheit der Partei ist die Hauptsache“ einfangen und dadurch von der konsequenten Vertretung einer revolutionären Politik abhalten ließen. Ein entscheidender Fehler war auch die in der Linken weitverbreitete Illusion, daß man die Sozialdemokratie von innen her umwandeln und zu einer revolutionären Partei machen könne. Eine weitere Schwäche zeigte sich im Verhältnis der Linken zur Kommunistischen Partei. Es gab wohl freundschaftliche Kontakte und Verbindungen, aber ein wirklich enges und festes Einheitsfrontverhältnis gab es nicht. Ohne ein festes Band der Einheitsfront zu den Kommunisten kann aber eine linke sozialistische Gruppierung ihre revolutionären Aufgaben nicht erfüllen, ohne eine solche Zusammenarbeit mit den Kommunisten besteht immer die Gefahr, daß das linke und oppositionelle Auftreten solcher Gruppen die Illusionen über den Charakter der SP verstärkt und viele revolutionäre Arbeiter von wirklich entscheidenden Schritten abhält.

Die „Linksradikale Arbeiteropposition“

Wegen dieser ernsten Schwächen und vor allem auch wegen des Versagens der Linken auf dem Parteitag bildete ein Teil der revolutionären Arbeiter und Funktionäre der Sozialdemokratie eine eigene Organisation, die „Linksradikale Arbeiteropposition“, die mit der KPÖ ein enges Kampfbündnis herstellte. Diese konsequente Linke konnte bis zum Februar 1934 ihre Verbindungen und

ihre Stützpunkte unter den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern ausbauen und vor allem ihren Einfluß unter den Schutzbündlern ständig erweitern.

Viel entschiedener als die Linke trat auf dem Parteitag der Sozialdemokratie aber die äußerste Rechte auf, die unter der Führung der „Niederösterreicher“, der Renner, Helmer und Schneidmader stand. Diese lehnten entschieden jeden Kampf ab, den sie als „Selbstmordpolitik“ bezeichneten; ihre Losung war: für die verfassungsmäßige Entwirrung der politischen Krise auf dem Weg von Verhandlungen mit Dollfuß. Die Beschlüsse des Parteitags deckten sich im wesentlichen mit diesen Forderungen der äußersten Rechten.

Die Rechten – für Zusammenarbeit mit den Faschisten

Der Parteivorstand ließ die vier Punkte als Parteitagsbeschluß bestätigen, er ließ auch als eine Art Zwischenstufe zwischen Partei-[97:]tag und Parteivorstand den „Parteirat“, eine fünfzigköpfige Körperschaft aus Vertretern der Betriebe, wählen, um so die „demokratische Mitbestimmung der Arbeiterschaft“ an den Beschlüssen der Parteiführung zu unterstreichen. Der Parteirat – faktisch ein willfähiges Instrument in den Händen des Parteivorstandes – gab in seinem ersten Aufruf, ganz im Sinne der Parteivorstandspolitik, seine Bereitschaft bekannt, „an der verfassungsmäßigen Entwirrung der Krise mitzuwirken“.

Gulick schreibt über die Bedeutung des Parteitags 1933:

„Die Führer hatten wiederum mit Erfolg die Opposition gebremst, die promptes Handeln verlangt hatte, um die Konterrevolution zu stoppen. Das Endergebnis war, daß für die Regierung neuerlich Zeit gewonnen wurde durch die wirtschaftliche Not und andere Maßnahmen die Widerstandskraft der Arbeiterschaft noch mehr zu schwächen.“

Eine der Formen, die Widerstandskraft der Arbeiter zu schwächen, war das Verbot von angekündigten sozialdemokratischen Veranstaltungen, die für die Zeit um den 12. November herum geplant waren. Für den 10. November hatte die Sozialdemokratie in Wien 21 Großversammlungen angemeldet, für den 11. November war eine Kranzniederlegung beim Denkmal der Republik vorgesehen, für den 12. November war der traditionelle Aufmarsch zum Tag der Republik angekündigt und für den 13. November wurde anlässlich des 10. Jahrestags der Übernahme des Bürgermeisteramtes durch Seitz zu einem Fackelzug aufgerufen. Alle diese Veranstaltungen wurden von der Regierung verboten. Das Verbot wurde von der Sozialdemokratie widerstandslos zur Kenntnis genommen.

Dollfuß verhandelt mit den Nazi

Im Herbst begann eine neue Serie von Verhandlungen der Regierung Dollfuß mit den Nazi. Den Auftakt machte im Oktober Schuschnigg, der in München mit Heß und Himmler verhandelte. Schuschnigg betonte dabei die volle Bereitschaft seiner Regierung, mit den Nazifaschisten zu einer Verständigung zu kommen, und unterstrich die „deutsche Haltung“ der Regierung Dollfuß.

Gleißner kündigt Zerschlagung der SP an

Die nächste Etappe waren Verhandlungen in Wien und in München, bei denen als gemeinsame Mittelsmänner der Regierung Dollfuß und der verbotenen Nazi-Partei die früheren großdeutschen Parlamentarier Langoth und Foppa auftraten. Diese Verhandlungen führte teils Dollfuß selbst, teils der jetzige Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Gleißner. Anfang November [98:] unterbreitete Gleißner im Auftrag der österreichischen Regierung den Nazi einen Vorschlag für die Errichtung einer gemeinsamen politischen Front gegen die Arbeiterbewegung und bot ihnen Ministerposten an. Er versicherte am 20. November den Vertrauensmännern der Nazi, daß die Regierung entschlossen sei, „die Sozialdemokraten niederzuringen“, und daß er hoffe, „dadurch eine Beruhigung im nationalen Lager herbeizuführen und die Opposition dieses Lagers, das ja mit diesen Maßnahmen sympathisieren werde, abzuschwächen und auf diesem Weg zu einem Ausgleich zu gelangen“. Am 11. Dezember betonte Gleißner noch einmal, daß der Plan zur Auflösung der Sozialdemokratie nach wie vor bestehe und daß es wahrscheinlich im Jänner zum Verbot der Sozialdemokratischen Partei kommen werde.

Dollfuß führte diese Verhandlungen hinter dem Rücken der Heimwehr, die auch von sich aus hinter dem Rücken von Dollfuß Verhandlungen mit den Nazifaschisten führte. Ihr Hauptunterhändler war der niederösterreichische Heimwehrführer „Graf“ Alberti. Als die Verhandlungen mit den Nazi Anfang Jänner in ein entscheidendes Stadium gekommen waren, flog die ganze Sache auf. Habicht, der mit dem Flugzeug auf dem Weg zu Dollfuß nach Wien war, wurde nach Intervention der Heimwehr auf Verlangen der österreichischen Regierung nach Berlin zurückgerufen, und Alberti wurde mitten in Verhandlungen mit einem deutschen Unterhändler von der Polizei ausgehoben, so daß vorübergehend die Kontakte mit den Nazi eingestellt wurden, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen zu werden.

Helmer verhandelt mit Dollfuß

Je mehr die Vorstöße der Dollfuß-Regierung gegen die demokratischen Rechte des Volkes und gegen die Arbeiterorganisationen anwuchsen, um so mehr bemühte sich die sozialdemokratische Parteiführung, mit dem Faschismus zu einer Verständigung zu kommen. Der geeignete Mann zur Anknüpfung von Verhandlungen mit den Faschisten schien der sozialdemokratischen Parteiführung der Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich, Oskar Helmer, zu sein. Wochenlang versuchte Helmer, mit Dollfuß ins Gespräch zu kommen. Der Sozialist Otto Leichter schreibt darüber:

„Der Rückzug der Partei, der in den niederösterreichischen Verhandlungen seinen Ausdruck fand, hat nicht unwesentlich zur Zermürbung beigetragen.“

[99:]

SP-Führung auch mit „Ständestaat“ einverstanden

Außer diesem offensichtlichen Versuch der Sozialdemokratie, eine Plattform für eine „tragbare“ Kapitulation mit dem Faschismus auszuhandeln, gab es noch eine ideologische Kapitulation schlimmster Art vor den sogenannten „Staatsauffassungen“ des Austrofaschismus. Die Austrofaschisten hatten schon seit langem verkündet, daß sie an Stelle des parlamentarischen Systems eine sogenannte „berufsständische Ordnung“ schaffen wollten, wobei sie sich auf die Grundsätze der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“ beriefen. In Wirklichkeit handelte es sich bei dieser „berufsständischen Ordnung“ um die Absicht, nach dem Muster des italienischen Faschismus ein totalitäres Diktaturregime mit „ständischer“ Tarnung einzuführen. In diese Ständediskussion des österreichischen Faschismus begann sich die sozialdemokratische Führung einzuschalten. Otto Bauer versuchte damals in einer Artikelserie der „Arbeiter-Zeitung“, die bei einem sehr großen Teil der Parteimitglieder auf starke Ablehnung stieß, und in einem Artikel im „Kampf“, im wissenschaftlichen Organ der SP, im Jänner 1934 die „positive Kritik“ des Ständegedankens zu begründen und nachzuweisen, daß die „Arbeiterklasse den Ausbau berufsgenossenschaftlicher Organisationen nicht bedingungslos abzulehnen“ brauche.

Selbstverständlich war eine solche Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung nichts anderes als eine Hilfe für die Faschisten, ihr faschistisches Gedankengut in die Arbeiterschaft einzuschmuggeln.

Am Vorabend der Februarkämpfe

Mitte Jänner 1934, kam der italienische Staatssekretär S u v i c h nach Wien und überbrachte die Aufträge Mussolinis zum Losschlagen gegen die Arbeiterschaft. Ende Jänner wurde die Heimwehr in ganz Österreich mobilisiert und nun begann der Heimwehr in ganz Österreich mobilisiert und nun begann der faschistische Staatsstreich. Zuerst wurde in Tirol auf Grund ultimativer Forderungen der Heimwehr die Landesregierung durch einen faschistischen Landesausschuß ersetzt. Steidle begrüßte S t a r h e m b e r g, der aus diesem Anlaß nach Innsbruck gekommen war, mit den Worten:

Das „Aufräumen“ beginnt

„Jetzt hat aber der parlamentarische Spaß ein Ende, jetzt wollen wir mit dem Aufräumen anfangen.“

Der hohe Klerus auf der Seite der Faschisten

Am 1. und 2. Februar kam es zu umfassenden Waffensuchen in sozialdemokratischen Heimen und zu Massenverhaftungen sozial-[100:]demokratischer Funktionäre. Am 3. Februar wurden die Führer des Schutzbundes, Major Eifler und Hauptmann Löw, und zusammen mit ihnen fast alle Kreis- und Bezirksführer des Schutzbundes verhaftet. Am 5. Februar wurde das Haus und die Druckerei der sozialdemokratischen Parteizeitung Tirols von der Heimwehr besetzt und vollkommen verwüstet. Am 6. Februar besetzte die Heimwehr strategische Punkte in Linz und verlangte die Durchführung der gleichen Maßnahmen wie in Tirol. Am 7. Februar wurde die gleiche Aktion in der Steiermark und im Burgenland durchgeführt und am 8. Februar in Vorarlberg. Diese faschistischen Staatsstreichaktionen fanden auch die volle Unterstützung des hohen Klerus. Der Linzer und der Tiroler Bischof unterstützten offen die Heimwehrforderungen auf Beseitigung der demokratisch gewählten Landesregierungen. Die „Reichspost“ vom 9. Februar schrieb darüber:

„Diese Kundgebung des Klerus für die Erneuerung“ Österreichs ist, wie das katholische Organ Tirols mit Recht feststellt, von größter Bedeutung.“

Am 8. Februar wurde das Parteihaus der Sozialdemokratie in der Rechten Wienzeile vom heimwehrfaschistischen Schutzkorps besetzt und einer zweitägigen gründlichen Hausdurchsuchung unterzogen. Am 10. Februar wurden dem Wiener Bürgermeister Seitz alle Sicherheitsangelegenheiten entzogen und dem Wiener Polizeipräsidenten als „Bundessicherheitskommissär für Wien“ übergeben. Am 11. Februar veröffentlichte die „Reichspost“ ein Interview mit Dollfuß, in dem er sagte:

Das Signal zum 12. Februar

„Wir werden voraussichtlich schon bald darangehen können, unsere Pläne in die Tat umzusetzen. In der letzten Zeit hat sich die vaterlandstreue Bevölkerung aller Bundesländer, allen voran die heimattreuen Wehrverbände, mit größter Entschiedenheit aufs neue zu meinem Programm bekannt. Das allgemeine Begehren geht nach dessen möglichst rascher Durchführung. Ich freue mich dieses Ernstes und der Entschlossenheit breiter Bevölkerungsschichten, am Neuaufbau unseres Staates mitzuwirken. Ich werde, gestützt auf diesen Willen der Bevölkerung, dafür sorgen, daß der Umbau des Staates sich in möglichster Raschheit vollziehe.“

Und am Nachmittag des 11. Februar gab der Heimwehrvizekanzler Fey eine klare Ankündigung dessen, was für den nächsten Tag geplant war. Er sagte bei einer Gefechtsübung der Heimwehr in Strebersdorf:

„Ich kann euch beruhigen, die Aussprachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewißheit gegeben, daß Kanzler Dr. Dollfuß der unsrige ist. Ich kann euch noch mehr, wenn auch nur mit kurzen Worten, sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten.“

Damit war das Signal für den 12. Februar gegeben. Die Faschi-[101:]sten gingen am nächsten Tag an die Arbeit, mit Kanonen und Galgen zerschlugen sie die letzten Reste der österreichischen Demokratie, zertrümmerten sie die Sozialdemokratie und ihre großen Massenorganisationen und errichteten die offene und unverhüllte faschistische Diktatur.

Die Kommunistische Partei erfüllt ihre Pflicht

So wie in den Jahren vorher, so wie während der entscheidenden Monate seit dem März 1933, so nahm die Sozialdemokratie auch die Staatsstreichhandlungen der Heimwehrfaschisten, die mit der Mobilisierung der Heimwehr Ende Jänner ganz offen begonnen hatten, kampflos hin. Ihre Kapitulationspolitik ging weiter bis zum bitteren Ende.

Die Kommunistische Partei versuchte aus der Illegalität heraus die Arbeiter zum entschlossenen Widerstand gegen die Vorstöße des Faschismus zu führen. Seit Monaten führte die Kommunistische Partei die intensivste Kampagne für den Generalstreik, für den sofortigen Generalstreik. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die mit ihren bekannten „vier Punkten“ die Arbeiter vom Widerstand gegen den Faschismus abhalten wollte, erklärte die Kommunistische Partei den Arbeitern die Notwendigkeit der sofortigen Gegenoffensive durch den Generalstreik. In der Resolution des Plenums des ZK, das am 20. und 21. Jänner tagte, wurde über die Lage in Österreich und über die Aufgaben der KP gesagt:

„Die Situation stellt das österreichische Proletariat vor die unmittelbare Aufgabe des politischen Generalstreiks zum Sturz der Dollfuß-Diktatur, vor die Aufgabe des Kampfes für den revolutionären Ausweg aus der Krise.“ Das Plenum des ZK stellte der Partei die Aufgabe, „alles zu tun, um die Massen in der Richtung des Generalstreiks in Bewegung zu setzen und bereit zu sein, sich an die Spitze des Massenkampfes gegen den Faschismus zu stellen“.

In den ersten Tagen des Februar, nach der Einleitung der Tiroler Heimwehraktion, erschien die illegale „Rote Fahne“ mit dem Aufruf: „Alarmsignal aus Tirol! Entscheidende Tage stehen bevor! Erhebt euch zum Generalstreik gegen den Faschismus!“ In diesem Aufruf wurden folgende Losungen ausgegeben:

„Laßt euch nicht in Ruhe einlullen von der SP- und Gewerkschaftsführung! Jetzt endlich heißt es handeln. Jetzt endlich muß es heißen: Gegen jeden Angriff auf die Arbeiterklasse Streik und Demonstration! Jetzt endlich: Vorwärts zum Generalstreik!

Beschließt in den Betrieben ultimative Forderungen an die Regierung: Weg mit den Notverordnungen! Auflösung der Heimwehren und der anderen faschi-[102:]stischen Organisationen! Wiederherstellung der vollen Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit für die Arbeiter! Weg mit dem Verbot der Arbeiterorganisationen! Weg mit dem Verbot der Kommunistischen Partei! Bekräftigt eure Forderungen durch Proteststreiks! Wählt Kampforgane aus eurer Mitte! Nieder mit dem Heimwehr- und Hitlerfaschismus! Vorwärts zum Generalstreik, zum Sturz der Dollfuß-Diktatur!“

Am 10. Februar erschien eine Sonderausgabe der illegalen „Roten Fahne“. Die Kommunistische Partei schlug Alarm, sie rief die österreichische Arbeiterschaft zum entschlossenen Kampf:

Die Kommunisten rufen zum Generalstreik

„Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt! Legt sofort die Arbeit nieder! Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus! Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter! Generalstreik! Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen! Weg mit den faschistischen Kommissären! Weg mit dem faschistischen Verwaltungskomitee der Arbeiterkammer! Sofortige Wiederherstellung der Presse-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikfreiheit! Sofortige Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen! Weg mit der Todesstrafe und dem Standrecht! Weg mit der Henkerregierung!“

Die Kommunistische Partei, deren Stärke und Einfluß trotz Illegalität stark gewachsen war, war noch zu schwach, um die Führung der österreichischen Arbeiterschaft in den Kämpfen des 12. Februar übernehmen und dadurch dem Kampf eine andere Richtung geben zu können. Doch ihr konsequentes Eintreten für den entschlossenen Widerstand gegen die Vorstöße des Faschismus, ihre ständigen Warnungen vor der Katastrophe, in die der Weg der Sozialdemokratie die österreichische Arbeiterschaft führen mußte, ihr unermüdlicher Kampf für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen den Faschismus und auch die Tatsache, daß die Schutzbündler überall, wo im Februar gekämpft wurde, an ihrer Seite ihre kommunistischen Klassengenossen fanden, führten dazu, daß nach dem 12. Februar die Kommunistische Partei zu einer starken Massenpartei, zur führenden Kraft der österreichischen Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur wurde.

*

Die Zeit zwischen den beiden Schicksalstagen der österreichischen Arbeiterbewegung, zwischen dem 15. Juli 1927 und dem 12. Februar 1934, war von außerordentlicher Bedeutung für Österreich. In diesen Jahren verfolgte die österreichische Bourgeoisie konsequent einen Kurs auf Schwächung, Zurückdrängung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Sie setzte für ihre faschistische [103:] Offensive die von ihr geschaffenen und bewaffneten faschistischen Formationen ein, die bei ihren Angriffen und Provokationen gegen die Arbeiterschaft die volle Unterstützung der Regierung und ihres staatlichen Machtapparats fanden. Für ihre Politik suchte die österreichische Bourgeoisie Rückhalt und Unterstützung bei den imperialistischen Großmächten, wobei sie, der jeweiligen Situation entsprechend, zwischen dem deutschen, dem italienischen und dem Entente-Imperialismus manövrierte. Entscheidend war aber in dieser ganzen Periode ihre Ausrichtung auf den deutschen Imperialismus.

Die österreichische Bourgeoisie konnte ihren faschistischen Kurs nur deshalb erfolgreich durchführen, weil die Sozialdemokratie durch ihre Politik des Zurückweichens und der Kapitulationen den Weg dafür freilegte. Die Sozialdemokratische Partei, die während dieser Zeit in parlamentarischer Opposition stand, unterstützte in entscheidenden Fragen die Politik der reaktionären Regierungen, sie gab vor allem ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, mit denen die Bourgeoisie die schweren Lasten der Wirtschaftskrise der arbeitenden Bevölkerung aufhalste. Mit Theorien, daß man nichts machen könne, weil „Österreich ein kleines Land“ sei und weil „die Welt sich in einer konterrevolutionären Situation“ befinde, und daß man nichts machen müsse, weil ja „die französische und die englische Arbeiterbewegung die Zerschlagung der Demokratie in Österreich nicht zulassen würden“, hielt die sozialdemokratische Parteiführung die Arbeiterschaft, die immer mehr zum Kampf drängte, bis zum letzten Moment von jedem entscheidenden Widerstand zurück. So mußte der 12. Februar 1934 zu einer Niederlage der Arbeiterschaft werden.

Die Kommunistische Partei hatte die Arbeiterschaft gegen jeden einzelnen Vorstoß der Bourgeoisie zum Kampf aufgerufen. Sie zeigte der Arbeiterschaft, daß durch den einheitlichen und entschlossenen antifaschistischen Kampf die Bourgeoisie zum Rückzug gezwungen, Demokratie und Freiheit gesichert und die Arbeiterbewegung zu neuen Erfolgen und Fortschritten geführt werden kann. Trotz organisatorischem Wachstum und steigendem Einfluß auf die unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter konnte die Kommunistische Partei aber auch in diesem Zeitpunkt die Fesseln nicht sprengen, mit denen die Sozialdemokratie es verstand, die Mehrheit der österreichischen Arbeiterklasse an ihren verderblichen Kurs zu ketten. So wurde die Niederlage der österreichischen Arbeiterschaft im Februarkampf 1934 unvermeidlich.

Erst die blutigen Erfahrungen des 12. Februar brachten eine [104:] Änderung; die Kommunistische Partei wurde zur entscheidenden Kraft der illegalen kämpfenden Arbeiterbewegung.

Unter dem Banner der proletarischen Einheitsfront und geführt von einer kommunistischen Massenpartei begann mit dem 12. Februar 1934 ein neuer Abschnitt der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, der Abschnitt ihres illegalen Kampfes gegen die faschistische Diktatur der Dollfuß, Schuschnigg und Starhemberg, gegen die Bedrohung der Unabhängigkeit durch den deutschen Militarismus und gegen die Fremdherrschaft der deutschen Imperialisten und Faschisten.